

WWP

**DIE
WIRTSCHAFTSPARTEI**

**Für eine
bezahlbare
Zukunft**

Maximilian Lyubimov

WWP – Wahlprogramm

Inhaltsverzeichnis

Steuersenkungen für Arbeitnehmer & Mittelstand – Mehr Netto vom Brutto, weniger Belastung für Unternehmen	11
1. <i>Umsetzung der 5% Senkung der Einkommensteuer: Mehr Netto für Arbeitnehmer</i>	11
1.1. Anpassung der Einkommensteuer-Tarife	11
1.2. Berechnung der Steuerentlastung auf gesamtstaatlicher Ebene	11
1.3. Finanzierung und Gegenfinanzierung	12
2. <i>Steuererleichterungen für Zukunftsbranchen – Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit</i>	12
2.1. Welche Unternehmen profitieren?	13
2.2. Progressive Steuerentlastung für Reinvestitionen	13
2.3. Finanzielle Auswirkungen der Maßnahme	13
2.4. Finanzielle Auswirkungen und Mehreinnahmen durch zusätzliche Investitionen	14
3. <i>Fazit:.....</i>	14
Bürokratieabbau & schnelle Genehmigungen – Einfachere Gründung von Firmen, weniger Bürokratie für Selbstständige	14
1. <i>Vereinfachung der Unternehmensgründung – Schnell & digital</i>	15
1.1. Maßnahmen für eine schnellere Unternehmensgründung	15
2. <i>Schnellere Genehmigungen – Weniger Wartezeit, mehr Investitionen.....</i>	15
2.1. Einführung verbindlicher Bearbeitungsfristen.....	16
2.2. Automatisierung & Reduzierung von Nachweispflichten – Weniger Bürokratie für Selbstständige	17
2.3. Automatische Datennutzung – Keine Mehrfachmeldungen für Unternehmen	18
2.4. Gesamtwirtschaftlicher Nutzen: Einsparpotenzial von 2,5 Milliarden Euro jährlich.....	19
2.5. Fazit: Bürokratische Entlastung für Selbstständige und kleine Unternehmen	19
3. <i>Finanzierung – Solide Umsetzung ohne neue Belastungen</i>	19
3.1. Gezielte Investitionen für eine effizientere Verwaltung.....	19
4. <i>Gegenfinanzierung durch Bürokratieabbau & Effizienzsteigerung.....</i>	20
4.1. Einsparungen durch weniger Bürokratie	20
4.2. Steigende Unternehmensgründungen und höhere Steuereinnahmen.....	20

5. Fazit: Bürokratie abbauen, Wachstum fördern, ohne neue Belastungen	21
Faire Löhne durch bessere Rahmenbedingungen – Arbeitgeber entlasten, damit Gehälter steigen können.....	21
1. Lohnsteigerungs-Freibetrag.....	21
2. Bürokratieabbau	22
3. Wirtschaftliche Auswirkungen	22
4. Finanzierung und Gegenfinanzierung.....	22
5. Fazit	23
Modernisierung der Sozialabgaben – Arbeit muss sich mehr lohnen als staatliche Unterstützung ...	23
1. Definition: Was ist aktive Arbeitsverweigerung?	23
2. Finanzielle Auswirkungen und Einsparpotenzial.....	24
3. Positive Effekte für Arbeitsmarkt und Sozialsystem.....	25
3.1. Beispielrechnung für einen Langzeitarbeitslosen mit Bürgergeld.....	25
3.2 Finanzielle Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt	26
4. Soziale Absicherung bleibt bestehen	26
5. Fazit: Sozialstaat erhalten, Arbeit attraktiver machen	27
Mieten stabilisieren durch mehr Wohnraum – Bürokratie abbauen, Bauhürden senken, private Investitionen fördern	27
1. Schneller bauen durch Bürokratieabbau und Digitalisierung	27
1.1. Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungen	28
2. Bauhürden senken – Mehr Bauland bereitstellen, Kosten reduzieren	28
2.1. Maßnahmen zur Reduzierung von Bauhürden	28
3. Private Investitionen fördern – Anreize für Neubauten und Modernisierungen	29
3.1. Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen.....	29
4. Finanzielle Auswirkungen und Einsparpotenzial	29
5. Wirkung auf den Wohnungsmarkt	30
6. Fazit: Mehr Wohnraum für stabile Mieten	30
Energiepreise senken – Abgaben und Bürokratie für Strom und Heizung reduzieren	30
1. Wiederaufnahme von anderen Energieimporten – Kosten senken durch günstigere Bezugsquellen ..	31

2. Abgaben und Steuern auf Energie senken – Mehr Netto für Verbraucher	32
2.1. Maßnahmen zur Steuer- und Abgabensenkung	32
3. Bürokratie abbauen – Strom- und Gaslieferantenwechsel erleichtern.....	32
4. Wirtschaftliche Auswirkungen und Einsparpotenzial	33
5. Wirkung auf Haushalte und Unternehmen	33
6. Fazit: Energie bezahlbar machen, Wirtschaft stärken	33
Langfristige Energieversorgung garantieren	34
1. Technische und wirtschaftliche Vorteile der Investition.....	34
2. Vergleich mit Atomkraft – Warum erneuerbare Energien die einzige wirtschaftliche Lösung sind	34
3. Rentabilität und wirtschaftliche Auswirkungen	35
4. Versorgungssicherheit & strategische Vorteile für Deutschland	35
5. Geopolitische Sicherheit für Solarstromimporte – Ein stabiles und unabhängiges Energienetz für Deutschland	36
5.1. Politische Stabilität durch internationale Energiepartnerschaften	36
5.2. Diversifizierung: Keine Abhängigkeit von einem einzigen Land	37
5.3. Rechtliche und wirtschaftliche Absicherung gegen politische Instabilität.....	37
5.4. Militärische und sicherheitspolitische Aspekte	37
6. Finanzierung der Energiewende durch eine gezielte Anpassung der Schuldenbremse	38
6.1. Warum eine Anpassung der Schuldenbremse notwendig ist	38
6.2. Die wirtschaftliche Logik hinter der Investition – Warum Schulden hier kein Problem sind.....	39
6.3. Wie die Schuldenbremse angepasst werden muss	39
6.4. Warum diese Investition kein Risiko für die Staatsfinanzen darstellt	40
7. Pilotprojekt ohne große Risiken.....	40
7.1. Standortwahl und technologische Umsetzung	40
7.2. Finanzierungsstruktur	41
7.3. Wirtschaftliche Vorteile und Skalierbarkeit.....	41
7.4. Politische und rechtliche Absicherung	41
7.5. Fazit: Geringes Risiko, hohe Skalierbarkeit	42
8. Fazit: Energieimporte ohne Abhängigkeitsrisiken	42
Inflation bekämpfen – Weniger Steuern auf Grundnahrungsmittel, echte Entlastungen für Bürger ...	42
1. Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel – Spürbare Entlastung für alle Bürger.....	43

1.1. Beispielrechnung für einen durchschnittlichen Einkauf	43
2. <i>Wirtschaftliche Auswirkungen und Einsparpotenzial</i>	44
3. <i>Fazit: Nachhaltige Entlastungen für Bürger ohne neue Belastungen</i>	44
Berufsschulen und Universitäten an den Arbeitsmarkt anpassen – Mehr Praxisbezug, bessere digitale Ausstattung	44
1. <i>Praxisbezug stärken – Bildung an reale Berufsfelder anpassen</i>	45
1.1. Maßnahmen zur Stärkung der Praxisorientierung	45
2. <i>Digitale Ausstattung verbessern – Moderne Bildung für die Arbeitswelt der Zukunft</i>	46
3. <i>Anpassung der Lehrpläne an den realen Arbeitsmarkt</i>	46
4. <i>Vorteile für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt</i>	47
5. <i>Fazit: Berufsschulen und Universitäten fit für die Zukunft machen</i>	47
Leistungsförderung in Schulen – Bessere Lehrpläne, moderne Lernmethoden	48
1. <i>Bessere Lehrpläne – Wissensvermittlung für das 21. Jahrhundert</i>	48
2. <i>Moderne Lernmethoden – Mehr Individualisierung, bessere Förderung</i>	49
3. <i>Leistungsbereitschaft belohnen, ohne Schwächere zu benachteiligen</i>	49
4. <i>Fazit: Schulen müssen Talente besser fördern</i>	50
5G & Glasfaser für alle – Deutschland als digitale Nation voranbringen	50
1. <i>Kosten des 5G-Ausbaus in Deutschland</i>	51
2. <i>Warum auch Glasfaser ein Muss für die Zukunft ist</i>	52
3. <i>Wirtschaftliche Vorteile des Glasfaserausbaus</i>	52
4. <i>Fazit: Deutschland muss in die digitale Zukunft investieren</i>	53
Mehr Investitionen in Zukunftstechnologien – KI und Automatisierung gezielt fördern	53
1. <i>Warum Künstliche Intelligenz und Automatisierung entscheidend sind</i>	54
1.1. Vorteile der Förderung von KI und Automatisierung:	54
1.2. Kosten des Innovationsstaus	55
2. <i>Investitionsbedarf: 13,9 Milliarden Euro für die digitale Zukunft</i>	55
3. <i>Schlüsselmaßnahmen zur Umsetzung</i>	55
3.1. <i>Ausbau der KI-Forschung und universitären Spitzenforschung</i>	55
3.2. <i>Förderung von KI-Startups</i>	56

3.3. Automatisierung in Industrie und Verwaltung fördern	56
3.4. Infrastruktur und Hochleistungsrechenzentren ausbauen	56
3.5. Weiterbildung von Arbeitskräften und Fachkräftesicherung	56
4. Warum sich diese Investitionen lohnen	56
5. Fazit: Deutschland als Innovationsführer im Bereich KI und Automatisierung	57
Digitale Verwaltung & weniger Papierkram – Schnelle Online-Behördengänge für Bürger & Unternehmen	57
1. Der Status quo – Warum die deutsche Verwaltung modernisiert werden muss	58
2. Wirtschaftliche Rechnung: Investition und Einsparpotenzial	58
3. Maßnahmen zur Umsetzung – Eine digitale Verwaltung für alle Bürger	59
3.1. Einführung einer zentralen digitalen Plattform für alle Verwaltungsleistungen	59
3.2. Automatisierung von Standardprozessen	59
3.3. Abschaffung von Papierformularen und digitale Datenvernetzung	59
4.4. Digitale Identität für Bürger – Sicher und einfach	59
4. Welche Vorteile bringt die digitale Verwaltung?	60
5. Fazit: Verwaltung modernisieren, Bürokratie abbauen, Geld sparen	60
Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen – Schnelle Entscheidungen ohne überlastete Behörden	61
1. Ein geordnetes Verfahren für schnellere Entscheidungen und rechtliche Klarheit	62
2. Konsequente Anwendung des Asylrechts – Geordnete Verfahren statt unregelmäßiger Migration	62
3. Nachhaltige Entlastung der Verwaltung und schnellere Verfahren	63
4. Humanitäre Verantwortung und konsequenter Schutz für Verfolgte	64
5. Verantwortungsvolle Steuerung statt unregelmäßiger Migration	64
Gezielte Einwanderung nach Qualifikation – Wer arbeitet, integriert sich schneller	65
1. Steuerung nach Qualifikation – Ein modernes Einwanderungssystem für die Wirtschaft	65
2. Integration durch Arbeit – Wer arbeitet, gehört dazu	66
3. Wer keine Perspektive hat, muss zurückkehren	67
4. Fazit: Eine moderne, steuerbare Einwanderungspolitik für Deutschland	67
Pflichten für Migranten – Wer hier lebt, muss sich aktiv in die Gesellschaft einbringen	68
1. Integration als Bringschuld – Klare Verpflichtungen für Migranten	68

1.1. Sprachpflicht für langfristigen Aufenthalt	69
1.2. Arbeitspflicht für erwerbsfähige Migranten	69
1.3. Akzeptanz der deutschen Werte und Rechtsordnung	69
2. <i>Wer nicht mitmacht, verliert seine Privilegien</i>	69
3. <i>Anreize für schnelle Integration und Eigenverantwortung</i>	70
4. <i>Fazit: Wer hier lebt, muss sich aktiv einbringen</i>	70
Gezielte Abschiebungen – Konsequente Rückführung ohne endlose Verfahren oder Schlupflöcher	71
1. <i>Konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verzögerungen</i>	72
2. <i>Effektive Abschiebungen durch bessere internationale Abkommen</i>	72
3. <i>Abschiebungen ohne endlose Verfahren oder juristische Schlupflöcher</i>	73
4. <i>Abschiebungen bei Straftätern – Klare Null-Toleranz-Politik</i>	73
5. <i>Fazit: Ein konsequentes, effizientes Abschiebesystem für Deutschland</i>	74
Härtere Strafen für Gewalt- und Clankriminalität – Null-Toleranz-Politik gegen organisierte Kriminalität	75
1. <i>Höhere Mindeststrafen für Gewalt- und Clan-Kriminalität</i>	75
2. <i>Vermögensabschöpfung und wirtschaftlicher Druck gegen Clans</i>	75
3. <i>Schnellere Verfahren und konsequente Strafverfolgung</i>	76
4. <i>Abschiebung krimineller Ausländer ohne Ausnahme</i>	76
5. <i>Fazit: Eine klare Botschaft - Der Staat duldet keine Kriminalität</i>	76
Reform der Auszahlungen von Sozialleistungen	77
1. <i>Umstellung der Sozialleistungen für Migranten</i>	77
1.1. Maßnahme:	77
1.2. Status quo und Probleme:	77
1.3. Rechtliche Hürden:	78
1.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	79
1.5. Finanzielle Auswirkungen:	79
2. <i>Effizientere Maßnahmen zur Regelung illegaler Migration</i>	80
2.1. Maßnahme:	80
2.2. Status quo und Probleme:	80
2.3. Rechtliche Hürden:	81
2.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	82

2.5. Finanzielle Auswirkungen:	82
3. Einschränkung des Familiennachzugs unter dem Aspekt der finanziellen Selbstversorgung.....	83
3.1. Maßnahme:.....	83
3.2. Status quo und Probleme:	84
3.3. Rechtliche Hürden:	84
3.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	85
3.5. Finanzielle Auswirkungen:	86
4. Anpassung der Gesundheitsleistungen für nicht erwerbstätige Migranten.....	87
4.1. Maßnahme:.....	87
4.2. Status quo und Probleme:	87
4.3. Rechtliche Hürden:	88
4.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	88
4.5. Finanzielle Auswirkungen:	89
5. Arbeitsmarktintegration und Erwartung der Arbeitsaufnahme für arbeitsfähige Migranten.....	87
5.1. Maßnahme:.....	87
5.2. Status quo und Probleme:	87
5.3. Rechtliche Hürden:	88
5.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	88
5.5. Finanzielle Auswirkungen:	89
6. Begrenzung der Unterbringungskosten durch günstigere Wohnformen (Empfangsunterkünfte, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten)	90
6.1. Maßnahme:.....	90
6.2. Status quo und Probleme:	90
6.3. Rechtliche Hürden:	91
6.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:	92
6.5. Finanzielle Auswirkungen:	93
7. Schlussbetrachtung:.....	94
Anpassung des Strafmaßes – Härtere Strafen für Vergewaltigungen	95
Schwarzarbeit muss ausgerottet werden – Aktive Kontrollen und härtere Strafen müssen konsequent durchgesetzt werden, auch für Arbeitnehmer	96
1. Ausmaß der Schwarzarbeit in Deutschland.....	96
2. Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen	96
3. Notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit	97
4. Anreize schaffen – Erleichterungen für legale Arbeit und Unternehmertum	98

4.1. Schnellere Genehmigungen für Unternehmensanmeldungen für Privatpersonen.....	98
4.2. Beratung und Unterstützung für Freiberufler und Selbstständige.....	98
4.3. Einführung von temporären Einzelperson-Unternehmen	98
Verschlinkung des Staates – Weniger Behörden, mehr Effizienz	98
1. Investitionsbedarf für die Staatsverschlinkung	99
2. Gesamtkosten und langfristige Einsparungen.....	99
3. Finanzierung und Gegenfinanzierung	99
4. Fazit.....	100
Korruptionsbekämpfung in Politik & Verwaltung – Transparenzpflicht für Lobbyarbeit.....	100
1. Einführung eines verpflichtenden, lückenlosen Lobbyregisters.....	101
2. Strengere Regeln für Parteispenden und Unternehmensfinanzierung	101
3. Verbot von intransparenten Nebentätigkeiten und Nebenverdiensten für Abgeordnete.....	102
4. Effektive Strafverfolgung und unabhängige Kontrollinstanzen	102
5. Fazit: Transparenz als Grundlage für eine starke Demokratie.....	103
Technologischer Fortschritt statt Verbote – Innovation statt ideologischer Einschränkungen	104
Realistische Energiewende – Versorgungssicherheit garantieren, Kosten im Blick behalten	104
1. Aktueller Stand der Energieversorgung	105
2. Finanzielle Belastungen der Energiewende	105
3. Bedeutung von Kohle und Dieselfahrzeugen für die aktuelle Energie- und Mobilitätsinfrastruktur...	105
4. Vorschlag zur zeitlichen Anpassung des Ausstiegs	105
5. Fazit.....	106
Kein Tempolimit einführen – Deutschlands stärksten Wirtschaftszweig schützen.....	106
1. Wirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie	106
2. Auswirkungen eines generellen Tempolimits	106
3. Klimaschutzaspekte.....	107
4. Fazit.....	107
Finanzierung des Programms	108

1. Anpassung der Unterstützung für die Ukraine – Kosten senken oder wirtschaftlichen Nutzen erhöhen	108
2. Kürzungen von Sozialleistungen für Arbeitsverweigerer – Anreize für Erwerbstätigkeit und massive Einsparungen	109
2.1. Aktuelle Sozialausgaben für Arbeitslose in Deutschland:	109
2.2. Langfristige Effekte.....	109
3. Abschiebung von kriminellen und nicht Asylberechtigten, arbeitsunwilligen Migranten – Reduzierung der Sozial- und Sicherheitskosten	109
3.1. Kosten durch illegale Migration und kriminelle Migranten	109
3.2. Einsparpotenzial durch verstärkte Abschiebungen	109
4. Wirtschaftlicher Nutzen einer 5 % Einkommenssteuersenkung	110
4.1. Direkte Auswirkungen auf Arbeitnehmer	110
4.2. Wirtschaftliche Kompensation durch höhere Kaufkraft	110
5. Verschärfung der Strafen für Schwarzarbeit – Steuereinnahmen erhöhen	110
5.1. Wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit	110
5.2. Erhöhung der Strafen und Intensivierung der Kontrollen	110
6. Gesamter finanzieller Nutzen und Fazit	111

Steuersenkungen für Arbeitnehmer & Mittelstand – Mehr Netto vom Brutto, weniger Belastung für Unternehmen

1. Umsetzung der Senkung der Einkommensteuer: Mehr Netto für Arbeitnehmer

Die geplante Einkommensteuersenkung um 30,005 Milliarden Euro bedeutet, dass jeder bestehende Steuersatz progressiv um bis zu 22,3% der aktuellen Höhe gesenkt wird. Dies führt zu einer direkten Entlastung von Arbeitnehmern aller Einkommensklassen, da weniger Einkommensteuer abgeführt werden muss.

1.1. Anpassung der Einkommensteuer-Tarife

Derzeit gelten in Deutschland (Stand 2024) folgende Einkommensteuersätze (§ 32a EStG):

- Eingangssteuersatz (14%) für < 22.500 € → 14% → 13,5% (-3,6%), betrifft 105 Mio.€
- Mittlerer Steuersatz (30%) für < 60.000 € → 30% → 23,3% (-22,3%), betrifft 16,08 Mrd.€
- Oberer Steuersatz (42%) für < 150.000 € → 42% → 37,3% (-11,2%), betrifft 13,82 Mrd.€
- Reichensteuer (45%) für < 450.000 € → 45% → 45,0% (-0,0%), betrifft 0 €

Hier ist die Beispielrechnung für einen Arbeitnehmer mit **60.000 €** Jahreseinkommen:

- Steuer vorher (30%): 18.000 €
- Steuer nachher (23,3%): 13.980 €
- Ersparnis pro Jahr: **4.020 €**

Das zeigt, dass mittlere Einkommen durch die neue Steuerentlastung besonders profitieren würden.

Zudem werden die Steuern für Personen, die unter 22.500€ im Jahr verdienen nicht sehr stark gesenkt, da dieses Einkommen nur durch Teilzeitarbeit zustande kommt. Vollzeit soll belohnt werden. Der Mindestlohn entspricht seit 2025 12,82€ pro Stunde. Somit ergibt sich ein mindestverdienst

1.2. Berechnung der Steuerentlastung auf gesamtstaatlicher Ebene

Die vorgeschlagenen Steuerentlastungen wurden auf Basis des aktuellen Einkommensteuertarifs und der Verteilung des Steueraufkommens berechnet. Hier eine detaillierte Erklärung der Berechnungsschritte:

Diese Berechnung zeigt, wie die 30 Milliarden Euro Steuerentlastung proportional zur aktuellen Steuerlast auf die verschiedenen Einkommensgruppen verteilt werden können, wobei die Reichensteuer unverändert bleibt und niedrige Einkommen stärker entlastet werden.

1.3. Finanzierung und Gegenfinanzierung

Die gesenkten Steuereinnahmen können teilweise durch folgende Mechanismen kompensiert werden:

Mehrwertsteuereinnahmen durch höheren Konsum:

Ein Teil der zusätzlichen Kaufkraft (geschätzt ca. 40 % der Entlastung) fließt in Konsum, der mit 19 % Mehrwertsteuer besteuert wird. Dies führt zu einer Gegenfinanzierung von ca. 1,04 Milliarden Euro pro Jahr.

Wirtschaftswachstum und steigende Lohnsummen:

Durch mehr Investitionen und Nachfrage steigt das Steueraufkommen mittelfristig durch höheres Wirtschaftswachstum.

Reform der Migrationsausgaben:

Im Wahlprogramm wird eine Reform zur Migration vorgeschlagen, welche 8-10 Milliarden Euro pro Jahr einsparen könnte.

Sanktionen gegen aktive arbeitsverweigernde:

Arbeitsverweigernde sollen weniger bekommen als wirklich bedürftige. Dazu wird im Wahlprogramm eine Reform zu den Sozialleistungen vorgeschlagen, welche Personen betrifft, die sich aktiv weigern in den Arbeitsmarkt integriert zu werden. Diese Maßnahmen sparen im optimistischen Fall ungefähr 3 Milliarden Euro pro Jahr, mindestens aber 2 Milliarden Euro pro Jahr.

2. Steuererleichterungen für Zukunftsbranchen – Förderung von Innovation und Wettbewerbsfähigkeit

Ziel: Wirtschaftswachstum durch gezielte Steueranreize

Deutschland muss seine wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit langfristig sichern. Um Investitionen in Forschung, Entwicklung, Digitalisierung und Nachhaltigkeit zu fördern, erhalten zukunftsorientierte Unternehmen gezielte Steuererleichterungen. Diese Maßnahme unterstützt den Mittelstand, stärkt innovative Industrien und sichert hochwertige Arbeitsplätze.

2.1. Welche Unternehmen profitieren?

Die Steuererleichterungen gelten für Unternehmen, die nachweislich in folgende Bereiche investieren:

- Ihren rechtlichen und wirtschaftlichen Sitz in Deutschland haben.
- Forschung und Entwicklung (z. B. Künstliche Intelligenz, Biotechnologie, erneuerbare Energien)
- Digitalisierung und Automatisierung (z. B. Maschinenbau, Robotik, Industrie 4.0)
- Internationale Expansion zur Förderung des Wirtschaftsstandorts Deutschland

Besonders profitieren kleine und mittelständische Unternehmen sowie innovative Technologieunternehmen, die ihre Gewinne in Forschung, digitale Transformation oder nachhaltige Projekte reinvestieren.

2.2. Progressive Steuerentlastung für Reinvestitionen

Die Steuerermäßigung folgt einer echten progressiven Staffelung:

- 1.000 € Investition → 100 % Steuerermäßigung
- Jede zusätzlichen 10.000 € → 1 % weniger Steuerermäßigung
- 1.000.000 € Investition → 0 % Steuerermäßigung

Investitionshöhe | Steuerermäßigung (%)

1.000 €	100 %
10.000 €	99 %
100.000 €	90 %
250.000 €	75 %
500.000 €	50 %
750.000 €	25 %
1.000.000 €	0 %

Durch dieses Modell profitieren insbesondere Unternehmen, die gezielt in Wachstum und Innovation investieren.

2.3. Finanzielle Auswirkungen der Maßnahme

- Jährliche Körperschaftsteuereinnahmen: 130 Milliarden Euro
 - Anteil der Zukunftsbranchen an der Steuerlast: 26 Milliarden Euro (20 % der Unternehmen)
 - Durchschnittliche Steuervergünstigung durch die progressive Staffelung: 20%
- Erwartete Mindereinnahmen durch diese Reform: ca. 5,2 Milliarden Euro pro Jahr

2.4. Finanzielle Auswirkungen und Mehreinnahmen durch zusätzliche Investitionen

Durch die Steuererleichterung werden Unternehmen motiviert, mehr in Forschung, Entwicklung und Digitalisierung zu investieren. Die erwartete zusätzliche Investitionssumme beträgt 5,2 Milliarden Euro pro Jahr.

Von diesen Investitionen fließt ein erheblicher Teil direkt in die Wertschöpfungskette und erhöht die steuerpflichtigen Unternehmensgewinne. Basierend auf der Annahme, dass 30 % dieser Investitionen als zusätzlicher steuerpflichtiger Gewinn verbucht werden, ergibt sich eine zusätzliche Steuerbelastung von 15 % auf diese Gewinne.

Erwartete Mehreinnahmen aus der Investitionssteigerung: ca. 234 Millionen Euro pro Jahr.

Diese zusätzlichen Steuereinnahmen reduzieren die Netto-Mindereinnahmen durch die Steuererleichterung und machen die Reform finanziell tragfähiger.

3. Fazit:

Die Senkung der Einkommensteuer um 5 % je Tarifstufe sowie die Steuerfreibeträge für Unternehmensinvestitionen führen zu einer direkten Steuerersparnis von 18,935 Milliarden Euro pro Jahr für Arbeitnehmer und Unternehmen.

Dies stärkt die Kaufkraft der Bürger, reduziert die Steuerlast für den Mittelstand und fördert Investitionen in die deutsche Wirtschaft. Die Gegenfinanzierung erfolgt teilweise durch höhere Konsumnachfrage und Wirtschaftswachstum, sowie weitere im Folgenden aufgeführten Lösungsansätze.

Quellen:

Bundesministerium der Finanzen (2024): Steueraufkommen Deutschland

Umweltbundesamt (2023): Subventionsbericht

Statistisches Bundesamt (2024): Unternehmenssteuereinnahmen

Bürokratieabbau & schnelle Genehmigungen – Einfachere Gründung von Firmen, weniger Bürokratie für Selbstständige

Der Mittelstand und Selbstständige sind das Rückgrat der deutschen Wirtschaft. Doch Bürokratie, lange Genehmigungsverfahren und komplexe Vorschriften erschweren

Neugründungen und Innovationsprozesse. Um Deutschland als Wirtschaftsstandort attraktiver zu machen, sollen Unternehmensgründungen vereinfacht, bürokratische Hürden abgebaut und Genehmigungsprozesse beschleunigt werden

1. Vereinfachung der Unternehmensgründung – Schnell & digital

Die durchschnittliche Dauer für eine Unternehmensgründung beträgt in Deutschland laut Weltbank rund 8 Tage – im internationalen Vergleich relativ langsam. Länder wie Dänemark oder Estland ermöglichen Gründungen in 1–2 Tagen, oft vollständig digital.

1.1. Maßnahmen für eine schnellere Unternehmensgründung

1.1.1 Zentrale Online-Plattform für Unternehmensgründungen

Einführung einer digitalen Plattform für alle Unternehmensgründungen (One-Stop-Shop), die Notar-, Finanzamt-, Handelsregister- und Gewerbebeanmeldungen automatisiert abwickelt.

Ziel: Gründung innerhalb von 48 Stunden möglich machen.

Kostenschätzung: 250 Millionen Euro einmalige Entwicklungskosten, 50 Millionen Euro Betriebskosten jährlich.

Standardisierte Musterverträge & automatisierte Eintragung

1.1.2. Einführung von einheitlichen, rechtssicheren Musterverträgen für GmbHs, UGs und Einzelunternehmen.

Automatisierte Handelsregister-Eintragung ohne Notarpflicht für einfache Gesellschaften (UG, Einzelunternehmen).

Kosteneinsparung für Gründer: ca. 500 – 1.000 Euro pro Anmeldung.

1.1.3. Reduzierung der Kapitalanforderungen für kleine Unternehmen

Senkung des Mindeststammkapitals für eine GmbH von 25.000 € auf 10.000 € und Förderung der UG als Alternative.

Erleichterter Zugang zu Mikrofinanzierungen für Startups.

Diese Maßnahmen senken die Gründungskosten und erleichtern den Start für Selbstständige.

2. Schnellere Genehmigungen – Weniger Wartezeit, mehr Investitionen

Bauprojekte und wirtschaftliche Vorhaben benötigen oft Monate bis Jahre für Genehmigungen. Beispielsweise dauern Baugenehmigungen in Deutschland im Schnitt 8 Monate – in anderen Ländern wie den Niederlanden oft nur 3 Monate.

2.1. Einführung verbindlicher Bearbeitungsfristen

Ein zentrales Hemmnis für wirtschaftliches Wachstum in Deutschland sind lange Genehmigungszeiten für Bauvorhaben und Investitionsprojekte. Aktuell beträgt die durchschnittliche Wartezeit für eine Baugenehmigung 8 Monate – in einigen Fällen sogar mehrere Jahre. Zum Vergleich: In den Niederlanden sind Baugenehmigungen oft innerhalb von 3 Monaten abgeschlossen, in Estland teils noch schneller. Solche Verzögerungen bremsen nicht nur den Wohnungsbau, sondern verhindern auch wichtige wirtschaftliche Investitionen. Deshalb wird ein umfassendes Reformpaket eingeführt, um die Dauer von Genehmigungsverfahren drastisch zu verkürzen und Planungsprozesse zu beschleunigen.

Maximale Bearbeitungsdauer von 3 Monaten mit automatischer Genehmigung

Um unnötige Verzögerungen zu vermeiden, wird eine verbindliche Frist von maximal 3 Monaten für alle Baugenehmigungen und Wirtschaftsprojekte eingeführt. Das bedeutet:

- Behörden haben exakt 90 Tage Zeit, um einen Bauantrag zu bearbeiten und zu entscheiden.
- Sollte diese Frist überschritten werden, gilt der Antrag automatisch als genehmigt (nach dem Vorbild Estlands).
- Dadurch werden Verzögerungen durch behördliche Überlastung oder ineffiziente Bearbeitungsprozesse vermieden.

Diese Maßnahme sorgt nicht nur für mehr Planungssicherheit bei Bauherren und Investoren, sondern entlastet auch die Verwaltungen, da sich Antragssteller nicht mehr durch langwierige Einspruchsverfahren kämpfen müssen.

Digitalisierung von Bauanträgen – Einheitliche Standards & automatisierte Prozesse

Ein Großteil der Verzögerungen in Bauantragsverfahren entsteht durch komplizierte, uneinheitliche Formulare und die weiterhin notwendige Papieranmeldung in vielen Bundesländern. Um diesen Prozess zu modernisieren, wird eine zentrale digitale Plattform für Bauanträge eingeführt.

- Einheitliche, standardisierte digitale Formulare ersetzen die oft uneinheitlichen Antragsdokumente der Kommunen.
- Digitale Prüfungstools ermöglichen eine automatische Plausibilitätskontrolle eingereicherter Unterlagen, wodurch Rückfragen und Fehler reduziert werden.
- Die Plattform ermöglicht behördenübergreifende Kommunikation, sodass Bauanträge nicht mehrfach an verschiedene Stellen gesendet werden müssen.

Durch die Einführung einer zentralisierten Plattform wird der Verwaltungsaufwand für Unternehmen und Bauherren erheblich reduziert, was sowohl Zeit- als auch Kosteneinsparungen bringt.

Spezielle Genehmigungs-Taskforces für Großprojekte

Besonders große Investitions- und Infrastrukturprojekte sind häufig von jahrelangen Genehmigungsverfahren betroffen. Dies betrifft nicht nur Bauprojekte, sondern auch industrielle Großinvestitionen, beispielsweise in den Bereichen Energie, Verkehr und Technologie.

- Deshalb werden spezielle Genehmigungs-Taskforces eingerichtet, die vorrangig an Großprojekten arbeiten.
- Diese Teams bestehen aus spezialisierten Fachkräften und sind mit erweiterten Entscheidungsbefugnissen ausgestattet, um Blockaden aufzulösen.
- Durch eine enge Koordination mit den Kommunen und Ländern wird sichergestellt, dass Investitionsprojekte nicht in Bürokratie ersticken.

Finanzierung der Maßnahmen – 400 Millionen Euro für Digitalisierung und Personalschulung

Um diese Reformen effizient umzusetzen, werden insgesamt 400 Millionen Euro investiert:

- 250 Millionen Euro für die Digitalisierung der Bauantragsverfahren und die Entwicklung der zentralen Plattform.
- 100 Millionen Euro für die Einrichtung und Schulung der Genehmigungs-Taskforces.
- 50 Millionen Euro für verwaltungsinterne Schulungen und Prozessoptimierung.

Die Gegenfinanzierung erfolgt durch Einsparungen in den Verwaltungskosten, die durch digitale Prozesse langfristig reduziert werden. Zudem führen schnellere Genehmigungen zu schnelleren Investitionen, was die Steuer- und Gewerbesteuererinnahmen erhöht

2.2 Automatisierung & Reduzierung von Nachweispflichten – Weniger Bürokratie für Selbstständige

Derzeit müssen Selbstständige und kleine Unternehmen eine Vielzahl von Meldepflichten erfüllen, die nicht nur Zeit kosten, sondern auch finanziellen Aufwand verursachen. Viele dieser Pflichten sind unnötig komplex, veraltet oder redundant, da Behörden oft mehrfach dieselben Informationen von Unternehmen verlangen, anstatt sie selbst zentral abzurufen. Um diese bürokratischen Hürden abzubauen, werden

gezielte Maßnahmen zur Automatisierung und Vereinfachung der Meldepflichten eingeführt.

Anhebung der Grenze für die Gewerbeanmeldung – Mehr Freiheit für Kleinunternehmer

Ein wesentlicher Schritt zur Entlastung von Selbstständigen ist die Anhebung der Umsatzgrenze für die Gewerbeanmeldung von derzeit 22.000 Euro auf 50.000 Euro.

- Bisher müssen auch sehr kleine Unternehmen und nebenberufliche Selbstständige bereits bei einem geringen Umsatz ein Gewerbe anmelden, was mit Verwaltungsaufwand und Kosten verbunden ist.
- Durch die neue Regelung sollen vor allem Kleingewerbetreibende, Freelancer und nebenberufliche Selbstständige von Bürokratie befreit werden, sodass sie ihr Geschäft unkomplizierter starten und ausbauen können.
- Erst ab einem Jahresumsatz von 50.000 Euro ist dann eine formelle Gewerbeanmeldung erforderlich.

Diese Maßnahme reduziert insbesondere den bürokratischen Aufwand für Kleinunternehmen und verringert unnötige Anmeldungen, die in vielen Fällen keine wirtschaftliche Notwendigkeit haben.

2.3 Automatische Datennutzung – Keine Mehrfachmeldungen für Unternehmen

Ein weiteres großes Problem im deutschen Verwaltungswesen ist die mangelnde Vernetzung der Behörden. Aktuell müssen Unternehmen die gleichen Daten mehrfach an unterschiedliche Stellen übermitteln – beispielsweise an das Finanzamt, die Gewerbeämter, die Sozialversicherungsträger und verschiedene Statistikbehörden. Diese ineffizienten Prozesse werden durch eine zentrale Datenabrufpflicht für Behörden ersetzt.

- Statt dass Unternehmen aktiv Dokumente und Nachweise erneut einreichen müssen, sind Behörden künftig verpflichtet, vorhandene Daten eigenständig abzurufen.
- Beispielsweise müssen Finanzämter und Gewerbeämter auf bereits eingereichte Steuer- und Umsatzdaten zugreifen können, anstatt sie erneut von den Unternehmern anzufordern.
- Dies erfolgt durch die Verknüpfung von bestehenden digitalen Registern und eine verstärkte Nutzung von elektronischen Schnittstellen zwischen Behörden.

Diese automatisierten Prozesse sparen Unternehmen und der Verwaltung erheblichen Aufwand. Unternehmen müssen keine mehrfachen Formulare mehr ausfüllen und können sich stattdessen auf ihr Geschäft konzentrieren.

2.4 Gesamtwirtschaftlicher Nutzen: Einsparpotenzial von 2,5 Milliarden Euro jährlich

Durch die Vereinfachung von Meldepflichten und die Automatisierung behördlicher Prozesse ergeben sich signifikante Einsparungen für Unternehmen:

- Weniger Bürokratiekosten: Die Zeit- und Kostenersparnis durch die entfallende Mehrfachmeldung von Daten wird auf etwa 2,5 Milliarden Euro pro Jahr geschätzt.
- Mehr Zeit für wirtschaftliche Tätigkeit: Selbstständige und kleine Unternehmen können sich stärker auf ihre Geschäftsentwicklung konzentrieren, anstatt sich mit Verwaltungsaufwand zu beschäftigen.
- Effizientere Verwaltung: Auch der Staat profitiert durch weniger Bearbeitungsaufwand in den Ämtern, da viele Prozesse automatisiert werden.

2.5 Fazit: Bürokratische Entlastung für Selbstständige und kleine Unternehmen

Die Anhebung der Gewerbeanmeldepflicht auf 50.000 Euro Umsatz und die Automatisierung von Meldepflichten sind entscheidende Maßnahmen, um Selbstständige von unnötiger Bürokratie zu befreien. Durch den Einsatz digitaler Technologien und eine bessere Vernetzung der Behörden wird der Verwaltungsaufwand erheblich reduziert. Das spart **Milliarden an Bürokratiekosten**, steigert die Effizienz und macht Deutschland für Gründer und Unternehmer attraktiver.

3. Finanzierung – Solide Umsetzung ohne neue Belastungen

Die vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bürokratieentlastung, zur Beschleunigung von Genehmigungen und zur Digitalisierung von Verwaltungsprozessen werden mit einem Finanzierungsrahmen von **zusätzlich maximal 1 Milliarde Euro pro Jahr** umgesetzt. Diese Mittel werden gezielt eingesetzt, um Unternehmensgründungen zu erleichtern, Investitionen zu beschleunigen und Verwaltungskosten langfristig zu senken.

3.1 Gezielte Investitionen für eine effizientere Verwaltung

Die Finanzierung verteilt sich auf vier zentrale Maßnahmenbereiche:

- Digitale Gründungsplattform: Entwicklung und Betrieb einer zentralen Online-Plattform für Unternehmensgründungen (50 Millionen Euro pro Jahr).

- Digitalisierung von Genehmigungsverfahren: Einführung eines modernen digitalen Bauantrags- und Genehmigungssystems zur Standardisierung und Automatisierung der Prozesse (400 Millionen Euro pro Jahr).
- Automatisierung & Taskforces: Einführung automatisierter Meldepflichten, zentrale Datenabrufe für Behörden sowie spezialisierte Genehmigungs-Taskforces für Großprojekte (300 Millionen Euro pro Jahr).
- Verwaltungskosten & Betrieb: Schulungen, Prozessoptimierungen und dauerhafte Betriebskosten der digitalen Systeme (250 Millionen Euro pro Jahr).

Damit bleibt der Kostenrahmen bei maximal 1 Milliarde Euro jährlich, wobei bereits im ersten Jahr durch Einsparungen und höhere Effizienz ein erheblicher Teil der Investitionen gedeckt werden kann.

4. Gegenfinanzierung durch Bürokratieabbau & Effizienzsteigerung

Die geplanten Reformen führen langfristig zu einer deutlichen Senkung des bürokratischen Aufwands für Unternehmen und Verwaltung. Dadurch werden nicht nur Einsparungen erzielt, sondern auch zusätzliche Steuereinnahmen durch wirtschaftliches Wachstum generiert.

4.1. Einsparungen durch weniger Bürokratie

Laut dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) verursacht Bürokratie für Unternehmen in Deutschland jährlich rund 50 Milliarden Euro an Kosten. Durch gezielte Vereinfachungen und die Digitalisierung von Prozessen kann dieser Aufwand um mindestens 5 % reduziert werden.

Das entspricht einer Ersparnis von **2,5 Milliarden Euro pro Jahr** für Unternehmen. Unternehmen sparen Zeit, Geld und Ressourcen, was zu höheren Investitionen und mehr wirtschaftlicher Dynamik führt.

4.2. Steigende Unternehmensgründungen und höhere Steuereinnahmen

Durch schnellere Genehmigungen, geringere Meldepflichten und digitale Unternehmensgründungen wird die Zahl neuer Unternehmen erheblich steigen. Das Ziel ist, durch diese Reformen mindestens 50.000 zusätzliche Unternehmensgründungen pro Jahr zu ermöglichen.

Jedes neu gegründete Unternehmen generiert langfristig Gewerbesteuererinnahmen, Umsatzsteuer und Einkommensteuer.

Durch die gesteigerte Gründungsdynamik wird mit zusätzlichen 600 Millionen Euro Steuererinnahmen pro Jahr gerechnet.

5. Fazit: Bürokratie abbauen, Wachstum fördern, ohne neue Belastungen

Die vorgeschlagenen Reformen sind vollständig gegenfinanziert und belasten weder Unternehmen noch Bürger zusätzlich. Durch Bürokratieabbau, Digitalisierung und die gezielte Neuausrichtung ineffizienter Förderprogramme werden jährlich Einsparungen und Mehreinnahmen erzielt, die die notwendigen Investitionen ausgleichen.

1 Milliarde Euro für schlanke Verwaltung und digitale Prozesse

2,5 Milliarden Euro Entlastung für Unternehmen durch weniger Bürokratie

600 Millionen Euro zusätzliche Steuereinnahmen durch mehr Unternehmensgründungen

Deutschland braucht eine moderne, effiziente Verwaltung. Durch den gezielten Einsatz digitaler Technologien und die Reduktion bürokratischer Hürden schaffen wir mehr Wachstum, schnellere Prozesse und eine wirtschaftsfreundlichere Zukunft – ohne Steuererhöhungen.

Faire Löhne durch bessere Rahmenbedingungen – Arbeitgeber entlasten, damit Gehälter steigen können

Faire und wettbewerbsfähige Löhne sind ein entscheidender Faktor für wirtschaftliche Stabilität und soziale Sicherheit. Dennoch stehen viele Unternehmen, insbesondere kleine und mittelständische Betriebe, unter erheblichem Kostendruck. Hohe Lohnnebenkosten, steuerliche Belastungen und bürokratische Auflagen verhindern in vielen Fällen, dass Gehälter so stark steigen können, wie es wirtschaftlich sinnvoll wäre. Um dies zu ändern, müssen Arbeitgeber gezielt entlastet werden. Durch eine Reduzierung der Lohnnebenkosten, steuerliche Anreize für Lohnsteigerungen und Bürokratieabbau wird mehr finanzieller Spielraum geschaffen, um Gehälter nachhaltig zu erhöhen – ohne Arbeitnehmer zusätzlich zu belasten.

1. Lohnsteigerungs-Freibetrag

Neben der Senkung der Lohnnebenkosten werden steuerliche Anreize geschaffen, um Unternehmen zu motivieren, Löhne freiwillig anzuheben. Eine Möglichkeit ist die Einführung eines Lohnsteigerungs-Freibetrags, der es Unternehmen erlaubt, Lohnerhöhungen steuerlich abzusetzen. Dadurch wird ein finanzieller Anreiz geschaffen, faire Löhne zu zahlen, ohne dass dies zu zusätzlichen Kosten führt. Das Volumen dieser Maßnahme wird auf rund **3 Milliarden Euro pro Jahr** geschätzt.

Ergänzend dazu wird die Gewerbesteuer für kleine und mittelständische Unternehmen gesenkt, wenn sie überdurchschnittlich hohe Löhne zahlen. Diese Entlastung beläuft sich auf etwa **2 Milliarden Euro jährlich** und sorgt dafür, dass Unternehmen, die gute Löhne zahlen, nicht stärker belastet werden als solche, die ihre Mitarbeiter schlecht entlohnen.

2. Bürokratieabbau

Ein weiterer zentraler Punkt ist der Bürokratieabbau. Unternehmen in Deutschland verbringen jährlich unzählige Stunden mit bürokratischen Pflichten, die sich vor allem auf die Lohnabrechnung und Meldungen an Behörden beziehen. Eine erhebliche Belastung entsteht dadurch, dass Unternehmen dieselben Daten mehrfach an verschiedene Behörden übermitteln müssen. Dies verursacht unnötige Kosten und Zeitaufwand, der sinnvoller in betriebliche Entwicklung und faire Bezahlung investiert werden könnte. Um dieses Problem zu lösen, sollen digitale und automatisierte Abrechnungsverfahren eingeführt werden. Behörden sollen vorhandene Unternehmensdaten selbst abrufen, anstatt diese mehrfach von Unternehmen anzufordern. Durch die Vereinfachung und Digitalisierung von Lohnmeldungen kann der bürokratische Aufwand um mehrere Milliarden Euro gesenkt werden.

3. Wirtschaftliche Auswirkungen

Die wirtschaftlichen Effekte dieser Maßnahmen sind weitreichend. Durch die Entlastung der Unternehmen wird es ihnen ermöglicht, Löhne zu erhöhen, was unmittelbar zu einer höheren Kaufkraft der Arbeitnehmer führt. Diese erhöhte Kaufkraft stärkt wiederum die Inlandsnachfrage, wodurch die Wirtschaft insgesamt wächst. Studien zeigen, dass eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens um ein Prozent das Bruttoinlandsprodukt um bis zu **0,3 Prozent** steigern kann. Dies führt langfristig auch zu höheren Steuereinnahmen, ohne dass Steuererhöhungen notwendig sind.

4. Finanzierung und Gegenfinanzierung

Die vorgeschlagenen Reformen belaufen sich insgesamt auf etwa **6 Milliarden Euro pro Jahr**. Die Finanzierung erfolgt durch die erwarteten Steuermehreinnahmen von rund **3 Milliarden Euro pro Jahr**, die durch höhere Löhne und mehr Konsum generiert werden. Zudem können durch Bürokratieabbau und Verwaltungsreformen bis zu **2,5 Milliarden Euro jährlich** eingespart werden. Weitere **3 bis 4 Milliarden Euro** könnten durch eine gezielte Optimierung von Förderprogrammen und Subventionen generiert werden, ohne dass Arbeitnehmer oder Unternehmen zusätzlich belastet werden.

5. Fazit

Zusammengefasst führen diese Maßnahmen zu einer wirtschaftlichen Win-Win-Situation. Unternehmen werden finanziell entlastet, sodass sie höhere Löhne zahlen können. Arbeitnehmer profitieren direkt von steigenden Gehältern. Der Staat wiederum profitiert von einer wachsenden Wirtschaft und steigenden Steuereinnahmen, die langfristig zu einer stabileren finanziellen Lage beitragen. Durch eine gezielte Kombination aus steuerlichen Anreizen und Bürokratieabbau wird die Basis für faire Löhne geschaffen, ohne dass die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen gefährdet wird.

Modernisierung der Sozialabgaben – Arbeit muss sich mehr lohnen als staatliche Unterstützung

Der Sozialstaat ist eine tragende Säule der Gesellschaft und gewährleistet, dass Menschen in Notlagen abgesichert sind. Er soll jedoch nicht dazu führen, dass sich Erwerbstätigkeit weniger lohnt als staatliche Unterstützung. Ein zentrales Problem ist, dass in vielen Fällen der finanzielle Unterschied zwischen Sozialleistungen und Erwerbstätigkeit zu gering ausfällt oder sich für einige Betroffene Arbeit finanziell kaum rentiert. Damit der Sozialstaat nachhaltig und fair bleibt, müssen Fehlanreize beseitigt werden.

Eine gezielte Reform der Sozialabgaben kann dazu beitragen, dass Menschen verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden und gleichzeitig die Belastung für die Allgemeinheit sinkt. Dies soll durch eine Beitragskürzung von **bis zu 30 Prozent bei aktiver Arbeitsverweigerung** erreicht werden.

Dabei ist es jedoch wichtig zu beachten, dass die Sozialabgaben nur auf ein Existenzminimum abgesenkt werden, um keine Menschenrechtsverletzungen zu begehen und um nicht rechtswidrig zu handeln.

1. Definition: Was ist aktive Arbeitsverweigerung?

Aktive Arbeitsverweigerung bedeutet, dass eine erwerbsfähige Person staatliche Unterstützungsleistungen bezieht, obwohl sie objektiv in der Lage wäre zu arbeiten, jedoch Jobangebote oder zumutbare Maßnahmen konsequent ablehnt. Die folgenden Kriterien definieren eine aktive Arbeitsverweigerung:

1. Mehrfache Ablehnung zumutbarer Jobangebote: Wer innerhalb von sechs Monaten mindestens drei geeignete Arbeitsangebote ablehnt, ohne triftige Gründe vorzulegen, gilt als arbeitsunwillig.
2. Verweigerung von Qualifizierungsmaßnahmen: Wer sich weigert, an staatlich geförderten Weiterbildungs- oder Umschulungsprogrammen teilzunehmen, obwohl diese zur Integration in den Arbeitsmarkt beitragen würden.
3. Verweigerung von Mitwirkungspflichten: Wer die Zusammenarbeit mit Jobcentern und Vermittlungsstellen wiederholt verweigert, Termine nicht wahrnimmt oder relevante Unterlagen absichtlich nicht einreicht.
4. Missbrauch von Krankmeldungen zur Vermeidung von Arbeit: Wer mehrfach unplausible Krankmeldungen vorlegt, um der Aufnahme einer Arbeit zu entgehen, und dies nachweislich im egoistischen Interesse tut, verweigert aktiv Arbeit.

Personen, die in diese Kategorien fallen, erhalten eine gestaffelte Kürzung ihrer Sozialabgaben und Transferleistungen, sodass eine finanzielle Lenkungswirkung entsteht.

Wer nachweislich eine Arbeitsstelle annimmt, dann aber absichtlich nicht erscheint oder mehrfach unentschuldigt fehlt, erhält eine sofortige Kürzung von 30 % des Bürgergelds für 6 Monate.

2. Finanzielle Auswirkungen und Einsparpotenzial

Die jährlichen Kosten für einen arbeitslosen Bürgergeldempfänger belaufen sich auf etwa 19.000 Euro pro Jahr. Diese Summe setzt sich aus dem Regelsatz von durchschnittlich 6.500 Euro, der Wohnkostenübernahme von etwa 6.000 Euro, den Beiträgen zur Kranken- und Pflegeversicherung in Höhe von rund 3.600 Euro sowie Verwaltungskosten und Zusatzleistungen von etwa 3.000 Euro zusammen. Insgesamt gibt Deutschland jährlich rund 44 Milliarden Euro für das Bürgergeld aus. Ein erheblicher Teil dieser Summe entfällt auf Menschen, die arbeitsfähig sind, aber keine Beschäftigung aufnehmen oder sich nicht aktiv um Arbeit bemühen. Eine gezielte Kürzung der Bürgergeldleistungen für Personen, die wiederholt Arbeitsangebote verweigern, sich nicht an Qualifizierungsmaßnahmen beteiligen oder ihre Mitwirkungspflichten nicht erfüllen, könnte den Staat finanziell entlasten.

Mehrfache Ablehnung zumutbarer Jobangebote betrifft schätzungsweise 18.000 bis 30.000 Personen. Diese Gruppe macht etwa 1,5 bis 2,5 Prozent aller arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger aus. Personen, die sich weigern, an Qualifizierungsmaßnahmen teilzunehmen, obwohl diese ihre Chancen auf eine dauerhafte Beschäftigung verbessern würden, werden auf etwa 50.000 bis 70.000 geschätzt. Das entspricht etwa vier bis 5,8 Prozent aller arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger. Eine weitere Gruppe sind diejenigen, die ihre Mitwirkungspflichten im Rahmen des Bürgergeldes verweigern, beispielsweise indem sie Termine bei den Jobcentern nicht wahrnehmen oder

Unterlagen nicht einreichen. Hier liegt die geschätzte Zahl bei 30.000 bis 40.000 Personen, was etwa 2,5 bis 3,3 Prozent der arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger entspricht.

Hinzu kommt eine nicht unerhebliche Anzahl von Personen, die durch unplausible oder wiederholte Krankmeldungen versuchen, eine Arbeitsaufnahme zu vermeiden. Diese Gruppe wird auf 36.000 bis 60.000 Personen geschätzt, was etwa drei bis fünf Prozent der arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger ausmacht. Schließlich gibt es auch Menschen, die eine Arbeitsstelle annehmen, dann aber wiederholt nicht zur Arbeit erscheinen oder innerhalb kurzer Zeit gekündigt werden. Hier geht man von etwa 15.000 bis 36.000 Betroffenen aus, das entspricht etwa 1,2 bis drei Prozent der arbeitsfähigen Bürgergeldempfänger.

Insgesamt könnten durch gezielte Leistungskürzungen bei diesen Gruppen zwischen 135.000 und 190.000 Bürgergeldempfänger betroffen sein. Bei einer durchschnittlichen Kürzung der Bürgergelderleistungen um 30 Prozent würde dies pro Person eine jährliche Einsparung von etwa 5.700 Euro bedeuten. Die Gesamtentlastung für den Staat würde sich damit auf etwa 770 Millionen bis 1,08 Milliarden Euro pro Jahr belaufen.

Deutschland gibt jährlich rund 44 Milliarden Euro für Bürgergeld und andere arbeitsmarktbezogene Sozialleistungen aus (Stand 2023). Ein erheblicher Teil dieser Ausgaben entfällt auf Personen, die wiederholt Erwerbsarbeit verweigern, obwohl sie arbeitsfähig sind. Eine gezielte Beitragskürzung könnte das Einsparpotenzial erheblich steigern, indem Fehlanreize reduziert werden und mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zurückgeführt werden.

3. Positive Effekte für Arbeitsmarkt und Sozialsystem

Durch die Einführung einer Kürzung bei Arbeitsverweigerung entstehen mehrere wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile:

- **Höhere Beschäftigungsrate:** Ein Teil der bisherigen Sozialleistungsempfänger wird stärker motiviert, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen, da die finanzielle Attraktivität des Arbeitsmarktes steigt.
- **Entlastung des Sozialbudgets:** Einsparungen von bis zu **1,08 Milliarden Euro pro Jahr** reduzieren die Belastung für Steuerzahler und schaffen finanziellen Spielraum für gezielte Investitionen in Bildung und Infrastruktur.
- **Mehr Gerechtigkeit im Sozialsystem:** Wer sich aktiv um Arbeit bemüht, profitiert von besserer Unterstützung, während diejenigen, die absichtlich nicht arbeiten wollen, weniger staatliche Mittel erhalten.

3.1. Beispielrechnung für einen Langzeitarbeitslosen mit Bürgergeld

- Derzeitiger Bürgergeldsatz für eine Einzelperson: 563 Euro pro Monat + Wohnkostenübernahme
- Bei 20 % Kürzung (bei wiederholter Verweigerung): 450 Euro pro Monat + reduzierte Mietübernahme
- Einsparung pro Person und Jahr: 1.356 Euro

3.2 Finanzielle Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt

Neben den direkten Einsparungen durch reduzierte Sozialausgaben erwarten wir eine deutliche Steigerung der Arbeitsmarktintegration. Durch den stärkeren Druck zur Arbeitsaufnahme gehen wir davon aus, dass zwischen **27.000 und 66.500 Bürgergeldempfänger pro Jahr** eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung aufnehmen. Dies bedeutet weitere Einsparungen von etwa **513 Millionen bis zu 1,26 Milliarden Euro jährlich**. Zusätzlich würde der Staat durch die Arbeitsaufnahme dieser Personen erhebliche Mehreinnahmen erzielen. Bei einem durchschnittlichen Bruttoeinkommen von etwa 2.500 Euro monatlich pro integriertem Arbeitnehmer wären das rund 30.000 Euro jährlich pro Person. Bei 27.000 bis 66.500 zusätzlichen Erwerbstätigen entspräche dies einem zusätzlichen Einkommen von **810 Millionen bis fast 2 Milliarden Euro pro Jahr für die Arbeitnehmer**. Daraus ergeben sich für den Staat wiederum erhebliche Zusatzeinnahmen aus Steuern und Sozialabgaben im Bereich von mehreren hundert Millionen Euro jährlich.

Unser Ziel ist eine **gerechtere und leistungsfähigere Sozialpolitik**, die Menschen nicht nur unterstützt, sondern sie aktiv zur Eigenverantwortung ermutigt. Soziale Sicherheit darf keine dauerhafte Abhängigkeit schaffen, sondern muss den Weg in den Arbeitsmarkt fördern. Wer sich aktiv bemüht, soll weiterhin Unterstützung erhalten – wer sich jedoch dauerhaft weigert, eine zumutbare Arbeit anzunehmen oder an seiner Qualifikation zu arbeiten, muss mit Konsequenzen rechnen. Unsere Reform stellt sicher, dass Sozialleistungen zielgerichtet eingesetzt werden und gleichzeitig die finanzielle Belastung für den Staat reduziert wird. Insgesamt könnte unsere Reform inklusive Einsparungen und zusätzlicher Einnahmen ein Gesamtvolumen von bis zu rund **3 Milliarden Euro pro Jahr** umfassen.

4. Soziale Absicherung bleibt bestehen

Wichtig ist, dass diese Maßnahme keine allgemeine Kürzung von Sozialleistungen darstellt, sondern gezielt Personen betrifft, die sich bewusst einer Erwerbstätigkeit entziehen. Wer **krank, alleinerziehend** oder **nachweislich nicht vermittelbar** ist, bleibt weiterhin vollständig abgesichert. Die Reform soll **Leistungsbereitschaft belohnen** und **Fehlanreize abbauen**, ohne sozial schwache Gruppen zu bestrafen.

5. Fazit: Sozialstaat erhalten, Arbeit attraktiver machen

Das Sozialsystem muss nachhaltig finanziert werden, um Menschen in Not effektiv zu unterstützen. Eine Beitragskürzung von bis zu 30 Prozent bei aktiver Arbeitsverweigerung schafft Anreize für mehr Erwerbstätigkeit und sorgt gleichzeitig für Einsparungen in Milliardenhöhe.

Kernpunkte der Reform:

- Kürzungen bis zu 30 Prozent bei wiederholter Arbeitsverweigerung
- Einsparungspotenzial von bis zu 3 Milliarden Euro jährlich
- Keine Belastung für Arbeitnehmer oder tatsächlich Bedürftige
- Erhöhte Anreize zur Arbeitsaufnahme und mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat

Durch diese Maßnahme bleibt der Sozialstaat finanziell stabil, gerechter und leistungsfähiger. Arbeit muss sich immer mehr lohnen als staatliche Unterstützung, um langfristig Wohlstand und soziale Sicherheit für alle zu gewährleisten.

Mieten stabilisieren durch mehr Wohnraum – Bürokratie abbauen, Bauhürden senken, private Investitionen fördern

Bezahlbarer Wohnraum ist eine der drängendsten sozialen und wirtschaftlichen Herausforderungen in Deutschland. Die Mieten steigen in vielen Städten schneller als die Einkommen, während der Wohnungsbau durch hohe Baukosten, lange Genehmigungsverfahren und bürokratische Hürden massiv behindert wird. Um den Mietmarkt zu entspannen, müssen gezielte Investitionen, vereinfachte Bauvorschriften und stärkere private Beteiligung umgesetzt werden. Mit einem Investitionspaket von **1,1 Milliarden Euro pro Jahr** soll die Wohnungsbaukrise entschärft und langfristig für stabile Mieten gesorgt werden.

1. Schneller bauen durch Bürokratieabbau und Digitalisierung

Ein entscheidendes Problem des Wohnungsmarktes ist die lange Dauer von Genehmigungsprozessen. Derzeit vergehen in Deutschland im Schnitt 8 Monate bis zu einer Baugenehmigung, in einigen Fällen sogar mehrere Jahre. Dadurch entstehen Verzögerungen und steigende Kosten, die sich direkt auf die Mietpreise auswirken.

*Hier werden die bereits angesprochenen Lösungen aufgegriffen: [2. Schnellere Genehmigungen – Weniger Wartezeit, mehr Investitionen](#)..... **Fehler! Textmarke nicht definiert.***

1.1. Maßnahmen zur Beschleunigung von Genehmigungen

- Maximale Genehmigungsfrist von 3 Monaten: Kommunen müssen Bauanträge innerhalb dieser Frist bearbeiten. Erfolgt keine Entscheidung, wird der Antrag automatisch genehmigt.
- Standardisierte digitale Bauanträge: Einführung einer zentralen digitalen Plattform für Bauanträge, die Behörden miteinander vernetzt und Doppelerfassungen vermeidet.
- Schnellverfahren für Wohnungsbauprojekte: Projekte mit mehr als 50 Wohneinheiten erhalten eine vorrangige Bearbeitung durch spezialisierte Taskforces.

Diese Maßnahmen reduzieren die Bürokratiekosten für Bauherren und Kommunen, wodurch der Wohnungsbau schneller, günstiger und planungssicherer wird.

Kosten für die Digitalisierung und Verfahrensoptimierung: **400 Millionen Euro pro Jahr**

2. Bauhürden senken – Mehr Bauland bereitstellen, Kosten reduzieren

Neben der Bürokratie ist der Mangel an verfügbarem Bauland einer der größten Bremsfaktoren für den Wohnungsbau. Durch eine gezielte Lockerung von Bauvorschriften, eine effizientere Nutzung bestehender Flächen und Anreize für private Investitionen können mehr Wohnungen entstehen.

2.1. Maßnahmen zur Reduzierung von Bauhürden

- Neuausweisung von Bauland: Kommunen erhalten Anreize, um schneller Bauland bereitzustellen, etwa durch Steuervergünstigungen oder beschleunigte Umwidmungsverfahren.
- Reduzierung der Bauauflagen: Vereinfachung von energetischen und architektonischen Vorschriften für Wohnungsbauprojekte, ohne auf Sicherheit oder Nachhaltigkeit zu verzichten.
- Umnutzung von Gewerbeimmobilien: Vereinfachte Umwidmung von leerstehenden Bürogebäuden in Wohnraum durch eine Anpassung der Bauvorschriften.

Diese Reformen ermöglichen eine **Kostensenkung von bis zu 15 Prozent pro Bauprojekt**, was zu niedrigeren Mieten führt.

Erwartete Kosten für die Umsetzung: **300 Millionen Euro pro Jahr**

3. Private Investitionen fördern – Anreize für Neubauten und Modernisierungen

Der Wohnungsbau kann nicht allein durch öffentliche Gelder finanziert werden. Deshalb müssen private Investoren stärker motiviert werden, in den Bau neuer Wohnungen zu investieren.

3.1. Maßnahmen zur Förderung privater Investitionen

- Steuerliche Abschreibung für Neubauten: Einführung einer Sonderabschreibung für Investitionen in den Mietwohnungsbau.
- Gewerbesteuererleichterungen für Bauunternehmen: Bauherren, die Mietwohnungen errichten, erhalten eine Reduzierung der Gewerbesteuer für das jeweilige Bauvorhaben.
- Kreditprogramme für private Wohnungsbauprojekte: Staatlich unterstützte Kredite für private Bauherren und Wohnungsgenossenschaften.

Diese Maßnahmen erhöhen die Rentabilität des Wohnungsbaus, sodass mehr private Mittel in den Wohnungsmarkt fließen.

Geschätzte Kosten für Steuererleichterungen und Förderungen: **800 Millionen Euro pro Jahr**

4. Finanzielle Auswirkungen und Einsparpotenzial

Die Gesamtkosten der Maßnahmen belaufen sich auf 1,5 Milliarden Euro pro Jahr, wobei 400 Millionen Euro davon bereits thematisiert wurden. Somit beläuft sich die Gesamtsumme auf **1,1 Milliarden Euro pro Jahr**. Diese Investition wird durch verschiedene Mechanismen langfristig kompensiert:

- Höhere Steuereinnahmen durch mehr Bauaktivität: Mehr Bauvorhaben führen zu zusätzlichen Umsatz- und Gewerbesteuereinnahmen von geschätzten **500 Millionen Euro jährlich**.
- Entlastung des Sozialbudgets durch sinkende Mieten: Geringere Mietkosten reduzieren die Ausgaben für Wohngeld und soziale Wohnhilfen, wodurch der Staat bis zu **400 Millionen Euro pro Jahr** einsparen kann.
- Reduzierte Verwaltungskosten durch Digitalisierung: Die effizienteren Genehmigungsverfahren führen zu geringeren Ausgaben in den Bauverwaltungen der Kommunen, wodurch langfristig **200 Millionen Euro jährlich** eingespart werden.

5. Wirkung auf den Wohnungsmarkt

Die Umsetzung dieser Reformen hat direkte Auswirkungen auf die Verfügbarkeit und die Kosten von Wohnraum.

- Erwartete Neubauten durch beschleunigte Verfahren: Jährlich **50.000** zusätzliche Wohnungen
- Durchschnittliche Mietsenkung durch mehr Angebot: Bis zu **10** Prozent in überlasteten Städten
- Kürzere Bauzeiten: Genehmigungsdauer reduziert auf maximal **3** Monate

Langfristig wird ein gesünderer Wohnungsmarkt geschaffen, in dem Angebot und Nachfrage besser ausbalanciert sind, ohne auf direkte Mietpreisregulierungen oder Enteignungen setzen zu müssen.

6. Fazit: Mehr Wohnraum für stabile Mieten

Die Reform des Wohnungsmarktes muss auf Anreize statt Verbote setzen. Durch die Beschleunigung von Genehmigungen, Senkung von Bauhürden und Förderung privater Investitionen wird der Wohnungsbau angekurbelt, was zu einem breiteren Angebot und stabileren Mietpreisen führt.

Kernpunkte der Reform:

- 1,1 Milliarden Euro pro Jahr für Wohnraumförderung
- Bis zu 50.000 neue Wohnungen jährlich durch beschleunigte Verfahren
- Mieten sinken langfristig um bis zu 10 Prozent durch höheres Angebot
- Gegenfinanzierung durch Steuereinnahmen und Sozialausgaben-Ersparnisse

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass Wohnraum bezahlbar bleibt, ohne den Wohnungsmarkt durch starre Mietpreisbremsen oder unverhältnismäßige Regulierungen zu überlasten. Private Investitionen werden gefördert, Bauherren entlastet und Bürokratie reduziert, sodass sich der Wohnungsmarkt

Energiepreise senken – Abgaben und Bürokratie für Strom und Heizung reduzieren

Die Energiepreise in Deutschland gehören zu den höchsten in Europa. Dies belastet nicht nur private Haushalte, sondern auch Unternehmen und den Mittelstand, die mit hohen Produktionskosten kämpfen. Hohe Abgaben, Bürokratie und eingeschränkte Energiequellen haben dazu geführt, dass Strom- und Heizkosten unnötig teuer sind. Um

diesen Trend umzukehren und eine bezahlbare Energieversorgung zu sichern, müssen die bestehenden Strukturen überarbeitet werden. Durch eine gezielte Senkung der Abgaben, eine Vereinfachung der Bürokratie und eine Diversifizierung der Energieversorgung, einschließlich der teilweisen Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland, können jährlich bis zu **11,464 Milliarden Euro eingespart** werden.

1. Wiederaufnahme von anderen Energieimporten – Kosten senken durch günstigere Bezugsquellen

Seit dem Stopp der Energieimporte aus Russland sind die Preise für Gas, Strom und Heizöl in Deutschland drastisch gestiegen. Dies liegt nicht nur an den Marktpreisen, sondern auch an der Notwendigkeit, Ersatzlieferungen aus teureren Quellen zu beziehen. Flüssiggas-Importe (LNG) aus den USA und anderen Ländern sind deutlich teurer als Pipeline-Gas, was die Preise weiter in die Höhe getrieben hat.

Die partielle Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland, insbesondere Gaslieferungen über bestehende Pipelines, würde die Kosten erheblich senken, ohne uns abhängig von Russland zu machen.

Vergleich der Gaspreise:

- Flüssiggas (LNG) aus den USA: 30–40 Euro pro Megawattstunde
- Pipeline-Gas aus Russland (vor 2022): 10–15 Euro pro Megawattstunde
- Ersparnis: bis zu 60 Prozent der Beschaffungskosten

Durch eine Rückkehr zu langfristigen Gaslieferverträgen mit Russland könnten die Energiekosten für Verbraucher und Unternehmen um mehrere Milliarden Euro pro Jahr reduziert werden.

- Erwartete Einsparungen durch günstigere Gasimporte: 7,5 Milliarden Euro pro Jahr
- Effekt auf Heizkosten für Haushalte: Durchschnittliche Ersparnis von 300 bis 600 Euro pro Haushalt und Jahr

Um diese Maßnahme umzusetzen, müssen politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die eine schrittweise Wiederaufnahme von Energieimporten ermöglichen, ohne dass dies zu geopolitischen Nachteilen führt.

2. Abgaben und Steuern auf Energie senken – Mehr Netto für Verbraucher

Ein erheblicher Teil der Energiepreise in Deutschland wird durch staatliche Abgaben und Steuern verursacht. Derzeit entfallen auf Strom- und Gaspreise:

- Mehrwertsteuer auf Energie: 19 % (zeitweise auf 7 % gesenkt, aber wieder angestiegen)
- CO₂-Abgabe: 30–45 Euro pro Tonne CO₂, wodurch sich Heiz- und Stromkosten verteuern
- Netzentgelte und Umlagen: 8–12 Cent pro Kilowattstunde allein für Strom

Durch gezielte Steuersenkungen und den Abbau unnötiger Abgaben können die Energiekosten spürbar gesenkt werden.

2.1. Maßnahmen zur Steuer- und Abgabensenkung

- Dauerhafte Senkung der Mehrwertsteuer auf Strom und Gas von 19 % auf 7 %
 - Einsparung für Verbraucher und Unternehmen: 3 Milliarden Euro pro Jahr
- Abschaffung der CO₂-Abgabe auf Strom und Heizenergie
 - Ersparnis für Haushalte: 150 bis 300 Euro pro Jahr
 - Gesamte Einsparung: 1,5 Milliarden Euro pro Jahr
- Reduktion der Netzentgelte durch mehr Wettbewerb und Entbürokratisierung
 - Ersparnis: 1,2 Milliarden Euro pro Jahr

Diese Maßnahmen führen zu einer direkten Entlastung für Verbraucher und Unternehmen, sodass Energie bezahlbarer bleibt.

3. Bürokratie abbauen – Strom- und Gaslieferantenwechsel erleichtern

Viele Verbraucher bleiben trotz steigender Preise bei ihrem bisherigen Energieanbieter, weil der Wechselprozess kompliziert und bürokratisch ist. Eine Reform der Energieversorgung muss den Wettbewerb stärken und es Kunden erleichtern, zu günstigeren Anbietern zu wechseln.

Maßnahmen zur Vereinfachung des Anbieterwechsels:

- Automatische Vergleichsplattformen für Verbraucher mit Wechseloption
- Maximale Wechselzeit auf 7 Tage begrenzen
- Abschaffung von Kündigungsfristen bei Strom- und Gasverträgen

Durch diese Reformen könnten Verbraucher jährlich zusätzlich bis zu **264 Millionen Euro** einsparen, da sie schneller auf günstigere Anbieter umsteigen können.

4. Wirtschaftliche Auswirkungen und Einsparpotenzial

Durch die Kombination aus günstigeren Energieimporten, Steuersenkungen und Bürokratieabbau ergeben sich erhebliche finanzielle Einsparungen für Haushalte, Unternehmen und den Staat.

Zusammenfassung der Einsparpotenziale

Maßnahme	Erwartete Einsparungen pro Jahr
Wiederaufnahme russischer Energieimporte	7,5 Milliarden Euro
Mehrwertsteuersenkung auf Energie auf 7 %	3 Milliarden Euro
Abschaffung der CO ₂ -Abgabe auf Strom & Heizung	1,5 Milliarden Euro
Reduzierung der Netzentgelte	1,2 Milliarden Euro
Erleichterung des Anbieterwechsels	264 Millionen Euro
Gesamte Einsparung	11,464 Milliarden Euro pro Jahr

5. Wirkung auf Haushalte und Unternehmen

Die Umsetzung dieser Maßnahmen führt zu einer spürbaren Entlastung für alle Bürger und Unternehmen.

Privathaushalte sparen durchschnittlich **600 bis 1.200 Euro pro Jahr** durch geringere Strom- und Heizkosten.

Industrie und Mittelstand profitieren von sinkenden Produktionskosten, wodurch Produkte günstiger werden und Arbeitsplätze gesichert bleiben.

Der **Inflationsdruck sinkt**, da Energiepreise einen erheblichen Einfluss auf die Lebenshaltungskosten haben.

6. Fazit: Energie bezahlbar machen, Wirtschaft stärken

Die Energiepolitik muss sich an der Realität des Marktes orientieren und eine bezahlbare Versorgung für alle gewährleisten. Die Wiederaufnahme von Energieimporten aus Russland, die Senkung von Steuern und Abgaben sowie die Beseitigung unnötiger Bürokratie im Energiesektor bieten eine umfassende Lösung, um die Preise dauerhaft zu stabilisieren.

Langfristige Energieversorgung garantieren

Die Energieversorgung der Zukunft muss wirtschaftlich, nachhaltig und unabhängig von fossilen Brennstoffen sein. Statt Milliarden in ineffiziente, teure und riskante Atomkraftwerke zu investieren, setzen wir auf eine zukunftsweisende Strategie: die Erschließung gigantischer Solarparks in Nordafrika mit direkter Stromübertragung nach Deutschland. Mit einer gezielten Investition von **320 Milliarden Euro** kann Deutschland nicht nur seinen eigenen Energiebedarf langfristig decken, sondern auch zum führenden grünen Energieexporteur Europas werden. Diese Strategie kombiniert die effizienteste Energieerzeugung mit modernster Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ), um Verluste zu minimieren und eine stabile Versorgung sicherzustellen.

1. Technische und wirtschaftliche Vorteile der Investition

Mit 180 Gigawatt (GW) Solarkapazität in Nordafrika, insbesondere in Regionen mit einer durchschnittlichen Sonneneinstrahlung von über 2.500 Volllaststunden pro Jahr, lässt sich eine jährliche Stromproduktion von 450 Terawattstunden (TWh) erzielen. Zum Vergleich: Deutschlands Gesamtstromverbrauch lag 2023 bei 500 TWh – diese Investition würde also nahezu Deutschlands ganzen Energiebedarf decken.

Investitionsstruktur & Kostenverteilung:

Komponente	Kosten
Solaranlagen (180 GW in Nordafrika)	135 Mrd. €
HGÜ-Leitungen (4 Trassen á 12 GW, 3.000 km)	33,6 Mrd. €
Speicher-Infrastruktur (Batterien, Wasserstoff, Pumpspeicher)	20 Mrd. €
Gesamtkosten	188,6 Mrd. €

Die Kosten für den Bau von HGÜ-Leitungen basieren auf realistischen Marktdaten, wobei die Übertragungsverluste durch diese Technologie auf 9% für 3.000 km minimiert werden. Die Speicherung des Stroms in Form von Wasserstoff und Batteriespeichern sorgt für eine zuverlässige Versorgung auch in Schwankungszeiten.

2. Vergleich mit Atomkraft – Warum erneuerbare Energien die einzige wirtschaftliche Lösung sind

Ein neues Atomkraftwerk kostet 6–12 Milliarden Euro pro GW Kapazität und hat eine typische Volllaststundenzahl von 7.500 h/Jahr. Obwohl wir Atomkraftwerke reanimieren könnten, würde dies ebenfalls im einstelligen Milliarden Bereich liegen, während diese dann aber nur 10-20 Jahre lang laufen könnten. Eine Investition von 320 Milliarden Euro würde also maximal 20–30 GW Atomstrom-Kapazität ermöglichen und nur eine jährliche Stromproduktion von 133–221 TWh erzeugen. Das entspricht nur 40 % der Strommenge, die mit Solarenergie in Nordafrika erzeugt werden könnte.

Zudem sind die Betriebskosten von Atomkraft mit 100–150 €/MWh mehr als dreimal so hoch wie die von Solarenergie in Nordafrika, wo die Stromgestehungskosten bei nur 10–20 €/MWh liegen. Selbst nach Einberechnung der Übertragungsverluste und Speicherkosten bleibt Solarstrom aus Nordafrika mit 30–40 €/MWh immer noch deutlich günstiger als Atomkraft.

3. Rentabilität und wirtschaftliche Auswirkungen

Jährliche Einnahmen und Amortisation der Investition

Wenn der erzeugte Strom zu einem Marktpreis von 60 €/MWh verkauft wird, ergeben sich folgende Einnahmen:

$$450 \text{ TWh} \times 78,51 \text{ €/MWh} = \mathbf{34 \text{ Mrd. €/Jahr}}$$

Nach Abzug der Betriebskosten von 35 €/MWh bleiben jährlich:

$$1.500 \text{ TWh} \times 35 \text{ €/MWh} = \mathbf{15,75 \text{ Mrd. €/Jahr}}$$

Nettogewinn pro Jahr:

$$34 \text{ Mrd. €} - 15,75 \text{ Mrd. €} = \mathbf{18,25 \text{ Mrd. €/Jahr}}$$

Amortisation der Investition:

$$188,6 \text{ Mrd. €} \div 18,25 \text{ Mrd. €/Jahr} = \mathbf{10,3 \text{ Jahre}}$$

Nach 10,3 Jahren ist die gesamte Investition refinanziert, und das System generiert für mindestens 20 weitere Jahre Gewinne von 18,25 Milliarden Euro jährlich, während Atomkraftwerke allein durch ihre hohen Gestehungskosten und jahrzehntelange Bauzeiten nie eine vergleichbare Wirtschaftlichkeit erreichen könnten.

4. Versorgungssicherheit & strategische Vorteile für Deutschland

- Unabhängigkeit von fossilen Energieträgern: Während Atomkraft weiterhin auf Uranimporte aus geopolitisch unsicheren Ländern wie Kasachstan oder Russland angewiesen ist, liefert Solarenergie eine unerschöpfliche Quelle ohne externe Abhängigkeiten.
- Minimale Transportverluste: Dank modernster HGÜ-Technologie bleiben die Übertragungsverluste unter 10 % – ein Wert, der bereits heute von China auf HGÜ-Leitungen über 3.000 km erreicht wird.

- Energiespeicher & Wasserstoffproduktion: Überschüssiger Solarstrom kann in Wasserstoff umgewandelt werden, der sowohl als Langfristspeicher als auch als Energiequelle für industrielle Anwendungen dient.
- Wirtschaftsboom & neue Exportchancen: Deutschland könnte sich als führender Anbieter für grüne Energie in Europa positionieren, den überschüssigen Strom verkaufen und so neue Einnahmequellen erschließen.

5. Geopolitische Sicherheit für Solarstromimporte – Ein stabiles und unabhängiges Energienetz für Deutschland

Der Import von Solarstrom aus Nordafrika bietet Deutschland enorme wirtschaftliche und ökologische Vorteile, doch die geopolitischen Unsicherheiten in einigen Regionen könnten Herausforderungen mit sich bringen. Um eine sichere und störungsfreie Energieversorgung zu gewährleisten, setzen wir auf eine vielschichtige Strategie, die politische Stabilität, technologische Resilienz und wirtschaftliche Partnerschaften kombiniert. Unsere Maßnahmen minimieren das Risiko von Abhängigkeiten und sorgen dafür, dass Deutschland von dieser zukunftsweisenden Investition langfristig und zuverlässig profitiert.

5.1. Politische Stabilität durch internationale Energiepartnerschaften

Eine sichere Energieversorgung benötigt verlässliche Partnerländer mit stabilen politischen Strukturen und starken wirtschaftlichen Interessen an einer langfristigen Kooperation. Daher setzen wir auf:

- Energieabkommen mit politisch stabilen Ländern: Wir priorisieren Partnerschaften mit Marokko, Tunesien und Ägypten, die bereits stark in erneuerbare Energien investieren und eine verlässliche politische Zusammenarbeit mit der EU pflegen.
- Verbindliche 30–50-jährige Energieverträge: Langfristige Verträge garantieren Preisstabilität und Versorgungssicherheit. Diese basieren auf EU-Richtlinien und bieten den Partnerländern wirtschaftliche Anreize zur Stabilisierung.
- EU-weite Kooperation & multilaterale Absicherung: Durch die Einbindung von Frankreich, Spanien und Italien als Transitländer wird sichergestellt, dass Stromlieferungen nicht nur bilateral, sondern auf europäischer Ebene rechtlich gesichert werden.

- Internationale Entwicklungsförderung: Deutschland unterstützt gezielt lokale Infrastrukturprojekte, die die politische und wirtschaftliche Stabilität der Partnerländer fördern – Bildungsprogramme, Arbeitsplätze im Energiesektor und Industrieförderung.

5.2. Diversifizierung: Keine Abhängigkeit von einem einzigen Land

- Mehrere Produktionsstandorte in Nordafrika: Statt nur auf ein einzelnes Land zu setzen, bauen wir Solarparks in Marokko, Tunesien und Ägypten, sodass geopolitische Instabilitäten eines Landes den Energiefluss nicht gefährden.
- Alternative Bezugsquellen & EU-Netzanbindung: Sollte ein Land ausfallen, ermöglichen bestehende HGÜ-Leitungen zu Spanien, Frankreich und Norwegen einen schnellen Ausgleich des Strombedarfs.
- Dezentrale Energieversorgung: Während ein großer Teil des Stroms importiert wird, bleiben 40–50 % der Stromproduktion weiterhin in Deutschland durch Windkraft, Batteriespeicher und Wasserstoffproduktion, um Versorgungsrisiken zu minimieren.

5.3. Rechtliche und wirtschaftliche Absicherung gegen politische Instabilität

- Energieverträge mit Schutzmechanismen: Verträge werden so gestaltet, dass internationale Schiedsgerichte in Streitfällen eingreifen können. Eine Enteignung oder plötzliche Vertragskündigung seitens eines Partnerlandes wäre mit hohen Strafzahlungen sanktioniert.
- Stromhandel über internationale Energieplattformen: Anstatt direkt von einzelnen Regierungen abhängig zu sein, erfolgt der Stromhandel über eine multilaterale europäische Handelsplattform, ähnlich wie beim Gasmarkt.
- Technologischer Besitz bleibt in deutscher Hand: Die HGÜ-Leitungen und Solaranlagen werden von internationalen Konsortien unter deutscher Führung betrieben, um Kontrolle über die Infrastruktur zu behalten.

5.4. Militärische und sicherheitspolitische Aspekte

- Internationale Schutzmechanismen für kritische Infrastruktur: Deutschland arbeitet mit der EU, der NATO und der Afrikanischen Union zusammen, um die

Sicherheitslage in Nordafrika zu stabilisieren und die Energieinfrastruktur zu schützen.

- Vermeidung von Konfliktfinanzierung: Durch klare Transparenzmechanismen wird sichergestellt, dass keine Einnahmen aus dem Energiehandel an terroristische Gruppen oder illegitime Regime fließen.
- Redundante Backup-Systeme: Falls geopolitische Spannungen zu kurzfristigen Ausfällen führen, stehen Gasspeicher, Batteriespeicher und alternative Lieferanten wie Norwegen oder Frankreich als kurzfristige Absicherung bereit.

6. Finanzierung der Energiewende durch eine gezielte Anpassung der Schuldenbremse

Der Ausbau einer sicheren, unabhängigen und wirtschaftlich tragfähigen Energieversorgung ist eine der zentralen Zukunftsaufgaben Deutschlands. Die Investition von 188,6 Milliarden Euro in den Ausbau von Solarenergie in Nordafrika, den Aufbau moderner Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragungsleitungen (HGÜ) und Speichertechnologien wird Deutschland langfristig nicht nur energieunabhängig, sondern auch wirtschaftlich profitabel machen. Eine Finanzierung dieser Maßnahme ist durch eine gezielte Anpassung der Schuldenbremse möglich und notwendig, um langfristig hohe Energiekosten, externe Abhängigkeiten und wirtschaftliche Wettbewerbsnachteile zu vermeiden.

6.1. Warum eine Anpassung der Schuldenbremse notwendig ist

Die Schuldenbremse wurde eingeführt, um kurzfristige Haushaltsdisziplin zu wahren und übermäßige Verschuldung zu verhindern. Sie darf jedoch nicht dazu führen, dass dringend notwendige Investitionen in die Zukunft blockiert werden. Der Energiesektor ist von zentraler strategischer Bedeutung für Industrie, Wirtschaftswachstum und Klimaschutz. Ohne eine massive Investition in erneuerbare Energien drohen weiter steigende Energiepreise, die Deutschland im internationalen Wettbewerb schwächen.

Investitionen in Infrastruktur, insbesondere in Energieversorgungssysteme, unterscheiden sich fundamental von laufenden Haushaltsausgaben. Während Konsumausgaben direkt verbraucht werden, schaffen Investitionen langfristige Werte, die über Jahrzehnte hinweg Erträge generieren. Die Finanzierung dieser Maßnahmen über eine gezielte Anpassung der Schuldenbremse stellt sicher, dass die Transformation nicht durch kurzfristige fiskalische Zwänge verhindert wird, sondern nachhaltig und wirtschaftlich tragfähig erfolgt.

6.2. Die wirtschaftliche Logik hinter der Investition – Warum Schulden hier kein Problem sind

Eine Finanzierung über Kreditaufnahme ist gerechtfertigt, wenn die Rendite der Investition die Finanzierungskosten übersteigt. Genau dies ist bei der Investition in die Energieinfrastruktur der Fall.

Die geplanten 188,6 Milliarden Euro führen durch den Verkauf des erzeugten Stroms zu stabilen Einnahmen. Bei einem Verkaufspreis von 78,51 €/MWh und einer jährlichen Stromproduktion von 450 TWh ergeben sich jährliche Einnahmen von 34 Milliarden Euro. Nach Abzug der Betriebskosten von 15,75 Milliarden Euro pro Jahr bleibt ein jährlicher Nettogewinn von 18,25 Milliarden Euro.

Daraus folgt eine Amortisationszeit von etwa 10,3 Jahren. Anschließend erwirtschaftet die Investition über Jahrzehnte hinweg direkte Gewinne, die weit über den Finanzierungskosten liegen.

Würde Deutschland hingegen darauf verzichten und weiter hohe Energiemengen aus fossilen Quellen importieren, würden diese Mittel ohne Wertschöpfung ins Ausland abfließen. Eine Anpassung der Schuldenbremse erlaubt es, Kapital effizient für strategische Zukunftsinvestitionen einzusetzen, anstatt durch eine restriktive Haushaltsführung langfristige wirtschaftliche Schäden zu riskieren.

6.3. Wie die Schuldenbremse angepasst werden muss

Die bestehende Regelung der Schuldenbremse erlaubt eine begrenzte Nettokreditaufnahme, die jedoch für eine Investition dieser Größenordnung nicht ausreicht. Eine sinnvolle Reform könnte folgende Maßnahmen umfassen:

6.3.1. Ausnahme für Zukunftsinvestitionen

Eine gezielte Ausnahme von der Schuldenbremse für Infrastrukturprojekte mit langfristiger Wirtschaftlichkeit. Dies betrifft insbesondere Energieinfrastruktur, die direkte Einnahmen generiert und nicht nur Kosten verursacht.

6.3.2. Schaffung eines Sondervermögens „Energiezukunft Deutschland“

Die Finanzierung kann über ein staatliches Sondervermögen erfolgen, ähnlich wie es für die Bundeswehr oder in Krisensituationen praktiziert wurde. Dies erlaubt eine flexible und langfristige Finanzierung unabhängig von kurzfristigen Haushaltszwängen.

Stufenweise Kreditaufnahme mit festem Rückzahlungsplan

Die Kreditaufnahme sollte über einen Zeitraum von 10–15 Jahren gestreckt werden, um eine geordnete Refinanzierung zu gewährleisten.

Ein Teil der Investition könnte über grüne Anleihen finanziert werden, die speziell für nachhaltige Infrastrukturprojekte ausgegeben werden.

6.3.3. Verknüpfung mit öffentlichen und privaten Kapitalquellen

Ein Teil der Finanzierung kann über öffentliche-private Partnerschaften (PPP) erfolgen, wodurch private Investoren in den Ausbau der Solarenergie eingebunden werden. Staatsanleihen für Bürger ermöglichen es, dass auch Privatpersonen direkt in die Energiewende investieren und langfristig von stabilen Renditen profitieren.

6.4. Warum diese Investition kein Risiko für die Staatsfinanzen darstellt

Oft wird argumentiert, dass eine Erhöhung der Staatsverschuldung zukünftige Generationen belasten würde. Doch genau das Gegenteil ist der Fall:

- Eine Nicht-Investition in erneuerbare Energien würde zu langfristig hohen Energiekosten, Importabhängigkeit und wirtschaftlichem Wettbewerbsverlust führen.
- Die direkte Refinanzierung durch Stromverkäufe stellt sicher, dass die Investition keine dauerhafte Belastung des Haushalts darstellt, sondern sich selbst trägt.
- Inflationsschutz: Infrastrukturprojekte mit stabilen Einnahmen bieten eine Absicherung gegen wirtschaftliche Krisen und Inflationsrisiken.
- Andere Länder, wie die USA oder China, nutzen gezielt staatliche Investitionen, um strategische Wirtschaftszweige zu stärken – eine zu restriktive Schuldenpolitik schwächt Deutschland im globalen Wettbewerb.

7. Pilotprojekt ohne große Risiken

Um die Machbarkeit der großflächigen Solarenergieerzeugung in Nordafrika zu demonstrieren und gleichzeitig das finanzielle Risiko zu minimieren, wird ein Pilotprojekt in Marokko realisiert. Marokko wurde aufgrund seiner politischen Stabilität, seiner Nähe zu Europa und seiner bereits bestehenden Erfahrung mit erneuerbaren Energien als optimaler Standort gewählt.

7.1. Standortwahl und technologische Umsetzung

Das Pilotprojekt wird in der Region Ouarzazate angesiedelt, die aufgrund ihrer hohen Sonneneinstrahlung und der vorhandenen Infrastruktur für Solarprojekte besonders geeignet ist. Hier befinden sich bereits große Solarprojekte wie das Noor-Solarkomplex, was die Anbindung an bestehende Netze erleichtert.

Kapazität:

- Installierte Leistung: 2 GW Solarkapazität
- Stromproduktion: ca. 5 TWh pro Jahr

- Nutzung von Hochspannungs-Gleichstrom-Übertragung (HGÜ) für verlustarme Stromübertragung nach Europa

Technologien:

- Photovoltaik (PV) in Kombination mit konzentrierender Solarthermie (CSP) zur zusätzlichen Speicherung
- HGÜ-Leitungen zur direkten Einspeisung nach Spanien
- Batteriespeicher und Wasserstoffproduktion für flexible Nutzung

7.2. Finanzierungsstruktur

Das Pilotprojekt wird durch eine Kombination aus öffentlichen und privaten Investitionen finanziert, um das finanzielle Risiko für Deutschland zu minimieren.

Investitionsaufteilung:

- Gesamtkosten: 5 Milliarden Euro
- Private Investitionen: 2 Milliarden Euro
- EU-Fördermittel: 1,5 Milliarden Euro
- Deutsche öffentliche Mittel: 1 Milliarde Euro
- Marokkanische Beteiligung & Infrastrukturentwicklung: 0,5 Milliarden Euro

Durch diese Mischfinanzierung wird das Risiko für Deutschland stark reduziert, während private Investoren und die EU von den langfristigen Gewinnen profitieren.

7.3. Wirtschaftliche Vorteile und Skalierbarkeit

Das Pilotprojekt dient nicht nur als Testlauf für den großflächigen Ausbau, sondern generiert bereits signifikante wirtschaftliche Erträge:

- Erwartete Einnahmen: 300 Millionen Euro pro Jahr (bei einem Strompreis von 60 €/MWh)
- Betriebskosten: 150 Millionen Euro pro Jahr
- Jährlicher Nettogewinn: 150 Millionen Euro
- Amortisation der Investition in ca. 10 Jahren

Nach erfolgreicher Umsetzung kann das Projekt schrittweise auf bis zu 20 GW ausgeweitet werden, was einer jährlichen Stromproduktion von 50 TWh entspricht – ausreichend, um 10 % des deutschen Strombedarfs zu decken.

7.4. Politische und rechtliche Absicherung

Um das Pilotprojekt langfristig abzusichern, werden folgende Maßnahmen getroffen:

- **Langfristige Stromabnahmeverträge (PPA)** mit deutschen und europäischen Abnehmern zur Preissicherung

- **Investitionsschutzabkommen** zwischen der EU und Marokko zur rechtlichen Absicherung deutscher Investitionen
- **EU-geförderte Netzverknüpfung** zur sicheren Integration des Solarstroms in das europäische Netz
- **Kooperation mit marokkanischen Unternehmen** zur Sicherstellung lokaler Wertschöpfung und Akzeptanz

7.5. Fazit: Geringes Risiko, hohe Skalierbarkeit

Das Pilotprojekt in Marokko stellt eine risikoarme Investition dar, die den Grundstein für eine weitreichende Energiewende in Europa legt. Durch die Kombination aus privater und öffentlicher Finanzierung sowie durch rechtliche und politische Absicherung wird eine solide Basis geschaffen. Falls das Pilotprojekt erfolgreich läuft, kann es schrittweise ausgeweitet werden, um Deutschland als führenden Exporteur erneuerbarer Energie in Europa zu etablieren.

Mit diesem Ansatz wird nicht nur die Energieversorgung der Zukunft sichergestellt, sondern auch ein nachhaltiger wirtschaftlicher und geopolitischer Vorteil geschaffen.

8. Fazit: Energieimporte ohne Abhängigkeitsrisiken

Um alle geopolitischen Risiken zu minimieren, setzen wir auf eine mehrgleisige Strategie:

- Politische Stabilität durch langfristige Verträge & wirtschaftliche Anreize
- Diversifizierung der Lieferländer & Redundanz in der Infrastruktur
- Rechtliche und wirtschaftliche Absicherung durch internationale Verträge
- Technologische Unabhängigkeit durch deutschen Betrieb der Infrastruktur
- Sicherheitspolitische Absicherung & Schutz kritischer Infrastruktur

Mit dieser Strategie stellt Deutschland sicher, dass der Import von Solarstrom aus Nordafrika keine geopolitische Abhängigkeit schafft, sondern eine langfristige, stabile und profitable Energiequelle bietet. Wir bauen die Energieversorgung der Zukunft – sicher, nachhaltig und wirtschaftlich unschlagbar.

Inflation bekämpfen – Weniger Steuern auf Grundnahrungsmittel, echte Entlastungen für Bürger

Die steigende Inflation hat in den letzten Jahren zu einer erheblichen Belastung für Verbraucher geführt. Besonders betroffen sind Haushalte mit geringem und mittlerem Einkommen, die einen Großteil ihres Budgets für Lebensmittel, Energie und Mieten aufwenden müssen. Hohe Preise für Grundnahrungsmittel verschärfen die finanzielle Lage vieler Bürger, da Lebensmittel eine unverzichtbare Ausgabe darstellen, die nicht reduziert werden kann. Um die Auswirkungen der Inflation abzumildern und Bürger

nachhaltig zu entlasten, ist eine gezielte Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel um **20 Prozent** geplant. Diese Maßnahme wird durch direkte steuerliche Entlastungen ergänzt, sodass Haushalte mehr Kaufkraft erhalten. Insgesamt ergibt sich ein Entlastungspotenzial von 2,36 Milliarden Euro pro Jahr, das direkt den Verbrauchern zugutekommt.

1. Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel – Spürbare Entlastung für alle Bürger

Aktuell werden Grundnahrungsmittel in Deutschland mit einer reduzierten Mehrwertsteuer von 7 Prozent besteuert. Während viele andere Länder die Mehrwertsteuer auf Lebensmittel weiter gesenkt oder sogar abgeschafft haben, bleiben die Preise in Deutschland vergleichsweise hoch. Insbesondere in Zeiten stark steigender Produktionskosten und hoher Transportpreise führt diese Steuer dazu, dass sich Grundnahrungsmittel immer weiter verteuern.

Durch eine Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel um 20 Prozent innerhalb des reduzierten Satzes würde die Steuerlast auf diese Produkte von 7 Prozent auf **5,6** Prozent sinken. Dies sorgt für eine unmittelbare Preissenkung bei wichtigen Lebensmitteln wie Brot, Milch, Gemüse, Fleisch und anderen alltäglichen Produkten.

1.1. Beispielrechnung für einen durchschnittlichen Einkauf

- Monatliche Lebensmittelausgaben eines Haushalts: 500 Euro
- Enthaltene Mehrwertsteuer bei 7 Prozent: 32,71 Euro
- Enthaltene Mehrwertsteuer bei 5,6 Prozent: 26,16 Euro
- Ersparnis pro Monat: 6,55 Euro pro Haushalt
- Ersparnis pro Jahr: 78,60 Euro pro Haushalt

Bei 30 Millionen Haushalten in Deutschland ergibt sich durch diese Maßnahme eine jährliche Steuerersparnis von **2,36 Milliarden Euro**.

Diese Steuerreduzierung entlastet alle Bürger gleichermaßen und führt dazu, dass selbst bei steigenden Produktionskosten die Lebensmittelpreise stabilisiert werden. Da die Mehrwertsteuer eine indirekte Steuer ist, profitieren alle Einkommensklassen von dieser Maßnahme, insbesondere jedoch Haushalte mit geringen Einkommen, die einen überproportional hohen Anteil ihres Budgets für Lebensmittel ausgeben.

2. Wirtschaftliche Auswirkungen und Einsparpotenzial

Die geplante Entlastung hat nicht nur direkte Vorteile für Bürger, sondern führt auch zu einem positiven wirtschaftlichen Effekt.

Durch die Senkung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wird die Kaufkraft gestärkt, was zu einer höheren Konsumnachfrage führt. Studien zeigen, dass eine Steuersenkung von 1 Prozent auf Grundnahrungsmittel das Bruttoinlandsprodukt um bis zu **0,1 Prozent** steigern kann. Dies bedeutet, dass ein Teil der Steuerverluste durch höhere wirtschaftliche Aktivität und steigende Unternehmensgewinne wieder ausgeglichen wird.

Finanzierungs- und Einsparpotenzial

Die Steuerreduzierung beläuft sich auf **2,36 Milliarden Euro pro Jahr**, die gegenfinanziert werden kann.

Maßnahme	Kosten pro Jahr	Gegenfinanzierung
Mehrwertsteuersenkung auf Grundnahrungsmittel	2,36 Mrd. €	Wirtschaftswachstum steigert Steuereinnahmen um 1,5 Mrd. €

3. Fazit: Nachhaltige Entlastungen für Bürger ohne neue Belastungen

Die geplante Maßnahme bietet eine echte und nachhaltige Entlastung für alle Bürger, insbesondere für Menschen mit geringen und mittleren Einkommen.

Kernpunkte der Reform:

Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel von 7 % auf 5,6 % senken → 2,36 Milliarden

Diese Maßnahme sorgt für eine direkte finanzielle Entlastung, stabilere Preise und eine geringere Inflation, ohne dass Arbeitnehmer oder Unternehmen zusätzlich belastet werden. Diese Maßnahme stärkt die Kaufkraft, senkt die Lebenshaltungskosten und schafft langfristig mehr wirtschaftliche Stabilität.

Berufsschulen und Universitäten an den Arbeitsmarkt anpassen – Mehr Praxisbezug, bessere digitale Ausstattung

Die deutsche Wirtschaft steht vor großen Herausforderungen: Der Fachkräftemangel nimmt stetig zu, Unternehmen finden immer schwieriger qualifizierte Arbeitnehmer und viele Absolventen von Berufsschulen und Universitäten fühlen sich unzureichend auf

den Arbeitsmarkt vorbereitet. Gleichzeitig entwickeln sich die Anforderungen in der Arbeitswelt rasant weiter – Digitalisierung, Automatisierung und neue Technologien verändern die Berufsbilder und verlangen praxisnahe, zukunftsorientierte Qualifikationen.

Das deutsche Bildungssystem muss daher gezielt reformiert werden, um junge Menschen besser auf die Realität des Berufslebens vorzubereiten. Berufsschulen und Universitäten müssen enger mit der Wirtschaft zusammenarbeiten, digitale und praxisnahe Ausbildungskonzepte umsetzen und den Fokus stärker auf konkrete, anwendbare Fähigkeiten legen. Dies ist der Schlüssel, um einerseits die Fachkräfte von morgen optimal auszubilden und andererseits sicherzustellen, dass Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt.

1. Praxisbezug stärken – Bildung an reale Berufsfelder anpassen

Ein zentrales Problem vieler Berufsschulen und Universitäten ist der oft zu geringe Praxisbezug. Viele Absolventen erwerben theoretisches Wissen, das in der Praxis kaum Anwendung findet, während Unternehmen beklagen, dass Berufseinsteiger nicht über die notwendigen praktischen Fähigkeiten verfügen.

1.1. Maßnahmen zur Stärkung der Praxisorientierung

- Pflichtpraktika für alle Ausbildungs- und Studiengänge: Jeder Berufsschüler und jeder Studierende soll mindestens ein verpflichtendes, praxisnahes Praktikum in einem Unternehmen absolvieren, um reale Arbeitsabläufe kennenzulernen.
- Mehr duale Studiengänge und praxisintegrierte Ausbildung: Kooperationen zwischen Hochschulen und Unternehmen müssen verstärkt werden, damit Studierende bereits während des Studiums praktische Berufserfahrung sammeln können.
- Projektarbeit mit Unternehmen: Hochschulen und Berufsschulen sollen in Zusammenarbeit mit Unternehmen praxisnahe Projekte anbieten, in denen Schüler und Studierende an realen Aufgabenstellungen aus der Wirtschaft arbeiten.

Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass Absolventen mit echten, praxiserprobten Fähigkeiten auf den Arbeitsmarkt treten und Unternehmen schneller produktive Fachkräfte einstellen können.

2. Digitale Ausstattung verbessern – Moderne Bildung für die Arbeitswelt der Zukunft

Deutschland hinkt in der digitalen Bildung hinterher. Während viele Unternehmen längst auf digitale Arbeitsweisen umgestellt haben, fehlt es an Berufsschulen und Universitäten noch immer an moderner Technik, digitalen Lehrmethoden und IT-Fachkräften.

Maßnahmen zur Digitalisierung der Bildungseinrichtungen

- Flächendeckender Zugang zu moderner IT-Infrastruktur: Berufsschulen und Universitäten müssen mit schnellen Internetverbindungen, modernen Computern und interaktiven Lehrmitteln ausgestattet werden.
- Einführung von Online-Lernplattformen und hybriden Lernmodellen: Lehrveranstaltungen sollten flexibel sowohl vor Ort als auch digital stattfinden können, um moderne Arbeitsweisen bereits im Bildungssektor zu etablieren.
- Verpflichtende Vermittlung digitaler Schlüsselkompetenzen: Jeder Schüler und Studierende muss grundlegende Fähigkeiten in Datenanalyse, Cybersicherheit, künstlicher Intelligenz und digitaler Kommunikation erwerben.

Durch diese Maßnahmen wird sichergestellt, dass Absolventen bereits mit den digitalen Anforderungen des Arbeitsmarktes vertraut sind und Unternehmen nicht erst aufwendig in Grundlagenschulungen investieren müssen.

3. Anpassung der Lehrpläne an den realen Arbeitsmarkt

Der Arbeitsmarkt entwickelt sich rasant weiter, doch die Lehrpläne an Berufsschulen und Universitäten ändern sich oft nur langsam. Dies führt dazu, dass Absolventen teilweise mit veralteten Kenntnissen in den Beruf starten.

Maßnahmen zur flexibleren Gestaltung der Lehrpläne

- Schnellere Aktualisierung von Ausbildungsinhalten: Die Lehrpläne sollen alle drei Jahre auf ihre Relevanz für den Arbeitsmarkt überprüft und bei Bedarf angepasst werden.
- Mehr interdisziplinäre und berufsfeldübergreifende Ausbildung: Viele Berufe erfordern heute eine Kombination aus Fähigkeiten – beispielsweise sollten Techniker Grundkenntnisse in IT besitzen und Betriebswirte ein Verständnis für digitale Prozesse entwickeln.

Unternehmen als feste Partner in der Ausbildung: Wirtschaftsvertreter sollen verstärkt in die Gestaltung von Lehrplänen eingebunden werden, um sicherzustellen, dass die vermittelten Inhalte den realen Anforderungen entsprechen.

4. Vorteile für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt

Die vorgeschlagenen Maßnahmen haben direkte und langfristige Vorteile für die gesamte Gesellschaft:

- **Bessere Arbeitsmarktintegration:** Absolventen finden schneller einen Job, weil sie gezielt auf die Anforderungen des Marktes vorbereitet wurden.
- **Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland:** Gut ausgebildete Fachkräfte sind ein entscheidender Standortvorteil und sichern die Innovationskraft der Unternehmen.
- **Reduzierung des Fachkräftemangels:** Durch eine praxisnahe Ausbildung werden mehr junge Menschen für Berufe gewonnen, in denen dringend Fachkräfte benötigt werden.
- **Höhere Produktivität:** Unternehmen profitieren von Mitarbeitern, die von Beginn an einsatzfähig sind und weniger Einarbeitungszeit benötigen.

Langfristig können diese Reformen dazu beitragen, dass Deutschland im internationalen Wettbewerb nicht nur mithalten kann, sondern eine Vorreiterrolle in der praxisorientierten, digitalisierten Bildung einnimmt.

5. Fazit: Berufsschulen und Universitäten fit für die Zukunft machen

Um die Herausforderungen des modernen Arbeitsmarktes zu bewältigen, müssen Berufsschulen und Universitäten praxisnäher, digitaler und flexibler werden. Die geplanten Maßnahmen sorgen für eine bessere Verzahnung von Theorie und Praxis, eine zeitgemäße Ausstattung der Bildungseinrichtungen und eine stärkere Berücksichtigung wirtschaftlicher Entwicklungen in den Lehrplänen.

Kernpunkte der Reform:

- Mehr Praxisbezug durch verpflichtende Praktika, duale Studiengänge und Kooperationen mit Unternehmen
- Flächendeckende Digitalisierung der Berufsschulen und Universitäten
- Flexiblere Lehrpläne, die regelmäßig an den Arbeitsmarkt angepasst werden
- Direkte Vorteile für Unternehmen, die schneller einsatzbereite Fachkräfte erhalten
- Langfristige Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands

Diese Reformen sind essenziell, um junge Menschen optimal auf ihre berufliche Zukunft vorzubereiten, den Fachkräftemangel zu bekämpfen und Deutschlands Bildungssystem zukunftssicher zu gestalten. Wer in Bildung investiert, investiert in die Zukunft des Landes – und stellt sicher, dass Deutschland auch in den kommenden Jahrzehnten wirtschaftlich erfolgreich bleibt.

Leistungsförderung in Schulen – Bessere Lehrpläne, moderne Lernmethoden

Das deutsche Bildungssystem muss sicherstellen, dass Schüler bestmöglich auf die Anforderungen der Zukunft vorbereitet werden. Doch aktuell mangelt es an einer gezielten Förderung von Leistungsbereitschaft und individuellen Stärken. Lehrpläne sind oft veraltet, der Unterrichtsstil zu starr und das Fördern und Fordern von Schülern bleibt hinter den Möglichkeiten zurück. Damit Deutschland langfristig wettbewerbsfähig bleibt und jedes Kind sein Potenzial ausschöpfen kann, müssen Schulen leistungsorientierter, moderner und individueller werden.

1. Bessere Lehrpläne – Wissensvermittlung für das 21. Jahrhundert

Die Anforderungen an Wissen und Fähigkeiten haben sich stark verändert, doch viele Lehrpläne stammen noch aus einer Zeit, in der es weniger um Kreativität, Problemlösungskompetenz und eigenständiges Denken ging. Schüler müssen auf eine Welt vorbereitet werden, in der Digitalisierung, globale Vernetzung und technologische Innovationen eine zentrale Rolle spielen.

Maßnahmen zur Modernisierung der Lehrpläne:

- Regelmäßige Aktualisierung alle fünf Jahre: Schulstoff darf nicht veraltet sein. Lehrpläne müssen kontinuierlich auf den neuesten Stand gebracht werden, um auf gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen zu reagieren.
- Mehr Mathematik, Naturwissenschaften und Technik (MINT): Um Deutschland als Innovationsstandort zu stärken, müssen MINT-Fächer eine größere Rolle spielen – mit mehr Praxisbezug und interaktiven Lernmethoden.
- Verpflichtender Wirtschafts- und Finanzunterricht: Schüler müssen Grundkenntnisse über Steuern, Versicherungen, Unternehmertum und persönliche Finanzplanung erwerben, um besser auf das Leben nach der Schule vorbereitet zu sein.
- Weniger auswendig lernen, mehr Problemlösung und kritisches Denken: Kreatives Arbeiten und fächerübergreifendes Lernen sollen stärker gefördert

werden, damit Schüler nicht nur Wissen reproduzieren, sondern auch anwenden können.

Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass schulische Bildung praxisrelevant bleibt und Schüler mit zeitgemäßem Wissen ausgestattet werden.

2. Moderne Lernmethoden – Mehr Individualisierung, bessere Förderung

Jeder Schüler hat unterschiedliche Stärken und Schwächen, doch das deutsche Schulsystem setzt noch immer auf eine starre Unterrichtsstruktur, die wenig Raum für individuelle Förderung lässt. Besonders leistungsstarke Schüler werden oft nicht genug gefordert, während leistungsschwächere Kinder Schwierigkeiten haben, Schritt zu halten.

Maßnahmen für bessere Lernmethoden:

- Flexible Leistungsgruppen innerhalb einer Klasse: Schüler sollen nach ihrem Leistungsstand in bestimmten Fächern gezielt gefördert oder gefordert werden, anstatt in einem starren Klassensystem zu bleiben.
- Individuelle Förderung für leistungsstarke Schüler: Hochbegabte Schüler sollen durch spezielle Programme, zusätzliche Lernangebote oder digitale Lernplattformen ihr Potenzial entfalten können.
- Digitale Lernmethoden für personalisiertes Lernen: Jeder Schüler soll in seinem eigenen Tempo lernen können – durch den Einsatz von interaktiven Lernplattformen und Künstlicher Intelligenz, die Lernfortschritte analysiert und individuelle Aufgaben vorschlägt.
- Mehr projektbasiertes Lernen und praktische Anwendungen: Schüler sollen nicht nur Prüfungen schreiben, sondern ihr Wissen in praktischen Projekten und Gruppenarbeiten umsetzen.

Diese modernen Lernansätze verbessern nicht nur die schulischen Leistungen, sondern machen das Lernen auch effektiver und motivierender.

3. Leistungsbereitschaft belohnen, ohne Schwächere zu benachteiligen

Leistungsförderung darf nicht bedeuten, dass nur die besten Schüler profitieren. Vielmehr geht es darum, eine Kultur der Anerkennung von Leistung und Anstrengung zu etablieren.

Maßnahmen zur Förderung von Leistungsbereitschaft:

- Prämien für herausragende schulische Leistungen: Schulen sollen leistungsstarke Schüler belohnen – beispielsweise durch Stipendien, Auslandsprogramme oder Zugang zu speziellen Förderkursen.
- Lehrer sollen mehr Spielraum für individuelle Benotung erhalten: Wer sich anstrengt und kontinuierlich verbessert, soll dies auch in seiner Bewertung spüren. Eine starre Notengebung ohne Berücksichtigung der individuellen Entwicklung wird reformiert.
- Bessere Weiterbildungsangebote für Lehrer: Lehrer müssen auf moderne Methoden geschult werden, um Schüler gezielter zu fördern und neue pädagogische Konzepte umzusetzen.

Durch diese Maßnahmen entsteht eine Leistungskultur, die Motivation schafft, ohne Druck zu erzeugen.

4. Fazit: Schulen müssen Talente besser fördern

Das deutsche Schulsystem muss leistungsorientierter, moderner und flexibler werden. Durch gezielte Reformen in den Lehrplänen, den Unterrichtsmethoden und der individuellen Förderung kann das Bildungssystem effektiver, praxisnaher und gerechter werden.

Kernpunkte der Reform:

- Lehrpläne regelmäßig aktualisieren und an moderne Anforderungen anpassen
- Mehr MINT-Fächer, Wirtschaft und Finanzbildung
- Personalisierte Lernmethoden für alle Schüler
- Flexible Leistungsgruppen und gezielte Förderung für leistungsstarke Schüler
- Anerkennung und Förderung von Leistung durch moderne Bewertungssysteme

Diese Maßnahmen schaffen eine bessere Lernumgebung, in der jeder Schüler sein volles Potenzial entfalten kann, und sorgen langfristig für eine leistungsfähigere und innovativere Gesellschaft.

5G & Glasfaser für alle – Deutschland als digitale Nation voranbringen

Eine leistungsfähige digitale Infrastruktur ist die Grundlage für wirtschaftlichen Fortschritt, Innovation und soziale Teilhabe. Während viele Industrienationen bereits flächendeckend mit modernster Netztechnologie ausgestattet sind, hinkt Deutschland

noch immer hinterher. Langsame Internetverbindungen, Funklöcher und eine unzureichende Glasfaser-Infrastruktur behindern Unternehmen, Bildungseinrichtungen und Bürger im Alltag. Ein konsequenter Ausbau von 5G und Glasfaser ist daher unerlässlich, um Deutschland als digitale Nation voranzubringen.

Mit einem Investitionsvolumen von 7,5 Milliarden Euro für den flächendeckenden Ausbau von 5G-Netzen wird sichergestellt, dass ganz Deutschland von schneller und stabiler mobiler Internetverbindung profitiert. Doch langfristig geht die digitale Strategie noch weiter: Glasfaseranschlüsse müssen in allen Haushalten und Unternehmen zur Norm werden, um den steigenden Anforderungen der digitalen Wirtschaft gerecht zu werden.

1. Kosten des 5G-Ausbaus in Deutschland

Der Ausbau eines flächendeckenden 5G-Netzes erfordert erhebliche Investitionen in Infrastruktur, Funkmasten und Netzwerktechnologie. Laut einer Studie der Bundesnetzagentur und des Fraunhofer-Instituts belaufen sich die Gesamtkosten für eine flächendeckende 5G-Versorgung in Deutschland auf rund 60 bis 80 Milliarden Euro bis 2030. Dabei entfallen:

- 15 bis 20 Milliarden Euro auf die Errichtung neuer Sendemasten und Basisstationen
- 30 bis 40 Milliarden Euro auf die Modernisierung bestehender Netzwerke
- 10 bis 15 Milliarden Euro für Software, Netzmanagement und Sicherheitsinfrastruktur

Mit den geplanten 7,5 Milliarden Euro könnte bereits ein großer Teil der ländlichen Gebiete und infrastrukturell schwächeren Regionen abgedeckt werden, die bisher noch unter schlechter Netzabdeckung leiden. Besonders in ländlichen Regionen hinkt Deutschland hinterher: Während in Städten bereits über 90 Prozent der Bevölkerung 5G nutzen können, liegt die Abdeckung in ländlichen Gebieten teilweise bei unter 50 Prozent.

Die Investitionen in 5G haben langfristig eine enorme wirtschaftliche Hebelwirkung:

- Beschleunigung der Digitalisierung: Schnellere Netze fördern digitale Geschäftsmodelle, E-Health, Smart Cities und Automatisierung.
- Bessere Netzverfügbarkeit für Unternehmen: Besonders im Bereich Industrie 4.0, autonomes Fahren und Internet of Things (IoT) sind leistungsfähige 5G-Netze essenziell.
- Effizientere mobile Arbeit: Homeoffice und mobiles Arbeiten profitieren enorm von einer stabilen und schnellen Internetverbindung.

- Wirtschaftswachstum: Laut einer Studie des McKinsey Global Institute kann der Ausbau von 5G das deutsche BIP bis 2030 um bis zu **100 Milliarden Euro** steigern.

2. Warum auch Glasfaser ein Muss für die Zukunft ist

Während 5G-Netze eine enorme Verbesserung für den mobilen Datenverkehr bedeuten, bleibt Glasfaser die **einzig langfristig nachhaltige Lösung für stationäres Breitbandinternet**. Derzeit setzt Deutschland noch stark auf DSL und Kupferleitungen, die jedoch technologisch veraltet sind und nicht mehr die nötige Geschwindigkeit und Stabilität bieten.

Vergleich: Glasfaser vs. Kupferleitungen (DSL)

Technologie	Maximale Geschwindigkeit	Latenz (Verzögerung)	Zukunftssicherheit
DSL (Kupferkabel)	Bis zu 250 Mbit/s	20-50 ms	Begrenzte Weiterentwicklung
Kabel-Internet (Koaxialkabel)	Bis zu 1 Gbit/s	10-30 ms	Nur begrenzte Skalierbarkeit
Glasfaser (FTTH/FTTB)	Bis zu 10 Gbit/s	< 1 ms	Zukunftssicher für Jahrzehnte

Der größte Vorteil von Glasfaser liegt in der geringen Latenz und nahezu unbegrenzten Bandbreite, was vor allem für Cloud-Computing, digitale Bildung, Telemedizin und Hochgeschwindigkeits-Streaming essenziell ist.

Aktuell sind jedoch nur rund 17 Prozent aller deutschen Haushalte mit Glasfaser versorgt, während es in Ländern wie Spanien oder Schweden bereits über 80 Prozent sind. Ohne einen beschleunigten Ausbau droht Deutschland den Anschluss an die digitale Welt zu verlieren.

3. Wirtschaftliche Vorteile des Glasfaserausbaus

Der Glasfaserausbau ist eine langfristige Investition, die sich wirtschaftlich mehrfach auszahlt:

- **Höhere Produktivität:** Unternehmen können effizienter arbeiten, cloudbasierte Anwendungen nutzen und international konkurrenzfähig bleiben.
- **Attraktivität des Standortes Deutschland:** Schnelles Internet ist für Unternehmen ein entscheidender Faktor bei der Standortwahl.

- Wertsteigerung von Immobilien: Studien zeigen, dass Immobilien mit Glasfaseranschluss bis zu 5 Prozent an Wert gewinnen.
- Nachhaltigkeit: Glasfaser ist deutlich energieeffizienter als Kupferleitungen und spart langfristig Stromkosten.

Der Gesamtkostenrahmen für den Glasfaserausbau in Deutschland wird auf rund 80 Milliarden Euro geschätzt, wobei ein großer Teil durch private Investitionen getragen werden kann. Staatliche Förderprogramme sind notwendig, um vor allem ländliche Regionen und strukturschwache Gebiete anzuschließen.

4. Fazit: Deutschland muss in die digitale Zukunft investieren

Ein flächendeckender Ausbau von 5G und Glasfaser ist die Grundlage für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft, digitale Innovation und eine moderne Gesellschaft. Die geplanten 7,5 Milliarden Euro für den 5G-Ausbau sind ein essenzieller Schritt, um Funklücken zu schließen und schnelles Internet in alle Regionen zu bringen. Langfristig muss jedoch auch der Glasfaserausbau massiv beschleunigt werden, um Deutschland mit einer nachhaltigen digitalen Infrastruktur auszustatten.

Kernpunkte der Reform:

- 7,5 Milliarden Euro für den 5G-Ausbau, um Funklücken zu schließen und Netzqualität zu verbessern
- Flächendeckender Glasfaserausbau für stabiles, ultraschnelles Internet in allen Haushalten
- Langfristige Wirtschaftsvorteile durch höhere Produktivität, Standortattraktivität und nachhaltige Netzwerkinfrastruktur
- Verpflichtende Zusammenarbeit zwischen Staat und Privatwirtschaft, um strukturschwache Regionen anzuschließen

Deutschland muss die digitale Infrastruktur als zentrale Zukunftsinvestition betrachten – denn ohne leistungsfähige Netze verliert der Wirtschaftsstandort Deutschland langfristig an Wettbewerbsfähigkeit.

Mehr Investitionen in Zukunftstechnologien – KI und Automatisierung gezielt fördern

Deutschland steht an einem entscheidenden Wendepunkt. Während Künstliche Intelligenz (KI) und Automatisierung weltweit Wirtschaft und Gesellschaft revolutionieren, läuft Deutschland Gefahr, den Anschluss an die führenden Innovationsnationen zu verlieren. In den USA und China fließen bereits heute

Milliardenbeträge in die Entwicklung und Anwendung von KI-Technologien, während Deutschland zwar über exzellente Forschungseinrichtungen verfügt, aber zu langsam in die praktische Umsetzung investiert.

Um eine führende Position im Bereich der Künstlichen Intelligenz und Automatisierung einzunehmen, bedarf es gezielter staatlicher Investitionen in Höhe von 13,9 Milliarden Euro. Diese Investitionen sollen dazu dienen, Forschung und Entwicklung voranzutreiben, Unternehmen zu unterstützen und digitale Infrastruktur auszubauen, sodass Deutschland nicht nur international wettbewerbsfähig bleibt, sondern selbst Innovationsführer wird.

Dabei ist es jedoch wichtig zu erwähnen, dass unser Ziel als Deutschland nicht darin besteht, eine KI zu schaffen, welche unsere Gesellschaft gefährdet, sondern vielmehr darauf beruht technologisch nicht zu weit hinter unseren größten Konkurrenten wie China und den USA zu verweilen.

1. Warum Künstliche Intelligenz und Automatisierung entscheidend sind

KI und Automatisierung sind nicht nur technologische Entwicklungen, sondern tiefgreifende Transformationsprozesse, die nahezu alle Wirtschaftsbereiche verändern werden. Von der Industrie über das Gesundheitswesen bis hin zur Verwaltung können intelligente Systeme Arbeitsprozesse effizienter, schneller und kostengünstiger gestalten.

1.1. Vorteile der Förderung von KI und Automatisierung:

- Produktivitätssteigerung in der Wirtschaft: Unternehmen, die auf KI-gestützte Prozesse setzen, können ihre Effizienz um bis zu 40 Prozent steigern.
- Sicherung von Arbeitsplätzen durch gezielte Umschulungen: KI ersetzt nicht nur Berufe, sondern schafft auch neue Tätigkeitsfelder. Ziel muss es sein, Arbeitnehmer gezielt weiterzubilden, statt sie abzuhängen.
- Mehr Wettbewerbsfähigkeit für deutsche Unternehmen: Während große Tech-Unternehmen in den USA und China bereits Milliarden in KI-Entwicklung investieren, droht Deutschland ohne staatliche Anschubfinanzierung auf internationaler Ebene technologisch abgehängt zu werden.
- Bessere Gesundheitsversorgung: KI kann in der medizinischen Diagnostik und Behandlung enorme Fortschritte ermöglichen, indem sie präzisere Diagnosen stellt und personalisierte Therapien entwickelt.

- Effiziente Verwaltung und Bürokratieabbau: Durch Automatisierung und KI-gestützte Prozesse können Behördengänge und Verwaltungsprozesse erheblich beschleunigt werden.

1.2. Kosten des Innovationsstaus

Ein mangelndes Investment in KI und Automatisierung hat nicht nur Auswirkungen auf die Wettbewerbsfähigkeit, sondern auch auf die wirtschaftliche Zukunftsfähigkeit Deutschlands. Eine Studie des McKinsey Global Institute zeigt, dass Länder mit führenden KI-Infrastrukturen bis 2030 ein zusätzliches BIP-Wachstum von bis zu 1,2 Prozent pro Jahr erwarten können. Ohne Investitionen droht Deutschland hingegen, bis zu 100 Milliarden Euro Wirtschaftswachstum zu verlieren.

2. Investitionsbedarf: 13,9 Milliarden Euro für die digitale Zukunft

Um Deutschland in der KI-Entwicklung und Automatisierung an die Spitze zu bringen, sind gezielte Investitionen in die folgenden Bereiche notwendig:

Bereich	Investitionsbedarf pro Jahr
Forschung & Entwicklung	2,5 Mrd. €
Förderung von KI-Startups	1,2 Mrd. €
Automatisierung in Industrie & Verwaltung	1,7 Mrd. €
Digitale Infrastruktur & Supercomputer	3,0 Mrd. €
Weiterbildung & Umschulung von Fachkräften	1,0 Mrd. €
Gesamtkosten	13,9 Mrd. € jährlich

Diese Investitionen sind nicht als kurzfristige Ausgaben zu verstehen, sondern als **langfristige Zukunftsinvestition**, die Deutschland an die Weltspitze der Digitalisierung bringen kann.

3. Schlüsselmaßnahmen zur Umsetzung

3.1. Ausbau der KI-Forschung und universitären Spitzenforschung

Deutschland verfügt über exzellente Forschungsinstitute wie das Max-Planck-Institut für Intelligente Systeme oder das Deutsche Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz (DFKI). Dennoch fehlt es an Finanzierung, um mit den Forschungsausgaben in den USA oder China mithalten zu können.

Ziel: Investitionen in universitäre KI-Zentren um mindestens 2,5 Milliarden Euro pro Jahr erhöhen, um die besten Wissenschaftler anzuziehen und wegweisende Innovationen zu fördern.

3.2. Förderung von KI-Startups

Während große Tech-Konzerne milliardenschwere Budgets für KI-Entwicklung haben, fehlt es deutschen Startups oft an Kapital, um global wettbewerbsfähig zu sein.

Maßnahme: Schaffung eines nationalen KI-Fonds in Höhe von 1,2 Milliarden Euro pro Jahr, um Startups in der Wachstumsphase gezielt zu unterstützen.

Vorteil: Erleichterter Zugang zu Kapital führt dazu, dass innovative Unternehmen nicht ins Ausland abwandern.

3.3. Automatisierung in Industrie und Verwaltung fördern

KI-gestützte Prozesse können in der Industrie für höhere Effizienz sorgen und die Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen steigern.

Maßnahme: Unternehmen, die Automatisierungstechnologien einführen, erhalten Steuererleichterungen und direkte Investitionen in Höhe von 1,7 Milliarden Euro jährlich.

Effekt: 20–30 Prozent Effizienzsteigerung in der Fertigung und Verwaltung, wodurch Unternehmen langfristig Produktionskosten senken können.

3.4. Infrastruktur und Hochleistungsrechenzentren ausbauen

Deutschland benötigt leistungsfähige Supercomputer und Rechenzentren, um KI-Modelle in großem Maßstab zu entwickeln.

Investition: 3 Milliarden Euro jährlich in den Ausbau digitaler Infrastruktur und Cloud-Kapazitäten.

3.5. Weiterbildung von Arbeitskräften und Fachkräftesicherung

Automatisierung verändert den Arbeitsmarkt, daher muss in die Umschulung und Weiterbildung von Arbeitnehmern investiert werden.

Investition: 1 Milliarde Euro pro Jahr in berufsbegleitende KI-Fortbildungen für Fachkräfte in Industrie, Handwerk und Verwaltung.

4. Warum sich diese Investitionen lohnen

Die geplanten Maßnahmen haben enorme wirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile:

- Erwartetes zusätzliches BIP-Wachstum: Bis zu 2 Prozent jährlich durch erhöhte Produktivität.
- Neue Arbeitsplätze: Obwohl Automatisierung gewisse Berufe verändert, entstehen gleichzeitig hunderttausende neue hochqualifizierte Jobs im Bereich KI-Entwicklung, Datenanalyse und Automatisierung.

- Reduzierte Verwaltungskosten: Automatisierung spart in Behörden jährlich bis zu 5 Milliarden Euro durch effizientere Abläufe.

5. Fazit: Deutschland als Innovationsführer im Bereich KI und Automatisierung

Um international wettbewerbsfähig zu bleiben, muss Deutschland gezielt in Zukunftstechnologien investieren. Mit 14,4 Milliarden Euro jährlich wird der Wirtschaftsstandort nachhaltig gestärkt und die Grundlage für eine führende Rolle in der digitalen Zukunft gelegt.

Kernpunkte der Reform:

- Massive Investitionen in KI-Forschung, Startups und Unternehmen
- Förderung von Automatisierung für mehr Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit
- Digitale Infrastruktur ausbauen und Rechenzentren stärken
- Gezielte Umschulungen, um Arbeitsplätze für die Zukunft zu sichern

Mit einer entschlossenen Strategie kann Deutschland nicht nur mithalten, sondern die Zukunft der Technologie aktiv mitgestalten.

Digitale Verwaltung & weniger Papierkram – Schnelle Online-Behördengänge für Bürger & Unternehmen

Die deutsche Verwaltung ist in vielen Bereichen noch immer auf Papierdokumente und persönliche Behördengänge angewiesen. Dies führt zu ineffizienten Prozessen, langen Wartezeiten für Bürger und Unternehmen sowie hohen Verwaltungskosten. Während andere europäische Länder bereits eine nahezu vollständig digitale Verwaltung etabliert haben, bleibt Deutschland weit hinter seinen Möglichkeiten zurück. Der Onlinezugangsgesetz-Index (OZG-Umsetzungsindex 2023) zeigt, dass nur rund 37 % aller Verwaltungsleistungen digital nutzbar sind. Viele Bürger und Unternehmen müssen weiterhin Formulare per Post versenden oder persönlich vor Ort erscheinen, um Anträge einzureichen.

Um diesen Rückstand aufzuholen und eine moderne, effiziente Verwaltung zu gewährleisten, ist eine einmalige Investition von 133 Millionen Euro notwendig, um die digitale Verwaltung um 1 % zu verbessern. Dies erscheint auf den ersten Blick nach einer kleinen Verbesserung, doch bereits diese Investition würde jährlich 146 Millionen Euro an Verwaltungskosten einsparen. Durch eine konsequente Digitalisierung der Verwaltung kann Deutschland langfristig Milliardenbeträge pro Jahr einsparen, während

Bürger und Unternehmen von schnelleren und unkomplizierten Online-Behördengängen profitieren.

1. Der Status quo – Warum die deutsche Verwaltung modernisiert werden muss

Die derzeitige Verwaltungspraxis basiert noch immer auf einem überholten System, das in vielen Bereichen zu viel Zeit und Geld kostet.

- Lange Bearbeitungszeiten: Bürger und Unternehmen warten oft wochenlang auf einfache Verwaltungsentscheidungen.
- Doppelstrukturen und ineffiziente Prozesse: Viele Behörden arbeiten nicht vernetzt, sodass Daten mehrfach abgefragt werden.
- Hohe Kosten für Papierverwaltung: Der Betrieb von Papierakten, Druckkosten und Postversand verursacht jährlich mehrere hundert Millionen Euro Zusatzkosten.

Im europäischen Vergleich liegt Deutschland bei der Digitalisierung der Verwaltung weit zurück. Länder wie Estland oder Dänemark haben gezeigt, dass eine vollständig digitale Verwaltung sowohl Kosten senken als auch den Bürgern und Unternehmen enorme Zeitersparnisse bringen kann.

2. Wirtschaftliche Rechnung: Investition und Einsparpotenzial

Aktuell sind für die digitale Verwaltung in Deutschland nur 3,3 Millionen Euro jährlich eingeplant – eine Summe, die angesichts der Notwendigkeit für Modernisierung kaum ausreicht. Eine konsequente Digitalisierung erfordert gezielte Investitionen, um langfristig hohe Einsparungen zu erzielen.

Laut einer Studie des Nationalen Normenkontrollrats (2023) entstehen durch Verwaltungsaufwand für Bürger und Unternehmen jährlich Kosten von über 60 Milliarden Euro.

- Jede 1 % Verbesserung der digitalen Verwaltung senkt Verwaltungskosten um 146 Millionen Euro pro Jahr.
- Eine einmalige Investition von 133 Millionen Euro kann somit eine dauerhafte Entlastung schaffen.
- In weniger als einem Jahr amortisiert sich die Investition vollständig durch die jährlichen Einsparungen.

Langfristig betrachtet:

- Würde die digitale Verwaltung um 10 % verbessert, wären jährliche Einsparungen von 1,46 Milliarden Euro möglich.
- Eine vollständige Digitalisierung könnte jährlich bis zu 6 Milliarden Euro an Kosten einsparen.

3. Maßnahmen zur Umsetzung – Eine digitale Verwaltung für alle Bürger

Um die Verwaltung effizienter und moderner zu gestalten, müssen konkrete Maßnahmen umgesetzt werden:

3.1. Einführung einer zentralen digitalen Plattform für alle Verwaltungsleistungen

- Alle Verwaltungsleistungen sollen über ein einheitliches, nutzerfreundliches Online-Portal abrufbar sein.
- Bürger können über einen digitalen Bürger-Account alle ihre Anträge, Dokumente und Bescheide verwalten.
- Unternehmen erhalten einen digitalen Firmen-Account, über den Steueranmeldungen, Gewerbeanmeldungen und Genehmigungsverfahren zentral abgewickelt werden.

3.2. Automatisierung von Standardprozessen

- Viele Anträge, wie Melderegisterauskünfte, Geburtsurkunden oder Gewerbeanmeldungen, können durch automatische Datenverarbeitung innerhalb von Sekunden statt Wochen bearbeitet werden.
- KI-gestützte Systeme reduzieren die Bearbeitungszeit und senken Fehlerquoten.

3.3. Abschaffung von Papierformularen und digitale Datenvernetzung

- Behörden sollen verpflichtet werden, Daten digital untereinander abzurufen, anstatt von Bürgern und Unternehmen immer wieder Nachweise zu fordern.
- Digitale Signaturen und elektronische Identitäten ersetzen umständliche Papierdokumente und sorgen für mehr Sicherheit und schnellere Prozesse.

4.4. Digitale Identität für Bürger – Sicher und einfach

- Einführung einer sicheren, zentralen elektronischen Identität (E-ID) für Bürger.

- Die E-ID ermöglicht Online-Behördengänge, Steuererklärungen und Dokumentenverwaltung, ohne physische Formulare einreichen zu müssen.

Diese Maßnahmen können in wenigen Jahren zu einer erheblichen Vereinfachung und Kosteneinsparung führen.

4. Welche Vorteile bringt die digitale Verwaltung?

Die Digitalisierung der Verwaltung bietet zahlreiche Vorteile für Bürger, Unternehmen und den Staat:

- Zeitersparnis für Bürger und Unternehmen
 - Bearbeitungszeiten für Anträge und Bescheide werden drastisch reduziert.
 - Durchschnittliche Zeitersparnis pro Behördengang: bis zu 50 %.
- Kostensenkung für die Verwaltung
 - Weniger Papierverbrauch, geringerer Personalaufwand für Routineaufgaben, schnellere Prozesse.
- Bessere Standortattraktivität für Unternehmen
 - Unternehmen profitieren von geringeren bürokratischen Hürden und schnelleren Genehmigungsverfahren.
- Mehr Effizienz und Verlässlichkeit
 - Automatisierte Prozesse verringern Fehler und sorgen für höhere Qualität der Verwaltungsleistungen.

Beispielrechnung für Bürger:

- Ein Arbeitnehmer verbringt durchschnittlich 8 Stunden pro Jahr mit Behördengängen.
- Mit digitalen Prozessen würde dieser Zeitaufwand um mindestens 4 Stunden reduziert werden.
- Bei 40 Millionen erwerbstätigen Bürgern entspricht dies einer gesamtwirtschaftlichen Zeitersparnis von 160 Millionen Stunden pro Jahr.

5. Fazit: Verwaltung modernisieren, Bürokratie abbauen, Geld sparen

Die Digitalisierung der Verwaltung ist kein Luxus, sondern eine notwendige Reform, die langfristig enorme Einsparungen bringt und Bürger sowie Unternehmen entlastet. Die einmalige Investition von 133 Millionen Euro zahlt sich bereits im ersten Jahr vollständig aus und legt die Grundlage für eine effizientere, kostensparende und bürgerfreundliche Verwaltung.

Kernpunkte der Reform:

- Alle Verwaltungsleistungen online verfügbar machen
- Einführung eines zentralen digitalen Bürger- und Unternehmensportals
- Automatisierung von Standardprozessen zur Reduzierung von Wartezeiten
- Langfristige Einsparungen von bis zu 6 Milliarden Euro durch vollständige Digitalisierung

Diese Reform macht Deutschland zu einem Vorreiter der digitalen Verwaltung und sorgt für weniger Bürokratie, mehr Effizienz und erhebliche Kostenersparnisse für Staat, Bürger und Unternehmen.

Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen – Schnelle Entscheidungen ohne überlastete Behörden

Deutschland steht vor der Herausforderung, ein humanes, aber zugleich effizientes Asylsystem zu gestalten, das sowohl den Schutzbedürftigen gerecht wird als auch die Verwaltung entlastet. Die derzeitigen Verfahren sind langwierig, bürokratisch überlastet und führen zu Unsicherheiten sowohl für Antragsteller als auch für die zuständigen Behörden. Lange Bearbeitungszeiten bedeuten für Asylsuchende oft monatelange oder gar jahrelange Unsicherheit, während hohe Verwaltungskosten und ineffiziente Strukturen die Funktionsfähigkeit des Systems beeinträchtigen.

Um diesen Problemen entgegenzuwirken, soll das Asylverfahren grundlegend reformiert werden. Ein zentraler Bestandteil dieser Reform ist die Verlagerung von Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen. Dieses Konzept ermöglicht eine schnellere und effizientere Prüfung von Schutzersuchen, noch bevor Antragsteller deutschen Boden betreten. Es gewährleistet eine geordnete und rechtssichere Entscheidungspraxis, verhindert unkontrollierte Migration, entlastet die deutschen Behörden und schafft klare Regelungen, die sowohl für Schutzsuchende als auch für den Staat von Vorteil sind.

Ein solches System ist kein neues Konzept. Zahlreiche Länder, darunter Australien und Dänemark, haben ähnliche Ansätze entwickelt, um irreguläre Migration zu reduzieren, während sie weiterhin Schutz für tatsächlich Verfolgte gewährleisten. Deutschland kann sich an diesen bewährten Modellen orientieren und ein Verfahren implementieren, das Effizienz mit Humanität verbindet.

1. Ein geordnetes Verfahren für schnellere Entscheidungen und rechtliche Klarheit

Das derzeitige Asylsystem ist geprägt von langen Wartezeiten, zahlreichen juristischen Einsprüchen und einer ungleichen Verteilung von Schutzsuchenden innerhalb Europas. Dies führt nicht nur zu überlasteten Verwaltungsstellen, sondern auch zu Unsicherheiten für Asylbewerber, die oft über Jahre hinweg im Unklaren über ihren Status bleiben.

Durch die Verlagerung der Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen werden Schutzersuchen bereits in sicheren Drittstaaten bearbeitet. Dort können alle notwendigen Prüfungen unter rechtsstaatlichen Bedingungen durchgeführt werden, sodass eine klare Entscheidung vor der Einreise nach Deutschland erfolgt. Wer tatsächlich schutzberechtigt ist, erhält eine geregelte Einreise mit einem anerkannten Aufenthaltsstatus. Wer keinen Anspruch auf Asyl hat, vermeidet unnötige, jahrelange Verfahren und eine spätere Rückführung, die mit hohen Kosten und rechtlichen Schwierigkeiten verbunden ist.

Diese Reform sorgt dafür, dass das Asylrecht konsequent angewendet wird und Deutschland seine humanitären Verpflichtungen erfüllt, ohne dabei seine Behörden und Kommunen zu überlasten. Gleichzeitig reduziert sich der Anreiz für irreguläre Migration, da Schutzsuchende nicht erst über oft gefährliche Wege nach Europa gelangen müssen, um ihren Antrag zu stellen.

2. Konsequente Anwendung des Asylrechts – Geordnete Verfahren statt unregelmäßiger Migration

Ein funktionierendes Asylsystem setzt voraus, dass Schutzsuchende ihren Antrag auf Asyl im vorgesehenen Verfahren und an den dafür vorgesehenen Stellen stellen. Wird ein Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen etabliert, muss dieses System klare Regeln haben, um Fehlanreize und Umgehungen zu verhindern.

Personen, die ohne vorherigen Asylantrag an offiziellen Stellen in Deutschland eintreffen, erhalten automatisch eine Ablehnung ihres Antrags, da sie sich nicht an das geordnete Verfahren gehalten haben. Dies bedeutet, dass Schutzsuchende nicht mehr einfach nach Deutschland reisen und hier Asyl beantragen können. Stattdessen werden sie angewiesen, ihren Antrag in einem der dafür eingerichteten Asylzentren im Ausland zu stellen. Sollte eine Person dennoch irregulär einreisen, wird sie unverzüglich in eines dieser Zentren überstellt, wo der Antrag nach den geltenden Kriterien geprüft wird.

Dieses System stellt sicher, dass nur Menschen nach Deutschland einreisen, die bereits ein anerkanntes Schutzrecht erhalten haben. Es verhindert den aktuellen Zustand, in

dem irreguläre Einreisen oft in langen, kostenintensiven Asylverfahren enden, die letztlich zu einer Ablehnung und komplizierten Rückführungen führen. Mit einer konsequenten Regelung wird sichergestellt, dass der gesamte Asylprozess rechtsstaatlich, effizient und fair bleibt.

Durch diese Maßnahme wird zudem die Arbeit der Behörden erleichtert, da keine Kapazitäten mehr für unkontrollierte Anträge benötigt werden. Die Zahl der irregulären Grenzübertritte wird deutlich reduziert, und Asylverfahren laufen in einem klaren, geordneten System ab. Wer wirklich schutzbedürftig ist, erhält weiterhin einen fairen und rechtsstaatlichen Zugang zum Asylverfahren – jedoch unter klaren, vorher festgelegten Bedingungen.

Dieses Konzept verbindet eine effektive Steuerung der Migration mit humanitären Prinzipien. Es stellt sicher, dass Schutzsuchende unter geregelten und sicheren Bedingungen ihren Antrag stellen können, während Deutschland die Kontrolle über den gesamten Asylprozess behält.

3. Nachhaltige Entlastung der Verwaltung und schnellere Verfahren

Ein wesentliches Ziel dieser Reform ist die Beschleunigung der Asylverfahren. Während Asylentscheidungen in Deutschland oft Monate oder sogar Jahre dauern, kann die Prüfung in speziell eingerichteten Asylzentren außerhalb der Staatsgrenzen innerhalb weniger Wochen abgeschlossen werden. Dies reduziert nicht nur den Verwaltungsaufwand erheblich, sondern schafft auch schnelle und verlässliche Entscheidungen für Antragsteller.

Die Entlastung der Behörden bedeutet, dass Ressourcen gezielt dort eingesetzt werden können, wo sie tatsächlich benötigt werden. Der Verwaltungsaufwand für Unterkünfte, Sozialleistungen und integrationsfördernde Maßnahmen sinkt, weil von Anfang an nur diejenigen Menschen nach Deutschland einreisen, die auch ein anerkanntes Schutzrecht haben. Gleichzeitig verringert sich der finanzielle Aufwand für das Rückführungsmanagement, das derzeit hohe Kosten verursacht, wenn abgelehnte Asylbewerber nicht ausreisen oder Abschiebungen durch langwierige Verfahren blockiert werden.

Eine nachhaltige Verwaltung des Migrationssystems erfordert zudem eine stärkere Digitalisierung und Automatisierung der Entscheidungsprozesse. Moderne Technologien können dabei helfen, Asylverfahren effizienter zu gestalten und Unklarheiten schneller aufzulösen. Durch den Einsatz intelligenter Datenanalyse und die Vernetzung mit europäischen Partnern lassen sich Mehrfachanträge verhindern und Entscheidungen auf Basis verlässlicher Informationen treffen.

4. Humanitäre Verantwortung und konsequenter Schutz für Verfolgte

Die Verlagerung von Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen bedeutet keineswegs eine Abkehr von humanitären Verpflichtungen. Vielmehr wird ein System geschaffen, das Schutz für Verfolgte sicherstellt, ohne dabei illegale Migration zu fördern. Schutzsuchende erhalten durch ein geordnetes Verfahren die Möglichkeit, unter sicheren und kontrollierten Bedingungen ihren Antrag zu stellen, anstatt sich auf lebensgefährliche Routen oder die Dienste von Schleppern verlassen zu müssen.

Durch Kooperationen mit Drittstaaten können Asylzentren eingerichtet werden, die in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards betrieben werden. Die Bedingungen vor Ort werden durch unabhängige Organisationen kontrolliert, um sicherzustellen, dass die Verfahren fair, rechtsstaatlich und effizient ablaufen. Die Anerkennung von Schutzbedürftigen erfolgt nach denselben Maßstäben wie innerhalb Deutschlands, sodass gewährleistet ist, dass das Asylrecht nicht aufgeweicht, sondern vielmehr konsequent angewendet wird.

Gleichzeitig erlaubt dieses System eine gezielte Steuerung der Migration. Deutschland kann durch Kontingente und strukturierte Aufnahmeprogramme gezielt die Menschen aufnehmen, die tatsächlich schutzbedürftig sind, während irreguläre Migration reduziert wird. Dies sorgt für eine bessere Integration, da von Anfang an klar ist, welche Menschen bleiben dürfen und welche nicht.

5. Verantwortungsvolle Steuerung statt unregelmäßiger Migration

Ein Asylsystem muss klare Regeln haben, um seine Glaubwürdigkeit und Funktionsfähigkeit zu bewahren. Die derzeitigen Herausforderungen, darunter hohe Verfahrenszahlen, überlastete Kommunen und Schwierigkeiten bei der Rückführung abgelehnter Antragsteller, zeigen, dass Reformen dringend notwendig sind.

Die Verlagerung der Asylverfahren außerhalb deutscher Staatsgrenzen bietet eine nachhaltige, faire und funktionierende Lösung für diese Probleme. Ein geordnetes System ermöglicht nicht nur schnellere Entscheidungen, sondern sorgt auch dafür, dass Deutschland weiterhin seiner humanitären Verantwortung gerecht wird, ohne dabei seine eigene Verwaltung oder Gesellschaft zu überfordern.

Dieses Modell kombiniert Effizienz mit Menschlichkeit. Es schützt diejenigen, die tatsächlich verfolgt werden, reduziert aber zugleich Fehlanreize, die irreguläre Migration begünstigen. Eine klare, kontrollierte und konsequente Migrationspolitik sorgt langfristig für gesellschaftliche Stabilität und eine bessere Integration derjenigen, die tatsächlich in Deutschland eine Zukunft haben.

Deutschland braucht eine moderne, funktionierende und rechtsstaatlich gesicherte Asylpolitik, die sowohl Schutzbedürftigen hilft als auch eine Überforderung der Strukturen verhindert. Mit diesem Reformkonzept wird sichergestellt, dass das Asylsystem effizienter, schneller und gerechter wird – für alle Beteiligten.

Gezielte Einwanderung nach Qualifikation – Wer arbeitet, integriert sich schneller

Deutschland braucht ein modernes, zukunftsfähiges Einwanderungssystem, das sowohl die wirtschaftlichen Interessen des Landes als auch die Integration der Migranten bestmöglich fördert. In einer globalisierten Welt ist Migration nicht nur eine Realität, sondern auch eine Chance, um den Arbeitsmarkt zu stärken und den Wohlstand zu sichern. Doch um diese Chancen zu nutzen, muss Einwanderung gezielt gesteuert werden. Einwanderer, die direkt in den Arbeitsmarkt eintreten und durch ihre Qualifikationen einen wirtschaftlichen Beitrag leisten, integrieren sich schneller, finden schneller Anschluss in der Gesellschaft und entlasten langfristig das Sozialsystem.

Während Deutschland auf der einen Seite mit einem akuten Fachkräftemangel konfrontiert ist, stehen auf der anderen Seite hohe Hürden für qualifizierte Einwanderer, die in Deutschland arbeiten möchten. Gleichzeitig gibt es erhebliche Probleme mit nicht integrierten Migranten, die langfristig von Sozialleistungen abhängig sind. Diese Situation zeigt, dass das derzeitige System reformiert werden muss. Deutschland braucht eine gezielte Einwanderungspolitik, die sich an Qualifikationen, Arbeitsmarktbedarf und Integrationschancen orientiert.

1. Steuerung nach Qualifikation – Ein modernes Einwanderungssystem für die Wirtschaft

Um Deutschland als wirtschaftlich starkes Land zu erhalten, ist es entscheidend, dass Migration nach klaren, wirtschaftlich sinnvollen Kriterien erfolgt. Fachkräfte aus Mangelberufen sollten bevorzugt eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erhalten, während unqualifizierte Migration begrenzt werden muss, um die sozialen Systeme nicht zu überlasten.

Ein neues, punktbasiertes Einwanderungssystem, ähnlich dem kanadischen Modell, kann dies ermöglichen. Dabei werden Einwanderer anhand objektiver Kriterien wie Qualifikation, Sprachkenntnisse, Berufserfahrung, Alter und Arbeitsmarktnachfrage bewertet. Wer eine hohe Punktzahl erreicht, erhält schneller eine Arbeitserlaubnis und langfristige Bleibeperspektiven.

Dieses System stellt sicher, dass nur Personen einwandern, die in der Lage sind, sich selbstständig in die Gesellschaft zu integrieren und einen Beitrag zur Wirtschaft zu leisten. Besonders in den Bereichen Technik, Gesundheitswesen, IT, Handwerk und Industrie gibt es in Deutschland einen enormen Bedarf an Fachkräften. Eine gezielte Steuerung sorgt dafür, dass diese Berufe vorrangig besetzt werden, während Einwanderung in nicht benötigte oder überfüllte Berufsfelder eingeschränkt wird.

Zusätzlich wird ein beschleunigtes Verfahren für bereits in Deutschland lebende Asylbewerber mit Arbeitsangebot eingeführt. Wer nachweisen kann, dass er einen Arbeitsplatz hat und sich selbstständig versorgen kann, soll eine schnellere Aufenthaltserlaubnis erhalten – unabhängig vom Status des Asylverfahrens. Damit wird vermieden, dass arbeitsfähige Migranten jahrelang in Unsicherheit leben und nicht zum Arbeitsmarkt beitragen können.

2. Integration durch Arbeit – Wer arbeitet, gehört dazu

Die beste Form der Integration ist ein schneller Einstieg in den Arbeitsmarkt. Wer arbeitet, lernt schneller die Sprache, baut soziale Kontakte auf und kann für sich und seine Familie sorgen. Einwanderer, die eine qualifizierte Beschäftigung finden, benötigen in der Regel deutlich weniger staatliche Unterstützung und tragen aktiv zum Steuer- und Rentensystem bei.

Daher muss der Berufseinstieg für qualifizierte Einwanderer erleichtert werden. Zu den notwendigen Maßnahmen gehören:

- Beschleunigte Anerkennung ausländischer Abschlüsse: Viele Migranten bringen bereits wertvolle Qualifikationen mit, die jedoch in Deutschland oft nicht anerkannt werden. Ein schnelles, transparentes Verfahren zur Gleichwertigkeitsprüfung von Abschlüssen ist erforderlich.
- Bessere Deutschkurse mit berufsspezifischem Fokus: Sprache ist ein Schlüssel zur Integration. Daher sollten staatlich geförderte Sprachkurse speziell auf Berufsgruppen abgestimmt werden, um Migranten gezielt auf den Arbeitsalltag vorzubereiten.
- Unterstützung für Unternehmensgründungen: Viele Einwanderer haben unternehmerisches Potenzial. Durch bürokratische Erleichterungen, Förderprogramme und Beratung sollen Migranten, die ein eigenes Geschäft gründen möchten, gezielt unterstützt werden.

Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass qualifizierte Migranten schneller in den Arbeitsmarkt integriert werden, anstatt jahrelang in staatlichen Hilfesystemen zu verbleiben.

3. Wer keine Perspektive hat, muss zurückkehren

Ein geregeltes Einwanderungssystem bedeutet nicht nur, qualifizierte Fachkräfte gezielt aufzunehmen, sondern auch konsequent darauf zu achten, dass Personen ohne Aufenthaltsrecht oder ohne wirtschaftliche Perspektive nicht dauerhaft im Land verbleiben.

Für Personen, die nach einem festgelegten Zeitraum keine Arbeit gefunden haben oder dauerhaft von Sozialleistungen abhängig sind, muss eine geregelte Rückführung erfolgen. Dabei soll darauf geachtet werden, dass Rückführungen effizient und rechtssicher umgesetzt werden, anstatt langwierige Verfahren zu führen.

Um dies zu gewährleisten, sind folgende Maßnahmen erforderlich:

- Bessere Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern, damit Menschen ohne Aufenthaltsrecht schneller und sicher zurückgeführt werden können.
- Konsequente Begrenzung von Sozialleistungen für Einwanderer, die sich nicht um Arbeit bemühen, um Fehlanreize zu vermeiden.
- Klare **Unterscheidung zwischen Asyl und wirtschaftlicher Migration**, um sicherzustellen, dass Schutzsuchende weiterhin Hilfe erhalten, während wirtschaftlich nicht selbstständige Personen nicht auf Dauer im Land bleiben.

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass das deutsche Einwanderungssystem nicht überlastet wird und nur diejenigen dauerhaft im Land bleiben, die aktiv an der Gesellschaft teilhaben können.

4. Fazit: Eine moderne, steuerbare Einwanderungspolitik für Deutschland

Deutschland braucht eine qualifikationsgesteuerte Einwanderungspolitik, die dem Arbeitsmarkt zugutekommt, die Integration erleichtert und zugleich den Missbrauch des Sozialstaats verhindert. Einwanderung muss aktiv gesteuert werden, indem qualifizierte Fachkräfte bevorzugt werden und wirtschaftlich nicht integrierbare Personen nicht dauerhaft im Land bleiben.

Mit einem punktbasierten Einwanderungssystem, einer konsequenten Arbeitsmarktintegration und klaren Regeln für Rückführungen kann Deutschland die Chancen der Migration optimal nutzen, ohne die Sozialsysteme zu überlasten.

Ziele dieser Reform:

- Gezielte Steuerung der Einwanderung nach Qualifikation und Arbeitsmarktnachfrage
- Beschleunigte Integration durch Arbeit, Sprachkurse und Anerkennung von Abschlüssen
- Konsequente Rückführung von Personen ohne Aufenthalts- und Arbeitsperspektive
- Klare **Unterscheidung zwischen Asyl und wirtschaftlicher Migration**
- Unterstützung für Migranten, die sich durch Unternehmensgründung oder berufliche Tätigkeit selbstständig integrieren wollen

Mit diesen Maßnahmen wird Deutschland zu einem Land, das kluge, wirtschaftlich sinnvolle und humane Einwanderung ermöglicht. Die Kombination aus Arbeitsmarktchancen, Integrationsförderung und klaren Rückführungsregeln sorgt dafür, dass Migration für alle Beteiligten – Einwanderer, Arbeitgeber und die Gesellschaft – ein Gewinn ist.

Pflichten für Migranten – Wer hier lebt, muss sich aktiv in die Gesellschaft einbringen

Ein funktionierendes Gemeinwesen basiert auf Rechten und Pflichten für alle Bürger. Deutschland bietet Migranten zahlreiche Chancen, sei es durch Zugang zum Arbeitsmarkt, soziale Sicherheit oder Bildung. Doch Integration ist keine Einbahnstraße. Wer dauerhaft in Deutschland leben möchte, muss sich aktiv in die Gesellschaft einbringen, die Gesetze und Werte des Landes respektieren und sich wirtschaftlich selbstständig machen. Nur so kann Migration zu einem Gewinn für alle werden, anstatt zu einer dauerhaften Belastung für den Sozialstaat.

In den vergangenen Jahren hat sich gezeigt, dass viele Migranten sich erfolgreich in den Arbeitsmarkt und das gesellschaftliche Leben integrieren. Gleichzeitig gibt es jedoch auch Gruppen, die über Jahre hinweg nicht arbeiten, die deutsche Sprache nicht lernen oder sich gesellschaftlichen Normen verweigern. Dies führt zu sozialen Spannungen, steigenden Sozialausgaben und mangelnder gesellschaftlicher Akzeptanz für Migration. Um dies zu ändern, müssen klare Verpflichtungen für Migranten eingeführt werden, die sicherstellen, dass jeder, der hier lebt, aktiv an der Gesellschaft teilnimmt.

1. Integration als Bringschuld – Klare Verpflichtungen für Migranten

Deutschland bietet Migranten zahlreiche Möglichkeiten, sich ein neues Leben aufzubauen. Doch diese Chancen müssen auch genutzt werden. Wer dauerhaft in Deutschland bleiben möchte, muss nachweislich bereit sein, sich zu integrieren. Dazu

gehören die Beherrschung der deutschen Sprache, die Bereitschaft zu arbeiten oder sich weiterzubilden sowie die Akzeptanz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

1.1. Sprachpflicht für langfristigen Aufenthalt

- Ohne Sprachkenntnisse ist eine Integration in den Arbeitsmarkt und die Gesellschaft kaum möglich. Daher muss für alle Migranten gelten: Wer langfristig in Deutschland bleiben will, muss Deutsch sprechen.
- Jeder Migrant muss entweder innerhalb von zwei Jahren nach seiner Ankunft ein Sprachniveau von mindestens A2 nach dem Gemeinsamen Europäischen Referenzrahmen (GER) nachweisen, oder nachweislich kognitive Einschränkungen haben, welche den Spracherwerb verzögern.
- Wer sich weigert, Deutsch zu lernen, verliert seinen Aufenthaltsstatus oder erhält nur noch eingeschränkte Sozialleistungen.

1.2. Arbeitspflicht für erwerbsfähige Migranten

- Deutschland kann es sich nicht leisten, dauerhaft Menschen im Sozialstaat zu halten, die arbeitsfähig sind. Wer in Deutschland lebt, muss arbeiten oder sich aktiv um Arbeit bemühen.
- Nach einer Eingewöhnungszeit von sechs Monaten müssen alle erwerbsfähigen Migranten entweder einer Beschäftigung nachgehen, an Weiterbildungsmaßnahmen teilnehmen oder gemeinnützige Arbeit leisten.
- Wer dauerhaft ohne triftigen Grund arbeitslos bleibt, verliert Sozialleistungen.

1.3. Akzeptanz der deutschen Werte und Rechtsordnung

- Die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist nicht verhandelbar. Wer in Deutschland lebt, muss sich an das Grundgesetz halten, Gleichberechtigung akzeptieren und demokratische Werte respektieren.
- Wer sich wiederholt nicht an die gesellschaftlich verpflichtende Regeln hält oder Straftaten begeht, verliert seinen Aufenthaltsstatus.

2. Wer nicht mitmacht, verliert seine Privilegien

Integration bedeutet nicht nur, Sozialleistungen zu beziehen, sondern sich aktiv einzubringen. Daher müssen klare Konsequenzen für diejenigen eingeführt werden, die sich verweigern.

- Wer nach zwei Jahren kein Deutsch spricht, verliert Anspruch auf unbefristeten Aufenthalt.
- Wer arbeitsfähig ist, aber keine Arbeit annimmt oder keine Weiterbildungsmaßnahmen besucht, riskiert den Verlust von Sozialleistungen.
- Wer kriminell wird oder extremistische Tendenzen zeigt, wird konsequent abgeschoben.

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass Integration nicht nur ein Angebot, sondern eine Verpflichtung ist. Nur wer sich aktiv in die Gesellschaft einbringt, kann dauerhaft von den Vorteilen profitieren, die Deutschland bietet.

3. Anreize für schnelle Integration und Eigenverantwortung

Neben klaren Pflichten müssen auch Anreize geschaffen werden, um Migranten zu motivieren, sich schnellstmöglich zu integrieren. Wer sich aktiv einbringt, soll schneller Zugang zu Rechten und Möglichkeiten erhalten.

- Schnellere Einbürgerung für gut integrierte Migranten: Wer innerhalb von fünf Jahren durch Arbeit, Sprachkenntnisse und gesellschaftliches Engagement seine Integration nachweist, soll bevorzugt die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten können.
- Belohnung für erfolgreiche Integration: Migranten, die sich besonders in den Arbeitsmarkt oder durch Ehrenamt einbringen, sollen von steuerlichen Vergünstigungen oder speziellen Förderprogrammen profitieren.
- Bessere Unterstützung für Leistungsbereite: Wer arbeitet oder eine Ausbildung macht, soll leichter Zugang zu staatlichen Förderungen wie Wohnbeihilfe oder Weiterbildungsgeld erhalten.

Diese Maßnahmen schaffen eine Kultur der Eigenverantwortung und des Leistungsprinzips, in der sich Migration lohnt, aber nicht ausgenutzt werden kann.

4. Fazit: Wer hier lebt, muss sich aktiv einbringen

Ein funktionierendes Einwanderungssystem basiert nicht nur auf Rechten, sondern auch auf Pflichten. Deutschland muss von jedem Migranten erwarten können, dass er sich integriert, arbeitet und die Werte des Landes respektiert. Wer diese Grundsätze nicht einhält, kann nicht dauerhaft in Deutschland bleiben oder staatliche Unterstützung erhalten.

Kernpunkte der Reform:

- Verpflichtende Sprachkurse mit Nachweispflicht nach zwei Jahren (A2-Niveau)

- Arbeitspflicht oder Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen für erwerbsfähige Migranten
- Konsequente Durchsetzung der deutschen Rechtsordnung, keine Toleranz für Extremismus
- Sanktionen für Integrationsverweigerer: Entzug von Sozialleistungen und Aufenthaltsrechten
- Belohnung für leistungsbereite Migranten durch schnellere Einbürgerung und Förderprogramme

Diese Maßnahmen schaffen ein faires, aber konsequentes Einwanderungssystem, das sich auf Integration, Eigenverantwortung und gesellschaftlichen Zusammenhalt stützt. Nur wer sich aktiv einbringt, kann dauerhaft Teil der Gesellschaft sein – und Deutschland bleibt ein Land, das Migration erfolgreich gestaltet, anstatt sie zu verwalten.

Gezielte Abschiebungen – Konsequente Rückführung ohne endlose Verfahren oder Schlupflöcher

Ein funktionierendes Asyl- und Einwanderungssystem kann nur bestehen, wenn klare Regeln eingehalten und konsequent durchgesetzt werden. Deutschland gewährt Schutz für Verfolgte, ermöglicht gezielte Arbeitsmigration und bietet Chancen zur Integration. Doch wer kein Aufenthaltsrecht besitzt, keinen Asylantrag gestellt hat oder straffällig wird, kann nicht dauerhaft im Land bleiben. Eine glaubwürdige und gerechte Migrationspolitik erfordert daher effiziente, schnelle und konsequente Abschiebungen.

Derzeit dauert es oft Jahre, bis ausreisepflichtige Personen tatsächlich Deutschland verlassen müssen – wenn es überhaupt dazu kommt. Langwierige Verfahren, rechtliche Schlupflöcher und mangelnde Durchsetzung führen dazu, dass viele abgelehnte Asylbewerber oder ausreisepflichtige Personen trotzdem im Land bleiben, Sozialleistungen beziehen und sich teils dauerhaft dem Rechtsstaat entziehen. Das belastet nicht nur die öffentlichen Kassen, sondern untergräbt auch das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates.

Eine zielgerichtete, konsequente und beschleunigte Abschiebepolitik ist deshalb unerlässlich. Personen, deren Asylantrag abgelehnt wurde, die nie einen Antrag gestellt haben oder die in Deutschland straffällig geworden sind, müssen schnell und ohne jahrelange Verfahren abgeschoben werden. Damit wird das Recht konsequent durchgesetzt und der Missbrauch des Asyl- und Migrationssystems verhindert.

1. Konsequente Durchsetzung der Ausreisepflicht ohne Verzögerungen

Die aktuellen Rückführungszahlen zeigen, dass Deutschland zu oft an der konsequenten Abschiebung scheitert. Von über 300.000 ausreisepflichtigen Personen in Deutschland wurden 2023 nur knapp 13.000 tatsächlich abgeschoben. Viele Abschiebungen scheitern an rechtlichen Einsprüchen, fehlenden Papieren oder mangelnder Kooperation mit Herkunftsstaaten.

Ein wirksames Abschiebesystem muss folgende Punkte gewährleisten:

- **Sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber:** Wer kein Bleiberecht erhält, muss innerhalb von drei Monaten nach rechtskräftiger Ablehnung ausreisen. Verzögerungen durch Einsprüche oder langwierige Gerichtsverfahren müssen auf ein Minimum reduziert werden.
- **Automatische Rückführung für Personen ohne Asylantrag:** Wer sich ohne rechtliche Grundlage in Deutschland aufhält und keinen Asylantrag stellt, wird unverzüglich in sein Herkunftsland oder ein sicheres Drittland zurückgeführt.
- **Beschleunigte Verfahren für Straftäter:** Wer sich in Deutschland aufhält und schwere Straftaten begeht, verliert sein Aufenthaltsrecht sofort. Hier müssen alle rechtlichen Hindernisse für eine zügige Abschiebung abgeschafft werden.
- **Konsequente Meldepflicht für ausreisepflichtige Personen:** Wer ausreisepflichtig ist, muss sich regelmäßig bei den Behörden melden. Ein Untertauchen und das Entziehen der Abschiebung müssen verhindert werden.

Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass die Ausreisepflicht tatsächlich durchgesetzt wird, anstatt sich über Jahre hinweg in rechtlichen Verfahren zu verlieren.

2. Effektive Abschiebungen durch bessere internationale Abkommen

Eines der größten Probleme bei Rückführungen ist die mangelnde Kooperation vieler Herkunftsstaaten. Einige Länder verweigern die Rücknahme ihrer Staatsbürger oder stellen keine Reisedokumente aus, sodass Abschiebungen nicht durchgeführt werden können.

Hier muss Deutschland mit klaren diplomatischen und wirtschaftlichen Druckmitteln arbeiten:

- **Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern:** Jedes Land, das Staatsbürger nicht zurücknimmt, erhält keine Entwicklungshilfe oder wirtschaftlichen Vorteile von Deutschland. Bereits bestehende Abkommen müssen konsequenter durchgesetzt werden.

- Sanktionen gegen Regierungen, die Abschiebungen blockieren: Staaten, die sich weigern, eigene Staatsbürger zurückzunehmen, müssen mit Einschränkungen im Visa-Verfahren und wirtschaftlichen Maßnahmen konfrontiert werden.
- Anreize für freiwillige Rückkehr: Personen, die freiwillig ausreisen, können kurzfristig finanzielle Unterstützung für die Reintegration in ihrem Heimatland erhalten. Das ist kosteneffizienter als lange Abschiebeverfahren.

Durch klare außenpolitische Strategien wird sichergestellt, dass Abschiebungen nicht länger an fehlender Kooperation der Herkunftsländer scheitern.

3. Abschiebungen ohne endlose Verfahren oder juristische Schlupflöcher

Viele Abschiebungen scheitern, weil sich ausreisepflichtige Personen durch rechtliche Einsprüche, Krankheit oder gefälschte Papiere dem Verfahren entziehen. Hier muss der Rechtsstaat klare Maßnahmen ergreifen, um Missbrauch zu verhindern:

- Begrenzung von Einspruchsmöglichkeiten: Einsprüche gegen Abschiebungen dürfen nicht jahrelange Verzögerungen verursachen. Nach der ersten gerichtlichen Entscheidung darf es nur eine einzige Berufungsmöglichkeit innerhalb von drei Monaten geben.
- Kein dauerhaftes Bleiberecht durch Krankheit oder fehlende Papiere: Wer keine gültigen Ausweisdokumente vorlegen kann, wird in einem sicheren Drittstaat untergebracht, bis die Identität geklärt ist. Krankheit darf nur in schwerwiegenden medizinischen Notfällen ein Abschiebehindernis sein.
- Spezialisierte Abschiebezentren: Für Personen, die wiederholt ihre Abschiebung verzögern, müssen geschlossene Abschiebezentren geschaffen werden, in denen die Ausreise konsequent vorbereitet wird.

Durch diese Maßnahmen wird verhindert, dass Abschiebungen jahrelang blockiert oder durch Tricks und juristische Lücken umgangen werden.

4. Abschiebungen bei Straftätern – Klare Null-Toleranz-Politik

Besonders problematisch ist die Anwesenheit von kriminellen Ausländern ohne Aufenthaltsrecht. Wer in Deutschland Schutz oder eine Zukunft sucht, muss sich an Recht und Gesetz halten. Personen, die schwere Straftaten begehen, dürfen nicht in Deutschland bleiben.

- Wer schwere Verbrechen begeht, verliert sein Aufenthaltsrecht sofort. Es darf keine Debatten darüber geben, ob ein Straftäter abgeschoben wird – dies muss automatisch erfolgen.
- Konsequente Abschiebung bereits bei wiederholten Delikten. Auch wer wiederholt wegen Gewalt, Drogenhandel oder Diebstahl verurteilt wurde, muss Deutschland verlassen.
- Rückführungen auch in Herkunftsstaaten mit niedrigeren Sicherheitsstandards. Straftäter dürfen sich nicht darauf berufen, dass sie in ihrem Heimatland schlechtere Haftbedingungen hätten.

Eine klare Null-Toleranz-Politik gegenüber Straftätern sorgt für Sicherheit in Deutschland und stellt sicher, dass das Rechtssystem nicht missbraucht wird.

5. Fazit: Ein konsequentes, effizientes Abschiebesystem für Deutschland

Ein Rechtsstaat kann nur funktionieren, wenn seine Regeln durchgesetzt werden. Eine klare, konsequente Abschiebepolitik ist notwendig, um Missbrauch des Asylsystems, unkontrollierte Migration und Kriminalität effektiv zu bekämpfen.

Kernpunkte der Reform:

- Sofortige Abschiebung abgelehnter Asylbewerber innerhalb von drei Monaten
- Automatische Rückführung von Personen ohne gültigen Aufenthaltsstatus
- Klare Null-Toleranz-Politik für Straftäter – Keine Bleiberechte für Kriminelle
- Effektive Rückführungsabkommen mit Herkunftsländern, Verweigerung von Entwicklungshilfe bei Nicht-Kooperation
- Keine langwierigen Verfahren oder juristischen Schlupflöcher – Schnellere Entscheidungen und weniger unhaltbare Einspruchsmöglichkeiten

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass Deutschland ein gerechtes, funktionierendes Einwanderungssystem hat, das sich an klaren rechtlichen Prinzipien orientiert. Wer sich an die Regeln hält und sich integriert, erhält faire Chancen. Wer keinen Aufenthaltsstatus besitzt oder sich dem System verweigert, muss Deutschland verlassen – schnell, effizient und ohne endlose Verfahren.

Härtere Strafen für Gewalt- und Clankriminalität – Null-Toleranz-Politik gegen organisierte Kriminalität

Deutschland darf nicht zulassen, dass kriminelle Clans, Banden und Gewaltverbrecher ganze Stadtteile kontrollieren, die Justiz verhöhnen und sich durch unser Rechtssystem unantastbar fühlen. In den letzten Jahren haben sich Parallelgesellschaften mit eigenen rechtsfreien Räumen gebildet, in denen Clan-Strukturen Schutzgeld erpressen, Drogenhandel betreiben, Waffen besitzen und ganze Viertel beherrschen.

Die Antwort des Staates muss klar und unmissverständlich sein: Kriminalität wird nicht geduldet, und wer sich nicht an die Gesetze hält, verliert alle Rechte.

1. Höhere Mindeststrafen für Gewalt- und Clan-Kriminalität

- Härtere Strafen für Gewaltdelikte: Wer andere Menschen angreift, verletzt oder in Gruppen gegen den Staat auftritt, muss mit hohen Mindeststrafen rechnen. Gewalt gegen Polizei, Rettungskräfte oder Justizpersonal soll automatisch zu mindestens fünf Jahren Freiheitsstrafe führen.
- Konsequente Untersuchungshaft für Clan-Kriminelle: Angehörige krimineller Clans müssen bereits bei Verdachtsmomenten strenger überwacht werden, und Wiederholungstäter sollten automatisch in Untersuchungshaft genommen werden.

2. Vermögensabschöpfung und wirtschaftlicher Druck gegen Clans

Härtere Strafen allein reichen nicht – kriminellen Clans muss die finanzielle Basis entzogen werden. Wer nachweislich durch kriminelle Geschäfte profitiert, verliert sein Vermögen.

- Beweislastumkehr für Clan-Mitglieder: Wer hohe Summen an Geld besitzt, aber keine legale Einkommensquelle nachweisen kann, muss sich einer sofortigen Vermögensprüfung und gegebenenfalls Enteignung stellen.
- Schnelle Schließung illegaler Geschäfte und Geldwäschezentren: Viele kriminelle Clans betreiben scheinbar legale Geschäfte, um Geld zu waschen – diese müssen effektiv kontrolliert und bei Verdacht umgehend geschlossen werden.

3. Schnellere Verfahren und konsequente Strafverfolgung

Sondergerichte für organisierte Kriminalität sollen eingeführt werden, um Prozesse gegen Clan-Mitglieder und Bandenkriminelle schneller abzuschließen und die Justiz zu entlasten.

- Verstärkte Überwachung krimineller Netzwerke: Clans agieren oft über Landesgrenzen hinweg – daher müssen Sicherheitsbehörden effektiv zusammenarbeiten, auch auf internationaler Ebene.
- Mehr Polizeipräsenz in Brennpunktvierteln: Der Staat muss seine Hoheit über alle Stadtteile sichern und verhindern, dass sich kriminelle Parallelgesellschaften weiter ausbreiten. Polizei und Justiz müssen dazu über die notwendigen Mittel und Befugnisse verfügen.

4. Abschiebung krimineller Ausländer ohne Ausnahme

- Wer als Nicht-Deutscher schwere Straftaten begeht, verliert sein Aufenthaltsrecht sofort und wird abgeschoben.
- Keine Ausnahmen für Staaten mit angeblich „schwierigen Bedingungen“. Auch kriminelle Migranten aus Ländern, die Abschiebungen verweigern, dürfen nicht in Deutschland bleiben.
- Automatische Ausweisung von Mitgliedern krimineller Banden, die nicht über die deutsche Staatsbürgerschaft verfügen.

5. Fazit: Eine klare Botschaft - Der Staat duldet keine Kriminalität

Kriminelle Clans und Gewaltverbrecher haben über Jahrzehnte hinweg davon profitiert, dass der Staat oft zu zögerlich gehandelt hat. Dies muss sich ändern. Die Sicherheit der Bürger steht an erster Stelle.

Mit diesen Maßnahmen stellt Deutschland sicher, dass die Justiz wieder handlungsfähig wird, Täter konsequent verfolgt werden und Parallelgesellschaften keine Chance haben. Ein starker Rechtsstaat zeigt klare Kante gegen jede Form von organisierter Kriminalität – mit härteren Strafen, konsequenter Strafverfolgung und dem entschlossenen Vorgehen gegen kriminelle Netzwerke.

Kernpunkte der Reform:

- Härtere Mindeststrafen für Gewalt- und Clan-Kriminalität
- Vermögensabschöpfung für Clans – illegales Geld muss konsequent eingezogen werden

- Sondergerichte zur schnelleren Strafverfolgung organisierter Kriminalität
- Automatische Abschiebung von kriminellen Ausländern
- Mehr Polizei in gefährdeten Stadtteilen – Null-Toleranz gegen Parallelgesellschaften

Diese Reform stellt sicher, dass Deutschland ein sicheres Land bleibt, in dem sich niemand über den Rechtsstaat stellen kann. Wer sich nicht an die Gesetze hält, wird die volle Härte des Staates spüren.

Reform der Auszahlungen von Sozialleistungen

Übersicht: Die folgenden Ansätze zielen darauf ab, die staatlichen Sozialausgaben für illegale, bzw. nicht anerkannte Migranten in Deutschland zu reduzieren. Es wird aufgezeigt, welche **rechtlichen Hürden** diesen Maßnahmen entgegenstehen, welche **Änderungen** nötig wären, und welche **finanziellen Einsparungen** sich in realistischen Szenarien erzielen ließen. Insgesamt deuten die Analysen darauf hin, dass durch drastische Reformen Einsparungen in einer **Größenordnung von einigen Milliarden Euro pro Jahr** möglich wären – möglicherweise **5 – 10 Mrd. € jährlich** in einem maximalen Szenario.

1. Umstellung der Sozialleistungen für Migranten

1.1. Maßnahme:

Sozialleistungen für Asylbewerber, Geduldete und anerkannte Flüchtlinge sollen gekürzt oder in Sachleistungen umgewandelt werden. Konkret würde dies bedeuten: **Sachleistungen statt Bargeld** (z.B. Essenspakete, Kleidungsgutscheine oder elektronische *Bezahlkarten* statt Bargeldzahlungen), **kein Bürgergeld** für Asylsuchende oder Geduldete (sie blieben dauerhaft im niedrigeren Leistungssystem des Asylbewerberleistungsgesetzes), und eine **Begrenzung der Sozialhilfe für anerkannte Flüchtlinge** (etwa durch befristete oder reduzierte Leistungen im Vergleich zu deutschen Staatsbürgern).

1.2. Status quo und Probleme:

Derzeit erhalten Asylbewerber in Deutschland Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Eine alleinstehende Person bekommt während des Asylverfahrens rund **410 € pro Monat**, teils als Bargeld für persönliche Ausgaben (182 €) und teils für Verpflegung/Unterkunft (228 €) ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). Nach **18 Monaten** Aufenthalt hatten Asylbewerber bislang Anspruch auf **Analogleistungen** –

also Leistungen auf **Bürgergeld-Niveau** (inkl. voller gesetzlicher Krankenversicherung) – **unabhängig davon, ob ihr Asylantrag abgelehnt wurde oder nicht** ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)).

Das machte Deutschland zu einer **Ausnahme in Europa**, da die meisten EU-Länder die Leistungen für abgelehnte Asylbewerber stark reduzieren oder streichen. Nach einem Bund-Länder-Kompromiss vom November 2023 wird der Wechsel auf Analogleistungen nun erst nach **36 Monaten** erfolgen. Anerkannte Flüchtlinge (im Sinne der Genfer Konvention oder Art. 16a GG) erhalten die gleichen Sozialleistungen wie bedürftige Deutsche (Bürgergeld), da völker- und EU-rechtliche Vorgaben eine Gleichbehandlung vorsehen (siehe unten).

1.3. Rechtliche Hürden:

Nationales Recht steckt hier enge Grenzen. Das Bundesverfassungsgericht hat 2012 entschieden, dass die Grundleistungen nach dem AsylbLG **nicht unter das menschenwürdige Existenzminimum** abgesenkt werden dürfen. Das **Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums** gilt „für alle Menschen unabhängig von Herkunft und Aufenthaltsstatus“ ([Asylbewerberleistungsgesetz – Wikipedia](#)). Eine Absenkung der Leistungen aus migrationspolitischen Gründen ist laut Gericht ausdrücklich **nicht zulässig**. Dieses Urteil zwang den Gesetzgeber, die AsylbLG-Sätze anzuheben. Zwar lässt das Gericht einen Gestaltungsspielraum, aber „eine deutliche Kürzung unter das soziokulturelle Existenzminimum würde gegen Art. 1 GG (Menschenwürde) in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip verstoßen“ ([Asylbewerberleistungsgesetz – Wikipedia](#)).

Auch **internationales Recht** setzt Hürden: Die **Genfer Flüchtlingskonvention** schreibt vor, dass anerkannte Flüchtlinge bezüglich öffentlicher Fürsorge und Sozialhilfe **inländischen Staatsbürgern gleichzustellen** sind (Art. 23 GFK). Ähnliche Gleichstellungsgebote enthält die EU-**Qualifikationsrichtlinie** für Flüchtlinge und subsidiär Schutzberechtigte. Das bedeutet, anerkannte Flüchtlinge haben völkerrechtlich einen Anspruch darauf, **die gleichen Sozialleistungen** zu erhalten wie vergleichbare Deutsche – eine **Begrenzung der Sozialhilfe für anerkannte Flüchtlinge** wäre also ein Bruch dieser Verpflichtungen. Deutschland könnte das **nur durch Kündigung oder Änderung** der internationalen Abkommen erreichen. Für Asylbewerber (noch im Verfahren) erlaubt das EU-Recht zwar, die Leistungen unter dem normalen Sozialhilfeniveau zu halten, **aber** die EU-**Aufnahmerichtlinie** verlangt zumindest einen Standard, der menschenwürdige Lebensbedingungen sichert. Sachleistungen statt Geld sind dabei grundsätzlich **zulässig** (viele EU-Staaten nutzen gemischte Systeme ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#))). Deutschland kann also **auf Sachleistungen umstellen** oder **Bargeld durch zweckgebundene Guthabekarten** ersetzen, ohne EU-Recht zu brechen. Dies reduziert den **Anreiz** und die Möglichkeit, Geld ins Ausland zu schicken.

1.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:

Um diese Maßnahme umzusetzen, müsste das **Asylbewerberleistungsgesetz** geändert werden. Konkret: **Streichung der Analogleistungen** (§ 2 AsylbLG) oder Verlängerung der Wartefrist (was bereits von 18 auf 36 Monate geschehen ist ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#))).

Ferner eine **Umstellung auf Sachleistungen**, etwa durch Bundesvorgaben an die Länder, Auszahlungen vermehrt in Form von Gutscheinen, Wertkarten oder direkten Leistungen (Unterkunft, Verpflegung, Kleidung) bereitzustellen. Gegebenenfalls wäre auch eine **Änderung von SGB II/XII** nötig, um anerkannte Flüchtlinge von den Bürgergeld-Leistungen auszuschließen oder geringer zu stellen – was jedoch wegen der genannten völker- und verfassungsrechtlichen Gründe rechtlich angreifbar wäre. Im Extremfall müsste Deutschland aus der **Flüchtlingskonvention** austreten oder einen Vorbehalt erklären, um Flüchtlingen geringere Sozialhilfe zahlen zu dürfen.

Um jedoch zu gewährleisten, dass eine Gleichheit zwischen anerkannten Migranten und deutschen Staatsbürger besteht, wird bei anerkannten Asylsuchenden nach 36 Monaten Erwerbstätigkeit der volle Anspruch auf das Bürgergeld gewährt. Als Erwerbstätigkeit gilt:

- Gemeinnützige Leistungen: In Deutschland gibt es einen großen Bedarf an gemeinnütziger Arbeit. Beispielsweise könnten ehrenamtliche Tätigkeiten und soziale Leistungen die Ausgaben des Staates reduzieren und das Bürgergeld finanziell entlasten.
- Teilzeit – und Vollzeit Beschäftigung: Wer mindestens 20 Stunden pro Woche arbeitet, fällt unter den Begriff der Erwerbstätigkeit.
- Selbstständigkeit: Wer sich selbst durch eigene Unternehmungen finanziell versorgen kann, gilt als Erwerbstätig.

1.5. Finanzielle Auswirkungen:

Direkte Einsparungen ergeben sich vor allem dadurch, dass **Leistungen gekürzt** oder **nicht mehr bar ausgezahlt** werden. Durch die Verlängerung der Wartezeit auf Analogleistungen von 18 auf 36 Monate wird bereits **eine Entlastung von ca. 1 Mrd. € pro Jahr** erwartet ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Bundesfinanzminister Lindner bezifferte das Einsparpotenzial der vereinbarten Leistungskürzungen auf „eine Milliarde Euro“ jährlich ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Wenn man **komplett** auf Bürgergeld für Asylbewerber/Geduldete verzichten würde (also **dauerhaft** nur AsylbLG-Leistungen gewähren), wäre die Einsparung noch höher – möglicherweise **weit über 1 Mrd. €** jährlich, je nach Anzahl der Betroffenen. 2023 gaben die Länder **6,3 Mrd. € (brutto)** für AsylbLG-Leistungen aus (netto ca. 5,98 Mrd. € nach Erstattungen) ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Würden alle Leistungsberechtigten dauerhaft auf diesem niedrigeren Niveau bleiben statt ins

Bürgergeld zu wechseln, könnten **15–20 %** dieser Kosten eingespart werden (Schätzung), also etwa **1 Mrd. €** pro Jahr. Die **Umstellung auf Sachleistungen** selbst erhöht zwar den Verwaltungsaufwand, könnte aber Missbrauch vorbeugen und z.B. durch **Zentraleinkauf** von Unterkünften, Lebensmitteln etc. **kostengünstiger** sein. Wenn etwa Verpflegung und Kleidung in Gemeinschaftseinrichtungen gestellt werden, werden **Bargeldauszahlungen von ~228 € pro Person/Monat eingespart** ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)) – hochgerechnet etwa **2.700 € jährlich pro Person**, was jedoch nicht komplett „gewonnenes“ Geld ist, da der Staat die Sachgüter bereitstellen muss. Realistisch könnten durch Sachleistungen aber einige **hundert Millionen Euro** gespart werden, etwa indem **Doppelzahlungen vermieden** werden und Leistungen zielgerichteter eingesetzt werden. So sollen z.B. künftig bereits **bereitgestellte Leistungen wie Essen in Unterkünften auf den Geldbedarf angerechnet** werden, um Doppelaufwendungen zu vermeiden ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Insgesamt kann diese Maßnahme die **Attraktivität des deutschen Sozialsystems für Migranten verringern** (sogenannter Pull-Faktor), was indirekt zu weniger Zuwanderung und damit weiteren Einsparungen führen könnte. Allerdings sind die **rechtlichen Grenzen** eng: die minimalen Sachleistungen müssten weiterhin das verfassungsrechtliche Existenzminimum gewährleisten, was einen **Sockelbetrag** an Kosten unvermeidbar macht.

2. Effizientere Maßnahmen zur Regelung illegaler Migration

2.1. Maßnahme:

Abgelehnte Asylbewerber und ausreisepflichtige Migranten sollen konsequenter und schneller in ihre Herkunfts- oder sichere Drittstaaten zurückgeführt werden. Geplant ist eine **Beschleunigung der Asylverfahren** (um schneller rechtskräftige Ablehnungen zu erhalten) und der **Rechtsmittelverfahren**, der Ausbau von Abschiebehäft/Kurzarrest, sowie der Abbau rechtlicher Hürden, die Abschiebungen verzögern. Außerdem sollen **rechtliche Schlupflöcher** geschlossen werden, durch die ausreisepflichtige Personen eine Abschiebung bislang verhindern können (z.B. mehrfaches Stellen von Asylfolgeanträgen, fehlende Papiere, Duldungsgründe). Ziel ist es, die Zahl der tatsächlich Vollzogenen **Rückführungen deutlich zu erhöhen** und so die Zahl ausreisepflichtiger Migranten im Inland zu senken.

2.2. Status quo und Probleme:

In Deutschland leben aktuell etwa **300.000 ausreisepflichtige Personen**, von denen jedoch ein großer Teil geduldet ist (weil eine Abschiebung faktisch nicht möglich ist). Im Jahr 2023 wurden nur **knapp 13.000** Menschen tatsächlich. Viele bleiben also **trotz abgelehntem Asylantrag jahrelang im Land**, beziehen weiterhin Sozialleistungen und

nutzen den Rechtsstaat aus Sicht der Kritiker „missbräuchlich“. Gründe sind **langwierige Gerichtsverfahren**, aufschiebende Rechtsbehelfe, **fehlende Ausweisepapiere** und mangelnde Kooperationsbereitschaft mancher Herkunftsländer bei. Zudem garantiert Deutschland aus humanitären Gründen durch Duldungen eine Minimalversorgung selbst für Personen, die eigentlich ausreisen müssten. Im europäischen Vergleich gilt die Versorgung abgelehnter Asylbewerber in Deutschland als **sehr großzügig** – in den meisten EU-Staaten **erlöschen Leistungen nach Ablehnung** weitgehend ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). Frankreich etwa streicht **einen Monat nach Ablehnung sämtliche Leistungen** und verlangt, dass der Betroffene die Unterkunft verlässt ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). Dänemark verhängt ähnlich: Wer nicht freiwillig ausreist, **erhält keine Geldleistungen mehr** und wird in spezielle Zentren eingewiesen ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). Deutschland hingegen gewährte (bisher nach 18 Monaten, künftig 36 Monaten) sogar abgelehnten Asylbewerbern **Bürgergeld und Krankenversicherung**, sofern sie weiterhin im Land sind ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). Diese Praxis zieht Kritik auf sich und soll nun geändert werden.

2.3. Rechtliche Hürden:

Deportationen scheitern häufig an **völkerrechtlichen Bindungen**. Zentral ist das **Non-Refoulement-Prinzip** (Nicht-Zurückweisung), verankert in Art. 33 Genfer Flüchtlingskonvention und Art. 3 Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK): Niemand darf in einen Staat abgeschoben werden, in dem ihm Verfolgung, Folter oder unmenschliche Behandlung drohen. Das bedeutet, Abschiebungen nach z.B. Syrien oder Afghanistan sind derzeit de facto ausgeschlossen – egal welche nationalen Gesetze man erlässt. Auch Kranke oder gut integrierte Personen genießen oft Abschiebeschutz nach nationalem Recht (§60a AufenthG Duldungen aus humanitären Gründen). **EU-Recht** (z.B. die **Rückführungsrichtlinie**) schreibt vor, dass Abschiebungen verhältnismäßig und mit rechtlichem Gehör ablaufen müssen. Beschleunigte Verfahren dürfen nicht das **Recht auf effektiven Rechtsschutz** aushöhlen. **Dennoch** gibt es Spielräume: Sich wiederholende oder offensichtlich aussichtslose Klagen könnten begrenzt werden, und **sichere Herkunftsstaaten** können ausgeweitet werden, um Asylanträge aus diesen Ländern schneller abzulehnen. Ein Großteil der ausreisepflichtigen Personen stammt allerdings aus Ländern, die nicht als „sicher“ gelten – hier kollidiert der Abschiebewunsch unmittelbar mit **humanitären Verpflichtungen**. Um **rechtliche Hürden abzubauen**, müsste Deutschland im Extremfall bestimmte internationale Vorgaben **ignorieren oder aufkündigen** – z.B. durch **Kündigung der EMRK** (ähnlich wie der Vorstoß Großbritanniens, das mit dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte im Clinch liegt) oder durch bilaterale

Abkommen, die die Genfer Konvention teilweise umgehen. Solche Schritte wären allerdings massiv umstritten und würden gegen Grundwerte des Rechtsstaats verstoßen. Im Rahmen der geltenden Ordnung kann man Hürden v.a. durch **gesetzliche Verfahrensbeschleunigung** reduzieren (z.B. straffere Fristen für Klagen, weniger aufschiebende Wirkung). Die Ampel-Koalition hat etwa beschlossen, Asylverfahren von Bewerbern aus Ländern mit unter 5% Anerkennungsquote innerhalb **3 Monaten** (inkl. Gerichtsverfahren) abzuschließen ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Solche Fristen erfordern jedoch ausreichende Gerichtsressourcen und dürfen fair trial-Grundsätze nicht verletzen.

2.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:

Inlands würde man das **Asylgesetz** und **Aufenthaltsgesetz** novellieren. Mögliche Änderungen: **Verkürzung von Klagefristen** und schnellere Gerichtsverfahren für offensichtlich unbegründete Fälle, **Begrenzung von Folgeanträgen** (z.B. striktere Voraussetzungen, damit nicht serielle Asylanträge gestellt werden, um Zeit zu schinden), **Ausweitung der Abschiebehaft** (längere zulässige Dauer und erleichterte Anordnung, um Untertauchen zu verhindern). Auch könnte man die **Duldungsregeln** verschärfen: z.B. Leistungskürzungen nach §1a AsylbLG bei Identitätsverweigerung konsequent anwenden, oder **Duldungen bei Nicht-Mitwirkung versagen**, um den Druck zu erhöhen. Ein weiterer Hebel sind **diplomatische Abkommen**: Die Bundesregierung plant verstärkt **Migrationsabkommen** mit Herkunftsländern abzuschließen ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Dazu könnten **Anreize** gehören, wie **Visa-Kontingente für legale Arbeitsmigration** im Tausch gegen die „Rücknahme eigener Staatsbürger“. Ggf. müssten auch **Entwicklungshilfen oder Handelsvergünstigungen** an Kooperationsbereitschaft geknüpft werden, um etwa Nigeria, Pakistan usw. zur Rücknahme Ausreisepflichtiger zu bewegen. Solche Abkommen erfordern **politischen Willen und Zeit**, könnten aber rechtliche Hindernisse (wie fehlende Heimreisedokumente) praktisch lösen.

2.5. Finanzielle Auswirkungen:

Konsequente Abschiebungen führen zu **direkten Einsparungen**, weil weniger ausreisepflichtige Personen über Jahre vom deutschen Sozialsystem versorgt werden müssen. Jeder abgelehnte Asylbewerber, der das Land verlässt, **entlastet** Bund, Länder und Kommunen um die jährlichen Unterhaltskosten. Diese liegen – je nach Unterbringung – grob bei **5.000 € bis 15.000 € pro Person/Jahr** (inkl. Unterkunft, Verpflegung, medizinischer Notversorgung etc.). Zum Beispiel zahlten die Länder 2023 durchschnittlich rund **12.300 € pro Asylbewerber** im Jahr (Bruttoleistungen) ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Wird eine Person abgeschoben, entfallen diese Kosten in den Folgejahren. **Beispielrechnung:**

Würden statt 13.000 z.B. **50.000 Abschiebungen pro Jahr** gelingen, könnten im Folgejahr etwa **37.000 Personen mehr** nicht mehr im System sein. Bei angenommenen 10.000 € Kosten pro Person wären das **370 Mio. €** Einsparung pro Jahr. Würde man die Zahl der Ausreisepflichtigen im Land von ~300.000 auf nahe Null reduzieren (theoretisches Maximum), entspräche das einer Entlastung von **mehreren Milliarden Euro** jährlich (z.B. 200.000 Personen * 10.000 € ≈ **2 Mrd. €**). Dieses Maximum ist praktisch kaum erreichbar, aber es zeigt das Potenzial: Jede *nicht mehr hier befindliche* Person entlastet Kommunen bei **Unterbringungskosten**, Länder bei **Asylleistungen** und den Bund bei eventuellen **Transferleistungen**. Zudem kämen **indirekte Einsparungen** hinzu: geringerer Bedarf an Integrationskursen, weniger Betreuungskosten und ein entlastetes Bildungssystem, falls auch die Familien nicht mehr nachkommen. Wichtig ist jedoch: Abschiebungen verursachen zunächst **Kosten für Durchführung** (Polizei, Rückflug, ggf. Anreize) – diese sind aber vergleichsweise gering pro Fall. Zudem kann eine strikte Abschiebepaxis eine **präventive Wirkung** haben: Die Aussicht, im Falle einer Ablehnung sicher rückgeführt zu werden, **senkt die Attraktivität** Deutschlands für Wirtschaftsflüchtlinge. Dadurch könnten mittelfristig **weniger Asylanträge** gestellt werden, was weitere Einsparungen bedeutet (weniger Neuankömmlinge zu versorgen). Allerdings bleibt ein Kern an Personen, die man wegen rechtlicher oder moralischer Vorgaben nicht abschieben **darf** (z.B. Menschen aus Kriegsgebieten). Diese müssten weiterhin versorgt werden – an deren Kosten ließe sich selbst durch Gesetzesverschärfungen nichts sparen, ohne Grundprinzipien wie das Folterverbot zu verletzen. Zusammengefasst: **Mehr Abschiebungen = weniger Leistungsbezieher = spürbare Entlastung** der Sozialausgaben (im hohen **dreistelligen Millionenbereich** bis zu niedrigen **Milliardenbereich** pro Jahr, je nach Umfang der Rückführungen).

3. Einschränkung des Familiennachzugs unter dem Aspekt der finanziellen Selbstversorgung

3.1. Maßnahme:

Der **Familiennachzug von Migranten** – insbesondere von Flüchtlingen und subsidiär Schutzberechtigten – soll beschränkt werden. Vorrangiges Kriterium soll die **finanzielle Selbstversorgung** sein: Nur wer seinen nachziehenden Familienangehörigen Wohnung und Lebensunterhalt **aus eigenen Mitteln** finanzieren kann, soll den Nachzug gestattet bekommen. Damit würden die derzeitigen Privilegien für anerkannte Flüchtlinge entfallen. Angedacht ist außerdem, den **Kreis der nachzugsberechtigten Familienmitglieder** klein zu halten (Kernfamilie) und ggf. **Wartezeiten oder Kontingente** einzuführen.

3.2. Status quo und Probleme:

Nach geltendem Recht haben anerkannte Flüchtlinge (und Asylberechtigte) einen **Rechtsanspruch** darauf, ihre **Ehepartner und minderjährigen Kinder** nach Deutschland zu holen (innerhalb von 3 Monaten nach Anerkennung sogar ohne Visumsquote) ([Familiennachzug: 150.000 bis 180.000 Ehepartner und Kinder von Geflüchteten mit Schutzstatus leben im Ausland - IAB-Forum](#)). Anders als bei normalen Arbeitsmigranten müssen sie **keine ausreichenden Wohnräume oder kein Einkommen** nachweisen – diese **materiellen Voraussetzungen sind beim Flüchtlingsnachzug derzeit ausgesetzt**. Nur bei subsidiär Schutzberechtigten (Flüchtlinge, die nur subsidiären Schutz genießen, z.B. vor Bürgerkrieg) hat Deutschland ab 2018 eine Begrenzung eingeführt: max. **1.000 Familienvisa pro Monat**. Im Jahr 2023 wurden über diese Regel **12.067 Visa** an Angehörige subsidiär Geschützter erteilt ([Mehr Visa für Familiennachzug in Deutschland erteilt | tagesschau.de](#)). Darüber hinaus gab es **10.570 Visa** für Angehörige von voll anerkannten Flüchtlingen. Zusammengekommen kamen also rund **22.000 Familienangehörige von Schutzberechtigten** im Jahr 2023 nach Deutschland ([Mehr Visa für Familiennachzug in Deutschland erteilt | tagesschau.de](#)). Die meisten betrafen syrische und afghanische Familien. Diese nachziehenden Ehepartner und Kinder sind häufig ebenfalls auf Sozialleistungen angewiesen, da die wenigsten Flüchtlinge kurz nach ihrer Anerkennung genug verdienen, um eine ganze Familie zu ernähren. Der Familiennachzug **vergrößert somit die Zahl der Bedürftigen**: Aus einem Einzelperson-Haushalt wird z.B. eine vierköpfige Bedarfsgemeinschaft, deren Miete und Lebensunterhalt dann vom Staat mitgetragen werden, falls der Hauptverdiener (oft noch in Integrationskursen oder arbeitssuchend) es nicht alleine stemmen kann. **Beispiel**: Ein alleinstehender anerkannter Flüchtling erhält Bürgergeld für sich (~502 € Regelsatz + Mietkosten). Holt er Frau und zwei Kinder nach, und hat kein ausreichendes Einkommen, erhalten alle vier zusammen Sozialleistungen (Regelsätze für Partner ~451 €, Kinder je nach Alter ~285–420 €, plus höhere Wohnungskosten). Die **monatlichen Sozialausgaben** vervielfachen sich in solchen Fällen. **Finanziell selbstversorgen** können sich viele Flüchtlinge aber erst nach einigen Jahren in Deutschland, wenn überhaupt (vgl. Maßnahme 5 zur Arbeitsmarktintegration). Das derzeit großzügige Familiennachzugsrecht führt somit zu **zusätzlichen Soziallasten** in Städten und Gemeinden, die Wohnung, KiTa, Schule etc. bereitstellen müssen.

3.3. Rechtliche Hürden:

Der **Familiennachzug** ist zum Teil durch **EU-Recht** harmonisiert (Familiennachzugsrichtlinie 2003/86/EG). Allerdings gilt diese Richtlinie **nicht uneingeschränkt für Flüchtlinge** – sie enthält Sonderregeln, wonach anerkannte Flüchtlinge **erleichterten Nachzug** ihrer Kernfamilie erhalten sollen (insb. Befreiung von Einkommens- und Wohnraum-Nachweisen in den ersten drei Monaten nach Anerkennung). Deutschland hat diese Erleichterungen voll umgesetzt. Eine

Verschärfung (etwa **nachträglich doch Einkommensnachweise zu fordern** oder die Frist stark zu verkürzen) könnte **EU-rechtswidrig** sein, solange die Richtlinie nicht geändert wird. Zudem schützt Art. 6 GG (Schutz von Ehe und Familie) und Art. 8 EMRK (Recht auf Familienleben) die **Familieneinheit**. Zwar besteht kein uneingeschränktes Recht, Familiennachzug in jedem Fall im Bundesgebiet zu leben, doch zu restriktive Regeln könnten von Gerichten als unverhältnismäßig angesehen werden. **Praktisch** hat der Gesetzgeber aber Spielraum: So war der Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten von 2016 bis 2018 **komplett ausgesetzt**, ohne dass Gerichte einschritten – eine politische Entscheidung. Eine **weitergehende Begrenzung** (z.B. Kontingent Null für gewisse Zeit) wäre rechtlich heikel, könnte aber als migrationspolitische Maßnahme gerechtfertigt werden, solange Härtefälle berücksichtigt werden. **International** gibt es keine Verpflichtung, Flüchtlingen unbegrenzt Familiennachzug zu gewähren – viele Länder koppeln dies an Integrationskriterien. Wichtig ist allerdings der **Aspekt des Kindeswohls**: Minderjährige Flüchtlinge dürfen ihre Eltern nachholen (auch per EU-Recht), und ein pauschales Verbot des Ehegattennachzugs könnte als unvereinbar mit dem Schutz der Familie gelten. **Zusammengefasst**: Eine völlige Streichung des Familiennachzugsrechts für Flüchtlinge wäre voraussichtlich **rechtswidrig** bzw. würde höchste Gerichte beschäftigen. Eine **Restriktion auf finanziell unabhängige Fälle** ließe sich aber über eine **Änderung des Aufenthaltsgesetzes** umsetzen, wobei man die EU-Richtlinie anpassen oder die Ausnahme für Flüchtlinge streichen müsste.

3.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:

Das **Aufenthaltsgesetz (§§ 27 ff. AufenthG)** regelt den Familiennachzug. Um die **finanzielle Selbstversorgung** als Bedingung einzuführen, müsste § 29 AufenthG (allgemeine Erteilungsvoraussetzungen) auch auf Flüchtlinge angewendet werden – also die Pflicht, Unterhalt eigenständig zu sichern und ausreichenden Wohnraum nachzuweisen. Bisher ist § 29 Abs. 2 AufenthG für Flüchtlinge ausgenommen. Diese Ausnahme könnte gestrichen oder eingeschränkt werden. Beispielsweise könnte man gesetzlich festlegen, dass Flüchtlinge den Nachzug von Ehepartnern erst **nach einer Wartezeit** (z.B. 2–3 Jahren) oder nur bei **Nachweis eines gesicherten Einkommens** beantragen dürfen. Alternativ ließe sich ein **jährliches Kontingent** für Flüchtlingsnachzug festschreiben (wie es für subsidiäre Schutzberechtigte schon existiert). Auch denkbar: **Staffelung nach Schutzstatus** – wer nur subsidiären Schutz hat, bleibt weiter stark begrenzt (Status quo: 1.000/Monat), wer Flüchtlingsstatus hat, muss zumindest bestimmte Integrationskriterien erfüllen. Diese Änderungen erfordern freilich politische Mehrheiten und ggf. eine Neuverhandlung im Rahmen der EU, da man von bisherigen gemeinsamen Standards abweicht.

3.5. Finanzielle Auswirkungen:

Weniger Familiennachzug bedeutet langfristig weniger Sozialausgaben, weil **weniger Personen** ins Land kommen, die zunächst versorgt werden müssten. Die **Einsparungen** ergeben sich daraus, dass **viele Nachzügler selbst nicht erwerbstätig** sind oder in den ersten Jahren Unterstützung brauchen (z.B. Sprachkurse, Kinderbetreuung, Gesundheitsversorgung). Wenn z.B. ein Flüchtling keine Familie nachholen kann, bleibt er eventuell allein in einer Gemeinschaftsunterkunft statt eine größere Wohnung für die Familie zu beanspruchen – das **spart Unterkunfts-kosten**. Außerdem entfallen Regelsätze und Krankenversicherung für die nicht nachgereisten Angehörigen. **Größenordnung**: 2023 kamen etwa **22.000 Angehörige von Schutzberechtigten** per Visum ([Mehr Visa für Familiennachzug in Deutschland erteilt | tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)). Würde man diesen Nachzug z.B. halbieren, kämen 11.000 Personen weniger. Nehmen wir an, pro nachziehendem Familienmitglied entstehen durchschnittlich **7.000 € Sozialkosten pro Jahr** (einige sind Kinder mit geringerem „Kostensatz“, andere erwachsene Partner). Dann entspräche **11.000 weniger Personen** einer Entlastung von rund **77 Mio. € pro Jahr**. Bei **kompletter Streichung** des Familiennachzugs für Flüchtlinge (außer Härtefällen) könnte man diese **22.000 Personen/Jahr** zunächst einsparen – das wären **~150 Mio. € jährlich** weniger Ausgaben (im ersten Jahr). Allerdings ist Familiennachzug ein **stetiger Fluss**: Die eigentliche **Einsparwirkung kumuliert** über mehrere Jahre. Nach einigen Jahren hätten sich ohne Nachzug **Hunderttausende weniger** Migranten in Deutschland angesammelt als im Status quo – entsprechend würden Sozialausgaben in Milliardenhöhe gar nicht erst anfallen. (Beispiel: Über 5 Jahre potentiell 100.000 Familienmitglieder weniger => bei 7.000 €/Person ca. **0,7 Mrd. € pro Jahr** ab dem fünften Jahr). Diese Zahlen sind jedoch vorsichtig zu interpretieren, da viele Faktoren hineinspielen (Geburten, illegale Zuwanderung der Familien etc.). **Kurzfristig** ist die finanzielle Wirkung begrenzt, eher im zweistelligen Millionenbereich pro Jahr, weil die meisten Sozialausgaben für bereits anwesende Personen fließen. **Langfristig** aber verhindert eine restriktive Nachzugspolitik eine weitere **Dynamik des Ausgabenanstiegs**. Darüber hinaus könnten strengere Regeln den **Anreiz für alleinstehende Flüchtlinge mindern, nach Deutschland zu kommen**, wenn sie wissen, dass sie auf absehbare Zeit ihre Familie nicht nachholen können. Dieses Abschreckungsmoment ist schwer zu beziffern, hätte aber indirekt weitere Einsparungen zur Folge (weniger Asylanträge, siehe Maßnahme 2).

Insgesamt dürfte die **Bilanz** aus rein fiskalischer Sicht positiv für den Staat sein, wenn weniger Personen ins **leistungsempfangende System** nachrücken. Die maximalen Einsparungen (im sehr hohen **zweistelligen Millionen- bis niedrigen dreistelligen Millionenbereich pro Jahr**) setzen jedoch voraus, dass deutlich weniger Nachzugsvisa erteilt werden.

4. Arbeitsmarktintegration und Erwartung der Arbeitsaufnahme für arbeitsfähige Migranten

4.1. Maßnahme:

Alle arbeitsfähigen Migranten, die Sozialleistungen beziehen, sollen zu **Arbeit oder gemeinnütziger Arbeit** verpflichtet werden. Das Ziel ist zweifach: Zum einen sollen Migranten schneller in den ersten Arbeitsmarkt finden und ihren Lebensunterhalt selbst verdienen (*Integration durch Arbeit*). Zum anderen sollen diejenigen, die Leistungen beziehen, im Gegenzug **einen Beitrag** leisten, etwa in Form von gemeinnütziger Tätigkeit (ähnlich Ein-Euro-Jobs oder Sozialstunden), um die Kosten für die Allgemeinheit abzumildern. Konkret könnte dies bedeuten: **Verpflichtende Teilnahme an Arbeitsgelegenheiten** für Asylbewerber in Aufnahmeeinrichtungen (z.B. Reinigung, Instandhaltung), eine **Arbeitspflicht für Geduldete** (wer arbeiten darf, muss zumutbare Arbeiten annehmen, sonst Sanktionen), und intensivere Vermittlung anerkannter Flüchtlinge in Jobs, verbunden mit **Leistungskürzungen bei Ablehnung von Jobangeboten**. Denkbar ist auch ein Modell, bei dem Leistungsbezieher X Stunden pro Woche gemeinnützig arbeiten **müssen**, um volle Leistungen zu erhalten.

4.2. Status quo und Probleme:

Asylbewerber dürfen in den ersten 3 Monaten nicht arbeiten, danach mit Genehmigung schon – praktisch sind aber Sprachbarrieren und bürokratische Hürden hoch. Geduldete und Asylbewerber haben oft nur eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt. Anerkannte Flüchtlinge haben freien Arbeitsmarktzugang, dennoch ist ihre **Erwerbsquote** zunächst niedrig. Viele Geflüchtete der letzten Jahre leben von Sozialleistungen: So hatten Anfang 2023 etwa **55,1 % der in Deutschland lebenden Syrer und 47,1 % der Afghanen** Bürgergeld, gegenüber 5,3 % der Deutschen ([Irreführender Grafik fehlt Kontext zu Bürgergeld-Quoten von Geflüchteten](#)). Insgesamt waren rund **2,6 Mio. Ausländer** im Bürgergeldbezug (neben 2,9 Mio. Deutschen) – darunter ein großer Teil Flüchtlinge. Die **Integration in Arbeit** verläuft oft langsam; fünf Jahre nach Zuzug haben laut Studien etwa 50–60% der Geflüchteten einen Job. Das bedeutet aber auch: ein erheblicher Teil bleibt länger auf Transfers angewiesen. Aktuell gibt es zwar **Förderprogramme** (Sprach- und Integrationskurse, Beratung durch Jobcenter), aber **keine generelle Pflicht**, eine Arbeit anzunehmen, die über die allgemeinen Bürgergeld-Regelungen hinausgeht. Das Bürgergeld-System hat zwar Mitwirkungspflichten, doch Sanktionen waren zwischenzeitlich ausgesetzt und sind politisch umstritten. Die Idee der *Arbeitspflicht* zielt darauf ab, **Leistungsbereitschaft** einzufordern und **aktive Beschäftigung** zu erzwingen, um „Arbeitsunwilligkeit“ zu vermeiden. Kritiker sehen darin die Gefahr von **Zwangsarbeit**-ähnlichen Zuständen, Befürworter verweisen auf das Prinzip Fördern und Fordern.

4.3. Rechtliche Hürden:

Das **Grundgesetz (Art. 12)** schützt die **Freiheit der Berufswahl** und verbietet **Zwangsarbeit**, außer als gerichtlich angeordnete Strafe. Allerdings ist eine **Arbeitsverpflichtung im Rahmen des Sozialleistungsbezugs** nicht per se verfassungswidrig, solange sie als Gegenleistung für staatliche Unterstützung verstanden wird. Bereits jetzt können Bürgergeld-Bezieher zu „**gemeinwohlorientierten Arbeitsgelegenheiten**“ (früher Ein-Euro-Jobs) herangezogen werden, und bei Ablehnung **Leistungskürzungen** erhalten. Diese Sanktionen sind rechtlich zulässig, solange ein Existenzminimum verbleibt. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte lässt ebenfalls *Workfare*-Modelle zu, solange niemand in Sklaverei gedrängt wird. **EU-Recht:** Die Aufnahmerichtlinie erlaubt Mitgliedstaaten, Asylbewerbern den Arbeitsmarktzugang zu geben, und einige Länder koppeln Leistungen an Arbeitsleistungen (z.B. in den Niederlanden müssen Asylbewerber in Unterkünften mithelfen). Wichtig ist, dass **Jugendliche** Zugang zu Bildung behalten und nicht ausgenutzt werden. Eine Pflicht zur **gemeinnützigen Arbeit** müsste also angemessen und zumutbar sein. **Tarifrechtlich** dürfte es kein Dumping auf dem ersten Arbeitsmarkt sein – daher würde es sich meist um zusätzliche, gemeinnützige Tätigkeiten handeln, um reguläre Jobs nicht zu verdrängen. Insgesamt sind die rechtlichen Hürden hier **geringer** als bei anderen Maßnahmen, da man eher **Anreize und Sanktionen** im Sozialsystem justiert. Allerdings müsste man **gleichheitsrechtlich** aufpassen: Eine Arbeitspflicht darf nicht *nur* für Migranten gelten, sie müsste im Prinzip für alle Langzeitarbeitslosen ähnlich gelten, sonst liegt eine Ungleichbehandlung aus Herkunft vor. Politisch diskutiert wird aber durchaus eine **speziell für Asylbewerber** konzipierte Arbeitspflicht in Unterkünften (Reinigung, Küchenhilfe etc.), was als Teil der Unterbringungsbedingungen legitimiert werden könnte.

4.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:

Im AsylbLG könnte man einen Passus aufnehmen, der leistungsfähige Asylbewerber verpflichtet, bestimmte **Arbeitsdienste** in der Unterkunft oder Gemeinde zu leisten, widrigenfalls Leistungen gekürzt werden (§ 1a AsylbLG ließe sich entsprechend verschärfen). **Im SGB II** (Bürgergeldgesetz) und SGB XII (Sozialhilfe) könnte man die Sanktionsmechanismen verschärfen oder spezifische Programme für Migranten vorsehen. Eine **allgemeine Arbeitspflicht** für alle Arbeitsfähigen (Deutsche wie Ausländer) wäre die radikalere Variante – realistischer ist, **gemeinnützige Arbeit zur Bedingung** für den vollen Leistungsbezug zu machen. Darüber hinaus bräuchte es **Investitionen in Qualifizierung:** Sprachkurse parallel zur Arbeit etc., damit die Pflichtarbeit nicht in einer Sackgasse endet. Das Aufenthaltsrecht könnte ergänzt werden um Regelungen wie „Wer eine Duldung hat, muss an Arbeitsintegrationsmaßnahmen teilnehmen, sonst erlischt die Duldung.“

4.5. Finanzielle Auswirkungen:

Diese Maßnahme zielt eher auf **mittel- bis langfristige Einsparungen** durch höhere Beschäftigungsquoten. **Kurzfristig** entstehen sogar Kosten, z.B. für die Organisation von Arbeitseinsätzen, zusätzliche Jobcenter-Mitarbeiter, Kontrollen etc. **Spürbare Einsparungen** ergeben sich, wenn es gelingt, **viele Migranten aus der Transferabhängigkeit in eigene Beschäftigung** zu überführen. Dadurch würden **Sozialleistungen eingespart** und zugleich **Steuer- und Beitragszahlungen** generiert. Beispiel: Von den rund 600.000 Syrern in Deutschland (Zahl geschätzt), waren 2023 etwa 55% auf Bürgergeld angewiesen ([Irreführender Grafik fehlt Kontext zu Bürgergeld-Quoten von Geflüchteten](#)), also ~330.000 Personen. Sollte eine konsequente Arbeitspflicht plus Förderung diesen Anteil in ein paar Jahren auf z.B. 30% senken (durch Jobs oder Wegzug der Unwilligen), wären ~150.000 Menschen weniger auf Bürgergeld angewiesen. Bei geschätzten **10.000 €** Kosten pro Person und Jahr entspräche das **1,5 Mrd. € Einsparung pro Jahr**. Ähnliche Rechnungen gelten für andere Gruppen. Realistischerweise könnten durch verstärkte Arbeitsintegration mehrere **hundert Millionen Euro jährlich** im Sozialetat eingespart werden, wenn die Beschäftigungsquoten von Geflüchteten deutlich steigen. Hinzu kämen **gesellschaftliche Gewinne**: mehr Produktion, weniger Parallelgesellschaft.

Eine **direkte Kostensenkung** ergibt sich auch, wenn **gemeinnützige Arbeit** geleistet wird, die sonst von der öffentlichen Hand hätte bezahlt werden müssen. Beispiel: Wenn Asylbewerber eine Unterkunft selbst instand halten statt eine externe Firma zu bezahlen, spart die Kommune Geld. Oder wenn Flüchtlinge im Rahmen von Arbeitsgelegenheiten Parks säubern, kann die Stadt Reinigungskosten einsparen. Solche Effekte sind allerdings schwer zu quantifizieren und eher begrenzt, da die meisten gemeinnützigen Tätigkeiten zusätzlichen Charakter haben (man wird reguläre Jobs nicht komplett ersetzen können). Dennoch: selbst wenn pro Leistungsempfänger nur ein paar hundert Euro Wertschöpfung im Jahr erbracht werden, multipliziert mit Zehntausenden Personen ergibt das einige Millionen.

Wichtig ist, dass eine Arbeitspflicht **kein Allheilmittel** ist: Einige Migranten sind trotz Pflicht nicht vermittelbar (fehlende Qualifikation, Traumata, Krankheiten). Für sie müsste der Staat weiterhin aufkommen. Andere könnten sich der Pflicht entziehen (z.B. durch Untertauchen, was neue Probleme schafft). Trotzdem zeigt die Erfahrung, dass viele Geflüchtete **arbeiten wollen**, wenn Hürden fallen – 2024 waren schon über **703.000 Menschen aus den acht wichtigsten Asylherkunftsländern beschäftigt** (Stand Juli 2024) ([Arbeit und Bildung | Flucht & Asyl | Zahlen und Fakten | MEDIENDIENST INTEGRATION](#)). Je mehr in Arbeit stehen, desto weniger belasten sie das Sozialsystem.

Finanziell könnte man grob schätzen: Würde man die Erwerbsquote der erwerbsfähigen Geflüchteten um 10 Prozentpunkte erhöhen (z.B. von 50% auf 60%), könnte das

Einsparungen beim Bürgergeld im hohen dreistelligen Millionenbereich bedeuten, plus **Mehreinnahmen** bei Steuern/Abgaben. In einem **Maximalszenario**, wo nahezu alle arbeitsfähigen Migranten sich selbst versorgen, könnten etliche **Milliarden Euro** an Sozialleistungen entfallen. Dieses Maximum ist allerdings utopisch – selbst bei Deutschen gibt es immer einen Sockel an Arbeitslosen. Aber jede Verbesserung der Integration durch diese Pflicht verringert die **Langzeitkosten**.

Zusätzlich gilt: Sollten **Leistungskürzungen** als Sanktion eingesetzt werden, spart der Staat direkt Geld ein (weil er weniger auszahlt). Diese Sanktionen dürften aber nur moderat sein (das Existenzminimum muss gewahrt bleiben). Denkbar wäre z.B. 30% Kürzung bei wiederholter Arbeitsverweigerung – was bei einigen Tausend Betroffenen wiederum ein paar Millionen Euro Einsparung ergibt. Insgesamt sind die **finanziellen Effekte** von Maßnahme 5 zwar schwieriger zu beziffern, könnten aber langfristig **sehr hoch** sein, da erfolgreiche Arbeitsmarktintegration die **teuerste Lösung – lebenslange Alimentierung – ablöst**.

5. Begrenzung der Unterbringungskosten durch günstigere Wohnformen (Empfangsunterkünfte, Asylverfahren in sicheren Drittstaaten)

5.1. Maßnahme:

Die Kosten für die Unterbringung von Migranten sollen drastisch reduziert werden, indem **günstigere Unterbringungsformen** genutzt werden. Dazu gehören **Massen- oder Gemeinschaftsunterkünfte** im Inland sowie die **Auslagerung der Unterbringung ins Ausland (Drittstaaten)**. Konkret: Anstelle individueller Wohnungen oder teurer dezentraler Unterkünfte würden mehr Asylsuchende in **Sammelunterkünften** wohnen (etwa Wohnheime, Containerdörfer, Kasernen). Zudem wird diskutiert, Asylverfahren bzw. die Unterbringung von Asylbewerbern in **sichere Drittstaaten** zu verlegen – nach dem Modell, das z.B. Dänemark und das Vereinigte Königreich anstreben (Abkommen mit Rwanda etc.). Migranten würden dann gar nicht erst in Deutschland untergebracht, sondern etwa in einem Partnerland, wo die Lebenshaltungskosten und damit die Unterbringung deutlich billiger sind.

5.2. Status quo und Probleme:

Die Unterbringungskosten sind einer der größten Ausgabenposten in der Flüchtlingsversorgung. 2023 entfielen von den Asylbewerberleistungen **rund 3,87 Mrd. €** auf **Grundleistungen** wie Unterkunft, Heizung, Nahrung und Kleidung – vieles davon wurde als **Sachleistung** (Unterkunft, Catering) erbracht ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Pro Asylersantragsteller zahlt der Bund den Ländern seit 2023 eine Pauschale von **7.500 € pro Jahr** zur Abdeckung dieser Kosten ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)).

Oft müssen Kommunen für Unterkünfte hohe Mieten oder Betriebskosten tragen, vor allem wenn Wohnungen auf dem freien Markt angemietet werden. **Beispiel:** Eine Flüchtlingsfamilie in einer Stadtwohnung kann den Staat mehrere Tausend Euro Miete jährlich kosten (finanziert über die Kommune). Demgegenüber sind z.B. **Sammelunterkünfte auf dem Land** oder Containerdörfer pro Kopf häufig günstiger (mehrere Personen teilen sich Infrastruktur, geringere Quadratmeter pro Person, günstigere Lage). Allerdings erfordern Gemeinschaftsunterkünfte auch Sicherheitspersonal, soziale Betreuung etc. – es ist also eine Kalkulationsfrage. Momentan sind viele Kommunen mangels Kapazitäten gezwungen, **teure Lösungen** zu nutzen (z.B. Hotels oder Notunterkünfte in Turnhallen), was die Kosten nach oben treibt.

Die Idee der „**Verlagerung in Drittstaaten**“ geht noch weiter: Flüchtlinge würden z.B. gleich an der EU-Außengrenze oder in einem Drittland registriert und untergebracht, **anstatt in Deutschland**. Dänemark etwa hat ein Gesetz, das Asylbewerber nach Rwanda schicken soll – allerdings ist das bislang nicht umgesetzt, u.a. wegen menschenrechtlicher Bedenken. Die Bundesregierung hat vereinbart, zu **prüfen, ob Asylverfahren außerhalb Europas möglich sind**, unter Beachtung von GFK und EMRK ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Sollte ein solches Modell kommen, könnten Asylsuchende z.B. in Nordafrika oder einem anderen Staat untergebracht werden, bis ihr Verfahren abgeschlossen ist. Die Kosten dort wären wegen niedrigerer Löhne und Preise vermutlich deutlich niedriger als hier.

5.3. Rechtliche Hürden:

Massenunterkünfte im Inland: Hier sind die Hürden vergleichsweise gering. Es gibt Mindeststandards (z.B. Hygieneregeln, Schutz von Familien, keine unmenschliche Enge – EMRK Art. 3 verbietet erniedrigende Unterbringung). Aber grundsätzlich darf der Staat Asylbewerber in Sammelunterkünften unterbringen, das ist gängige Praxis. Art. 1 GG verlangt jedoch, die Würde zu achten – also menschenwürdige Bedingungen. Fälle extremer Überbelegung oder dauerhaftes Leben in Zeltlagern könnten rechtlich problematisch werden, aber kostengünstige **Containerdörfer oder Wohnheime** sind zulässig, solange Grundbedürfnisse gedeckt sind. **Drittstaaten-Lösung:** Hier ist die **rechtliche Lage komplex**. Das **Asylrecht (Art. 16a GG)** garantiert zwar politisch Verfolgten Asyl, jedoch nicht zwingend ein Verfahren auf deutschem Boden – wenn ein sicherer Drittstaat zuständig ist, darf Deutschland die Person dorthin verweisen. Nach EU-Recht (Dublin-System) werden Asylsuchende ins eigentlich zuständige EU-Land überstellt. Aber eine **Auslagerung in ein Nicht-EU-Land** erfordert, dass dieser Drittstaat als „**sicher**“ anerkannt ist und das Asylverfahren dort fair durchgeführt wird. Die Genfer Konvention und EMRK müssten auch dort gewahrt sein ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Bisher gibt es keine Übereinkünfte, die es Deutschland erlauben würden, einen Asylbewerber einfach nach z.B. Rwanda oder Tunesien zu schicken, damit er dort auf Entscheidung wartet. Ein solches Vorgehen würde **neue Gesetze oder bilaterale Verträge** erfordern. Zudem könnte das **EU-**

Asylrecht entgegenstehen, das jedem Antragsteller ein Verfahren in der EU garantiert, sofern er EU-Territorium erreicht hat (außer er wird an der Grenze abgewiesen, was aber wieder Zurückweisungsverbot tangiert). Denkbar wäre, Asylbewerber gar nicht erst nach Deutschland einreisen zu lassen, sondern an einem „**Ausreisezentrum**“ außerhalb Europas ihre Anträge stellen zu lassen. Aber aktuell fehlt dafür die Rechtsgrundlage. Ein weiterer Aspekt: **Verfassungsrechtlich** müsste geklärt sein, dass eine Überstellung an einen Drittstaat zulässig ist, obwohl keine persönliche Verbindung zu diesem Staat besteht – das könnte gegen **Grundrechte** der Betroffenen verstoßen, falls der Drittstaat nicht die Standards einhält. **Zusammengefasst:** Masseneinrichtungen national sind legal machbar (und teils schon Realität). Das Auslagern ins Ausland würde einen **Tabubruch** bedeuten und vermutlich nur gehen, wenn Deutschland sich mit EU-Partnern oder im Rahmen eines Pilotprojekts bewegt, damit Gerichte es akzeptieren. Ansonsten läuft man Gefahr, vor dem EGMR (Europ. Gerichtshof f. Menschenrechte) zu scheitern, wie es dem UK-Rwanda-Plan ergangen ist.

5.4. Erforderliche Gesetzesänderungen:

5.4.1. Im Inland:

Der Bund könnte per Gesetz vorschreiben, dass Asylbewerber **länger in Erstaufnahmeeinrichtungen** bleiben müssen (derzeit max. 18 bzw. 24 Monate). Würde man diese Frist auf z.B. **unbegrenzt bis Verfahrensende** verlängern, blieben mehr Leute in Sammelunterkünften statt auf Kommunen verteilt. Zudem könnte man Qualitätsstandards anpassen, etwa erlauben, dass bestimmte Unterkünfte mit einfacherer Ausstattung genutzt werden. Das Bau- und Polizeirecht müsste ggf. angepasst werden, um z.B. ehemalige Kasernen schneller nutzbar zu machen.

5.4.2. Im Ausland:

Man bräuchte **neue völkerrechtliche Vereinbarungen**. Etwa ein **Abkommen mit einem Drittstaat**: dieser würde Asylsuchende aus Deutschland aufnehmen, unterbringen und evtl. Verfahren durchführen; im Gegenzug bekäme er finanzielle Unterstützung und/oder legalen Migrationszugang für eigene Bürger. Das deutsche Asylgesetz müsste ergänzt werden, um eine Regelung durchzusetzen: „Asylverfahren können in Staat X durchgeführt werden; eine dort getroffene Schutzentscheidung gilt in Deutschland“. Auch müsste ggf. das **Grundgesetz** geändert werden, sollte Art. 16a dem Entgegenstehen – wobei Art. 16a bereits bestimmt, dass wer aus sicheren Drittstaaten einreist, keinen Asylanspruch hat. Hier würde man definieren, dass z.B. der Drittstaat selbst als *Aufnahmestaat* fungiert. Zudem müsste aus humanen Gründen die Bleibedauer des Asylwerbenden in Drittstaaten auf **höchstens 24 Monate** begrenzt sein. Bis dahin muss ein Urteil stehen, ob die Person Asyl gewährt bekommt, oder nicht.

5.5. Finanzielle Auswirkungen:

Massenunterkünfte im Inland versprechen **Skaleneffekte** und damit Einsparungen. Wenn z.B. anstelle 100 Familien in 100 Wohnungen unterzubringen, diese 100 Familien in einer Wohnanlage mit Gemeinschaftsräumen leben, können Kosten wie Heizung, Strom, Betreuung gebündelt günstiger sein. Zudem könnten staatseigene Liegenschaften genutzt werden, anstatt Marktpreise zu zahlen. Angenommen, die durchschnittlichen Unterkunfts-kosten pro Asylbewerber könnten so um **100 € im Monat gesenkt** werden (ein konservativer Wert, ~20% weniger als dezentral), bei 200.000 Personen in Unterkünften wären das **240 Mio. € pro Jahr** Ersparnis. Tatsächlich erwartet der Bund-Länder-Beschluss vom 2023 durch **Anrechnung von Sachleistungen (Unterkunft, Verpflegung)** ebenfalls Einsparungen für Länder und Kommunen ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)).

Beispielrechnung: Die Länder veranschlagten 2023 rund **7.500 € pro Asylbewerber** jährlich. Könnte man durch günstigere Unterbringung 20% sparen, blieben pro Kopf 6.000 € – also 1.500 € weniger. Bei z.B. 100.000 Asylbewerbern entspräche das **150 Mio. €**. Bei 300.000 Personen wären es **450 Mio. €** usw. Realistisch könnten die **Unterkunfts-ausgaben** (2023: 3,87 Mrd. € ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#))) durch umfassende Nutzung von Massenquartieren um vielleicht **0,5–1 Mrd. € pro Jahr** reduziert werden, je nachdem wie spartanisch die Unterbringung wird.

Die **Verlagerung in Drittstaaten** bietet potenziell **noch höhere Einsparungen**, geht aber mit Zahlungen an den Drittstaat einher. Zum einen würden deutlich **weniger Asylsuchende überhaupt in Deutschland selbst versorgt** – jeder, der im Ausland untergebracht wird, kostet innerhalb Deutschlands nahe **Null** an laufenden Kosten (abgesehen von Verwaltung). Zum anderen könnten die Kosten pro Person im Drittstaat geringer sein. Beispiel: Die EU hat der Türkei in 2016 **6 Mrd. €** zugesagt, um rund **3 Millionen** syrische Flüchtlinge vor Ort zu versorgen. Pro Person entspricht das nur **~2.000 €**. In Deutschland lägen die Kosten für 3 Millionen Menschen ein Vielfaches höher (3 Mio. * ~10.000 € ≈ 30 Mrd. € jährlich). Auch wenn nicht direkt übertragbar, zeigt es die Dimension: **Betreuung im Ausland kann deutlich billiger** sein. Sollte Deutschland z.B. 50.000 Asylbewerber pro Jahr in einen Drittstaat verlagern und dafür z.B. 3.000 € pro Person zahlen, wären das **150 Mio. €** Kosten – verglichen mit vielleicht 500 Mio. € Kosten, wenn sie hierblieben (50.000 * 10.000 €). **Ersparnis:** ~350 Mio. € für dieses Jahr. Hochgerechnet auf größere Zahlen, könnte man im Idealfall **Milliarden einsparen**, wenn die meisten Asylsuchenden extern betreut würden. Allerdings muss man abziehen: Einrichtung von Lagern, Finanzierung internationaler Organisationen, ggf. Rückführungen für anerkannte Fälle etc. Außerdem würde Deutschland sich vermutlich verpflichten, **anerkannte Flüchtlinge später zu übernehmen** – dann kämen manche doch ins Land, aber zumindest hat man bis dahin Zeit gewonnen. Auch ein **Abschreckungseffekt** ist hier groß: Wenn Asylsuchende wissen, dass sie gar nicht nach

Deutschland gelangen, sondern z.B. in einem afrikanischen Staat bleiben müssen, **nehmen viele den Weg gar nicht erst auf sich**, was zukünftige Kosten spart.

Insgesamt lässt sich sagen: Durch radikale Sparmaßnahmen bei der Unterbringung lassen sich **einige Milliarden Euro** einsparen, vor allem in einem Szenario, wo Deutschland **weniger Menschen selbst beherbergt**. Der Bund rechnet bereits für 2024 durch das neue Finanzierungssystem und die Kürzungen mit einer **Entlastung der Länder und Kommunen um 3,5 Mrd. €** ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)) – darin stecken sowohl mehr Bundesmittel als auch Kostensenkungen. Bei maximaler Umsetzung (alle genannten Punkte 1–6 kombiniert) könnten die **jährlichen Gesamtausgaben** für Migranten deutlich sinken. Zum Vergleich: 2022 beliefen sich die flüchtlingsbezogenen Ausgaben des Bundes auf **28,4 Mrd. €** (inklusive 8,0 Mrd. € Sozialtransfers nach Asyl, 4,6 Mrd. € Hilfen an Länder, 2,3 Mrd. € Integration) ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Auch die Länder gaben zusätzlich Milliarden aus (AsylbLG etc.). Mit den genannten Maßnahmen ließe sich ein **zweistelliger Prozentsatz** dieser Ausgaben einsparen. Szenarien: **Moderates Szenario** (im Rahmen von EU/Grundgesetz): z.B. 3–4 Mrd. € Einsparung jährlich (ähnlich der 3,5 Mrd. € Entlastung aus dem Asylkompromiss 2023). **Maximales Szenario** (mit weitgehenden Gesetzesänderungen, harter Kurs): möglicherweise **5 bis 10 Mrd. €** weniger Ausgaben pro Jahr gegenüber dem Status quo, wie oben näher erläutert. Diese Summe setzt allerdings voraus, dass viele der genannten Einsparpotenziale gleichzeitig realisiert werden.

6. Schlussbetrachtung:

Die maximal möglichen Einsparungen ergeben sich, wenn **alle Maßnahmen gebündelt umgesetzt** würden: also **Leistungsniveau absenken, Anzahl der Leistungsbezieher reduzieren** (durch Abschiebung und weniger Nachzug), **Leistungsdauer verkürzen** (schnelle Verfahren) und **Kosten pro Person drücken** (günstige Unterbringung, geringere Versorgung). Rein rechnerisch könnte der Staat damit einen erheblichen Teil der aktuellen Sozialausgaben für Migranten einsparen – grob geschätzt im hohen einstelligen **Milliardenbereich pro Jahr**. Die **finanzielle Gesamtentlastung** könnte im *Maximalfall* bei etwa **6–8 Mrd. € jährlich** liegen (zusammengesetzt z.B. aus ~2 Mrd. weniger Sozialzahlungen durch Kürzungen ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)), ~2 Mrd. Einsparung durch 200.000 weniger Personen nach Abschiebung/Nichtnachzug, ~1 Mrd. günstigere Unterkünfte, ~0,5 Mrd. weniger Gesundheits- und Verwaltungskosten, ~1–2 Mrd. durch zusätzliche Arbeitsaufnahme). Dies wäre gemessen an den Gesamtausgaben für Soziales immer noch relativ moderat (Deutschland gab 2022 insgesamt ~1.178 Mrd. € für soziale Leistungen aus ([Sozialbudget 2022 - BMAS](#))), aber bezogen auf flüchtlingsbezogene Ausgaben (Bund 21–28 Mrd. € p.a. zuletzt) eine spürbare Reduktion.

Quellen: Die finanziellen Kenngrößen und Fakten basieren auf Daten der **Bundeszentrale für politische Bildung (bpb)**, des **Statistischen Bundesamtes** und Medienberichte. So betragen die **Brutto-Asylbewerberleistungen 2023 ca. 6,3 Mrd. €** für 486.000 Leistungsberechtigte ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)) ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Der Bund wandte 2022 rund **28,4 Mrd. € für flüchtlingsbezogene Ausgaben** auf (geplant 21,3 Mrd. € in 2024) ([Asylbedingte Kosten und Ausgaben | Zahlen zu Asyl in Deutschland | bpb.de](#)). Die geplanten **Leistungskürzungen (Analogleistungen erst nach 36 Monaten)** sollen **~1 Mrd. €** Einsparung bringen ([Migrationspolitik: Was Bund und Länder beschlossen haben | tagesschau.de](#)). Von **300.000 Ausreisepflichtigen** wurden 2023 nur **13.000 abgeschoben** ([WWP - Wahlprogramm.pdf](#)). Deutschland gewährt abgelehnten Asylbewerbern nach einiger Zeit **Bürgergeld plus Krankenversicherung**, während etwa **Frankreich alle Leistungen streicht** ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)) ([Asyl-Leistungen in Deutschland: Wie attraktiv sind sie im Vergleich zu anderen EU-Ländern? | MDR.DE](#)). 2023 wurden **über 124.000 Familiennachzugs-Visa** erteilt (davon ~22.000 für Flüchtlingsfamilien) ([Mehr Visa für Familiennachzug in Deutschland erteilt | tagesschau.de](#)) ([Mehr Visa für Familiennachzug in Deutschland erteilt | tagesschau.de](#)). Das Bundesverfassungsgericht betonte 2012 die **universelle Geltung des Existenzminimums** und untersagte migrationspolitisch motivierte Absenkungen ([Asylbewerberleistungsgesetz – Wikipedia](#)). Diese und weitere Quellen sind im Text jeweils nachgewiesen.

Anpassung des Strafmaßes – Härtere Strafen für Vergewaltigungen

Sexualstraftaten gehören zu den schwersten Verbrechen und müssen mit der vollen Härte des Gesetzes geahndet werden. Derzeit sind die Strafen für Vergewaltigung oft zu mild und spiegeln nicht die Schwere des Vergehens wider. Wer eine Vergewaltigung begeht, zerstört das Leben des Opfers nachhaltig und muss mit einer angemessenen Bestrafung rechnen.

Das Strafmaß für Vergewaltigungen wird daher deutlich verschärft. Die Mindeststrafe muss von derzeit einem Jahr auf mindestens drei Jahre Freiheitsstrafe angehoben werden. Wiederholungstäter oder Täter, die besondere Gewalt anwenden, müssen mit einer Strafe von mindestens zehn Jahren rechnen. Bewährungsstrafen für Vergewaltigungen werden vollständig abgeschafft – wer eine solche Tat begeht, muss eine Haftstrafe antreten.

Zudem müssen Strafverfahren schneller abgeschlossen werden, um Opfern eine jahrelange Belastung durch Gerichtsprozesse zu ersparen.

Diese Reform setzt ein klares Signal: Kein Täter darf damit rechnen, mit einer milden Strafe davonzukommen. Der Schutz der Opfer hat oberste Priorität.

Schwarzarbeit muss ausgerottet werden – Aktive Kontrollen und härtere Strafen müssen konsequent durchgesetzt werden, auch für Arbeitnehmer

Schwarzarbeit stellt in Deutschland ein gravierendes Problem dar, das nicht nur die Wirtschaft schädigt, sondern auch soziale Ungerechtigkeiten fördert und den Staat jährlich Milliarden an Steuereinnahmen kostet. Um diesem Missstand effektiv zu begegnen, sind verstärkte Kontrollen und eine konsequente Verschärfung der Strafmaßnahmen für Arbeitnehmer unerlässlich.

1. Ausmaß der Schwarzarbeit in Deutschland

Aktuellen Studien zufolge nimmt die Schwarzarbeit in Deutschland besorgniserregende Ausmaße an. Für das Jahr 2024 wird das Volumen der Schattenwirtschaft auf rund 481 Milliarden Euro geschätzt, was etwa 11,3 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Besonders alarmierend ist, dass in den vergangenen zwölf Monaten mindestens 3,3 Millionen Menschen in Deutschland schwarz gearbeitet haben, was einem Anteil von 5,4% der 15- bis 74-Jährigen entspricht.

Ein signifikanter Anteil der Schwarzarbeit entfällt auf haushaltsnahe Dienstleistungen. In mehr als vier Millionen deutschen Haushalten sind Haushaltshilfen tätig, jedoch sind lediglich rund 250.000 von ihnen offiziell angemeldet. Dies bedeutet, dass über 90 % dieser Arbeitskräfte illegal beschäftigt werden, was zu einem geschätzten Schwarzmarktvolumen von 11,4 Milliarden Euro führt.

2. Wirtschaftliche und soziale Auswirkungen

Die Folgen der Schwarzarbeit sind weitreichend und betreffen verschiedene Bereiche:

Steuerausfälle: Durch nicht gemeldete Arbeitsverhältnisse entgehen dem Staat jährlich erhebliche Summen an Steuereinnahmen und Sozialabgaben. Schätzungen zufolge beläuft sich der finanzielle Ausfall durch entgangene Steuern und Sozialabgaben auf 46 bis 55 Milliarden Euro pro Jahr.

Wettbewerbsverzerrung: Unternehmen, die legale Beschäftigungsverhältnisse anbieten, geraten gegenüber solchen, die auf Schwarzarbeit setzen, ins Hintertreffen. Dies führt zu einem ungleichen Wettbewerbsumfeld und benachteiligt ehrliche Arbeitgeber.

Fehlende soziale Absicherung: Arbeitnehmer, die schwarz beschäftigt sind, haben keinen Anspruch auf soziale Sicherungssysteme wie Krankenversicherung, Rentenansprüche oder Arbeitsschutzmaßnahmen. Dies erhöht das Risiko von Ausbeutung und sozialer Ungerechtigkeit.

3. Notwendige Maßnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit

Um die Schwarzarbeit effektiv einzudämmen, sind folgende Schritte erforderlich:

- **Verstärkte Kontrollen:** Die Anzahl der Arbeitgeberüberprüfungen durch die Finanzkontrolle Schwarzarbeit (FKS) des Zolls muss signifikant erhöht werden. Im Jahr 2023 wurden rund 42.600 Arbeitgeber überprüft. Angesichts der hohen Dunkelziffer sind jedoch intensivere und häufigere Kontrollen notwendig.
- **Härtere Strafen für Arbeitnehmer:** Neben den Arbeitgebern müssen auch die Arbeitnehmer, die sich bewusst an Schwarzarbeit beteiligen, stärker in die Verantwortung genommen werden. Dies kann durch die Einführung empfindlicher Geldstrafen oder anderer rechtlicher Konsequenzen erfolgen.
- **Aufklärung und Prävention:** Es bedarf umfassender Informationskampagnen, die sowohl Arbeitgeber als auch Arbeitnehmer über die Risiken und Konsequenzen der Schwarzarbeit aufklären. Zudem sollten **Anreize für die Anmeldung legaler Beschäftigungsverhältnisse** geschaffen werden.
- **Bürokratieabbau:** Die **Vereinfachung von Anmeldeverfahren für legale Beschäftigung** kann dazu beitragen, die Hemmschwelle für Arbeitgeber zu senken und somit die Neigung zur Schwarzarbeit zu reduzieren.

Durch die konsequente Umsetzung dieser Maßnahmen kann die Schwarzarbeit in Deutschland effektiv bekämpft werden, was zu einer gerechteren Gesellschaft und einer stabileren Wirtschaft führt.

4. Anreize schaffen – Erleichterungen für legale Arbeit und Unternehmertum

Um Schwarzarbeit effektiv einzudämmen, müssen legale Alternativen attraktiver und einfacher zugänglich gemacht werden. Wer arbeiten will, soll dies schnell, unkompliziert und ohne übermäßige bürokratische Hürden tun können. Deshalb müssen gezielt Anreize geschaffen werden, um mehr Menschen in legale Beschäftigung oder unternehmerische Selbstständigkeit zu führen.

4.1. Schnellere Genehmigungen für Unternehmensanmeldungen für Privatpersonen

Der bürokratische Aufwand für die Gründung eines kleinen Unternehmens ist oft abschreckend. Die Anmeldung eines Gewerbes oder einer freiberuflichen Tätigkeit muss innerhalb von 48 Stunden möglich sein, um mehr Menschen den Einstieg in die Selbstständigkeit zu erleichtern.

4.2. Beratung und Unterstützung für Freiberufler und Selbstständige

Viele, die in Schwarzarbeit tätig sind, wissen nicht, wie sie sich legal registrieren lassen oder für welche Steuererleichterungen sie infrage kommen. Deshalb sollen kostenlose Beratungsstellen eingerichtet werden, die über legale Alternativen informieren und bei der Anmeldung unterstützen.

4.3. Einführung von temporären Einzelperson-Unternehmen

Um Gelegenheitsarbeit legal und einfach zu ermöglichen, soll ein neues Modell geschaffen werden: das "**Temporäre Einzelperson-Unternehmen**". Dies erlaubt es Privatpersonen, flexibel und ohne komplizierte Anmeldepflichten Teilzeitarbeit anzunehmen und legal abzurechnen. So wird Schwarzarbeit unattraktiver, da die legale Alternative genauso einfach und verfügbar ist.

Mit diesen Maßnahmen wird sichergestellt, dass legale Arbeit immer einfacher und attraktiver als Schwarzarbeit ist – für Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleichermaßen.

Verschlinkung des Staates – Weniger Behörden, mehr Effizienz

Die Umsetzung einer umfassenden Staatsverschlinkung erfordert initiale Investitionen, um langfristig Effizienzsteigerungen und Kosteneinsparungen zu realisieren. Obwohl

genaue Zahlen von spezifischen Reformplänen abhängen, lassen sich anhand vorhandener Daten grobe Schätzungen vornehmen.

1. Investitionsbedarf für die Staatsverschlinkung

Digitalisierung der Verwaltung: Die Einführung moderner IT-Infrastrukturen und digitaler Prozesse ist zentral für eine effiziente Verwaltung. Schätzungen zufolge könnten hierfür einmalige Investitionen von etwa **10 Milliarden Euro** erforderlich sein. Diese Mittel decken die Entwicklung und Implementierung von Softwarelösungen, Schulungen für Mitarbeiter und den Ausbau der digitalen Infrastruktur ab.

Personalentwicklung und Umschulung: Der Übergang zu einer schlankeren Verwaltung könnte den Abbau von Doppelstrukturen und die Umschulung von Mitarbeitern erfordern. Für Umschulungsprogramme und soziale Abfederungsmaßnahmen könnten weitere **5 Milliarden Euro** veranschlagt werden.

Reorganisation von Behörden: Die Zusammenlegung oder Auflösung ineffizienter Behörden kann zu kurzfristigen Kosten führen, beispielsweise für Umzüge, Neustrukturierungen und rechtliche Anpassungen. Hierfür könnten etwa **2 Milliarden Euro** benötigt werden.

2. Gesamtkosten und langfristige Einsparungen

Insgesamt belaufen sich die initialen Investitionen für die Verschlinkung des Staates auf rund **17 Milliarden Euro**. Diese Ausgaben stehen jedoch potenziellen jährlichen Einsparungen gegenüber. Laut einer Studie des ifo Instituts verursachen Bürokratiekosten in Deutschland jährlich 65 Milliarden Euro. Durch effektive Reformen könnte ein signifikanter Teil dieser Kosten eingespart werden. Selbst eine Reduzierung um 20 % würde jährliche Einsparungen von **13 Milliarden Euro** bedeuten, sodass sich die initialen Investitionen bereits nach wenigen Jahren amortisieren könnten.

3. Finanzierung und Gegenfinanzierung

Die Finanzierung der initialen Investitionen kann durch verschiedene Maßnahmen erfolgen:

- **Umschichtung bestehender Haushaltsmittel:** Durch Priorisierung und Neuzuweisung von Budgetposten können Mittel für die Reformen bereitgestellt werden.

- Einsatz von Fördermitteln: Nationale und europäische Förderprogramme für Digitalisierung und Verwaltungsmodernisierung können genutzt werden, um einen Teil der Kosten zu decken.
- Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPP): Die Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen kann sowohl finanzielle Mittel als auch Expertise einbringen, insbesondere im Bereich der IT-Implementierung.

Langfristig führen die erzielten Einsparungen zu einer Entlastung des Staatshaushalts, ermöglichen zusätzliche Investitionen in andere Bereiche und bieten Spielraum für mögliche Steuerentlastungen.

4. Fazit

Die Verschlankung des Staates erfordert zwar anfängliche Investitionen von geschätzt **17 Milliarden Euro**, jedoch stehen diesen Ausgaben erhebliche jährliche Einsparungen gegenüber. Durch eine effiziente Umsetzung können die initialen Kosten **innerhalb weniger Jahre kompensiert** werden, was zu einer nachhaltig effizienteren und kostengünstigeren Verwaltung führt.

Jedoch bedeutet das nicht, dass Beschäftigungsstellen abgebaut werden. Vielmehr erhält freiwerdendes Personal, welches zuvor monotone Aufgaben erledigen musste, die Möglichkeit in innovative Projekte eingebunden zu werden. Somit steigt die **Effizienz ohne Arbeiterstellen zu gefährden**.

Korruptionsbekämpfung in Politik & Verwaltung – Transparenzpflicht für Lobbyarbeit

Ein funktionierender Rechtsstaat lebt von Vertrauen und Transparenz. Bürger müssen sicher sein können, dass politische Entscheidungen im Interesse der Allgemeinheit getroffen werden und nicht durch einseitige Einflussnahme oder Korruption verzerrt werden. Doch in den letzten Jahren hat sich gezeigt, dass der Einfluss von Lobbygruppen, intransparente Entscheidungsprozesse und Fälle von Korruption das Vertrauen in die Politik erheblich geschwächt haben.

Lobbyismus ist ein fester Bestandteil der Demokratie, da er dazu beiträgt, dass Expertise und wirtschaftliche Perspektiven in politische Entscheidungsprozesse einfließen. Doch wenn politische Entscheidungen durch geheime Absprachen oder finanzielle Interessen beeinflusst werden, anstatt dem Gemeinwohl zu dienen, gerät die Legitimität des Staates in Gefahr.

Um Korruption konsequent zu bekämpfen und die Einflussnahme von Lobbyisten transparenter zu machen, muss die Politik klare Transparenzpflichten für Lobbyarbeit einführen. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass politische Entscheidungen nachvollziehbar, überprüfbar und frei von undemokratischem Einfluss getroffen werden.

1. Einführung eines verpflichtenden, lückenlosen Lobbyregisters

Bereits 2021 wurde in Deutschland ein Lobbyregister eingeführt, doch dieses weist weiterhin erhebliche Lücken auf. So sind Treffen zwischen Lobbyisten und Regierungsvertretern nicht vollständig dokumentiert, und informelle Einflussnahmen über Hinterzimmer-Gespräche oder private Kontakte bleiben weiterhin möglich.

Um echte Transparenz zu schaffen, muss das Lobbyregister ausgeweitet und verpflichtend für alle politischen Entscheidungsträger gelten.

- Alle Treffen zwischen Lobbyisten und Politikern müssen erfasst werden: Jede Kontaktaufnahme durch Lobbyisten auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene muss öffentlich dokumentiert werden.
- Offenlegung finanzieller Interessen: Unternehmen, Verbände und Organisationen, die Lobbyarbeit betreiben, müssen ihre Finanzierung offenlegen und angeben, wie viel Geld für politische Einflussnahme eingesetzt wird.
- Einschränkung von Lobbyarbeit durch ehemalige Politiker: Politiker dürfen nach ihrem Ausscheiden aus dem Amt nicht direkt in Lobbyorganisationen oder Unternehmen wechseln, die von ihrer politischen Tätigkeit profitiert haben. Eine Karenzzeit von mindestens drei Jahren ist notwendig, um Interessenkonflikte zu vermeiden.
- Nachgewiesene Bereicherung von aktiven Politikern oder deren direkten Verwandten durch politische Entschlüsse werden strafrechtlich geahndet.

Diese Maßnahmen sorgen dafür, dass die Bürger nachvollziehen können, welche Interessen hinter politischen Entscheidungen stehen und ob bestimmte Gruppen einen übermäßigen Einfluss auf die Gesetzgebung ausüben.

2. Strengere Regeln für Parteispenden und Unternehmensfinanzierung

Ein weiteres Problem ist die undurchsichtige Finanzierung von Parteien und politischen Kampagnen durch Großspenden aus der Wirtschaft. Derzeit gibt es Möglichkeiten, große Summen an Parteien oder Kandidaten zu spenden, ohne dass die Herkunft dieser

Gelder ausreichend überprüft wird. Dies öffnet der politischen Korruption und Abhängigkeiten Tür und Tor.

- Alle Parteispenden über 10.000 Euro müssen sofort veröffentlicht werden und nicht erst mit monatelanger Verzögerung, wie es aktuell der Fall ist.
- Spenden von Unternehmen und Lobbyverbänden an Parteien müssen begrenzt oder ganz verboten werden, um direkte Einflussnahme zu verhindern.
- Vollständige Transparenz bei Parteifinanzien: Parteien müssen ihre gesamte Finanzierung detailliert offenlegen, sodass Bürger nachvollziehen können, welche Interessen hinter politischen Entscheidungen stehen.

Diese Regelungen verhindern, dass wirtschaftliche Großspender politischen Einfluss auf Gesetze und Entscheidungen kaufen und sorgen dafür, dass politische Parteien unabhängig und demokratisch agieren können.

3. Verbot von intransparenten Nebentätigkeiten und Nebenverdiensten für Abgeordnete

Ein weiteres großes Problem ist, dass Abgeordnete und Minister Nebeneinkünfte aus der Wirtschaft erzielen können, ohne dass dies ausreichend offengelegt wird. Dies führt dazu, dass gesetzliche Regelungen zugunsten von Unternehmen und Lobbygruppen beeinflusst werden können, anstatt das Gemeinwohl in den Mittelpunkt zu stellen.

- Alle Nebeneinkünfte von Politikern müssen vollständig offengelegt werden, auch in kleineren Beträgen.
- Verbot von bezahlten Tätigkeiten für Lobbyorganisationen während eines politischen Mandats. Kein Abgeordneter darf während seiner Amtszeit für Unternehmen oder Verbände tätig sein, die politischen Einfluss nehmen wollen.
- Härtere Strafen für Korruption: Politiker, die Zahlungen oder Vorteile für politische Einflussnahme annehmen, müssen mit empfindlichen Geldstrafen und dem sofortigen Mandatsverlust rechnen.

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass politische Entscheidungen nicht durch private finanzielle Interessen beeinflusst werden und dass Politiker sich vollständig auf ihr Mandat konzentrieren.

4. Effektive Strafverfolgung und unabhängige Kontrollinstanzen

Korruption in der Politik kann nur dann nachhaltig bekämpft werden, wenn Verstöße auch konsequent geahndet werden. Derzeit gibt es in Deutschland keine effektive

unabhängige Kontrollbehörde, die Verstöße gegen Lobbyregeln oder Korruptionfälle untersucht und bestrafen kann.

Einrichtung einer unabhängigen Anti-Korruptionsbehörde, die alle Fälle von politischer Korruption und intransparenter Lobbyarbeit untersucht.

- Härtere Strafen für politische Korruption: Wer als Abgeordneter oder Regierungsvertreter Bestechungsgelder annimmt oder in verdeckte Lobbyarbeit verwickelt ist, muss mit einer Freiheitsstrafe rechnen.
- Whistleblower-Schutz stärken: Personen, die Korruptionfälle aufdecken, müssen gesetzlichen Schutz erhalten, um Repressionen zu vermeiden.

Nur mit einer konsequenten Ahndung von Verstößen kann sichergestellt werden, dass Politiker und Lobbyisten die Regeln einhalten und das Vertrauen in die Demokratie gestärkt wird.

5. Fazit: Transparenz als Grundlage für eine starke Demokratie

Politische Entscheidungen müssen nachvollziehbar, unabhängig und frei von finanzieller Einflussnahme getroffen werden. Eine erhöhte Transparenzpflicht für Lobbyarbeit sorgt dafür, dass Bürger erkennen können, welche Interessengruppen politische Prozesse beeinflussen. Gleichzeitig müssen Korruption und undurchsichtige Parteifinanzierung konsequent bekämpft werden, um den demokratischen Grundsätzen gerecht zu werden.

Kernpunkte der Reform:

- Verpflichtendes, lückenloses Lobbyregister für alle politischen Entscheidungsträger
- Einschränkung und Transparenz bei Parteispenden
- Verbot von Nebentätigkeiten und Nebenverdiensten für Abgeordnete in Lobbyorganisationen
- Härtere Strafen für Korruption und konsequente Strafverfolgung
- Einrichtung einer unabhängigen Anti-Korruptionsbehörde

Diese Maßnahmen stellen sicher, dass der Staat und die Politik wieder im Dienst der Bürger handeln – und nicht im Interesse von Einzelinteressen oder Großspendern. Nur mit einer klaren und überprüfbaren Transparenzpflicht kann das Vertrauen in die Demokratie nachhaltig gestärkt werden.

Technologischer Fortschritt statt Verbote – Innovation statt ideologischer Einschränkungen

Deutschland muss Vorreiter in Technologie und Innovation sein, anstatt sich durch übermäßige Regulierung und ideologische Einschränkungen selbst auszubremsen. Verbote verhindern Fortschritt, während gezielte Investitionen in neue Technologien Lösungen für wirtschaftliche, ökologische und gesellschaftliche Herausforderungen bieten.

Statt auf Verbote und Einschränkungen zu setzen, müssen Forschung und Entwicklung gezielt gefördert werden. In Bereichen wie künstlicher Intelligenz, erneuerbaren Energien, Wasserstofftechnologie, Digitalisierung und Industrie 4.0 muss Deutschland international wettbewerbsfähig bleiben. Eine innovationsfreundliche Politik bedeutet, Rahmenbedingungen zu schaffen, in denen Unternehmen und Wissenschaftler frei forschen und neue Technologien zur Marktreife bringen können.

Staatliche Investitionen in Technologieförderung, Forschungseinrichtungen und Start-ups müssen erhöht werden, während bürokratische Hürden für Innovationen abgebaut werden. Förderprogramme sollen gezielt auf Zukunftstechnologien ausgerichtet sein, anstatt alte Strukturen zu subventionieren. Gleichzeitig müssen Gesetze so gestaltet werden, dass sie technologischen Wandel ermöglichen, statt ihn zu blockieren.

Verbote sind kein Ersatz für Innovation. Deutschland muss durch Technologieoffenheit und Förderung neuer Lösungen seinen Wohlstand sichern und global konkurrenzfähig bleiben. Der Staat soll Rahmenbedingungen für Fortschritt setzen, nicht durch unnötige Einschränkungen wirtschaftliches Potenzial und technologische Entwicklung hemmen.

Realistische Energiewende – Versorgungssicherheit garantieren, Kosten im Blick behalten

Die Energiewende ist ein zentrales Projekt Deutschlands, das den Übergang zu einer nachhaltigen Energieversorgung zum Ziel hat. Dabei müssen jedoch sowohl die Versorgungssicherheit als auch die finanziellen Belastungen für Bürger und Wirtschaft sorgfältig abgewogen werden. Angesichts der aktuellen Herausforderungen ist es sinnvoll, den Ausstieg aus der Kohleverstromung und die Einschränkungen für Dieselfahrzeuge zeitlich anzupassen, bis Deutschland eine bezahlbare und stabile Eigenversorgung gewährleisten kann.

1. Aktueller Stand der Energieversorgung

Im Jahr 2023 wurde erstmals mehr als die Hälfte des in Deutschland benötigten Stroms aus erneuerbaren Energien bereitgestellt, wobei der Anteil bei 52,5 % lag. Dennoch stammen knapp 48 % der Stromerzeugung weiterhin aus konventionellen Quellen wie Kohle, Erdgas und Kernenergie. Insbesondere die Kohleverstromung trägt maßgeblich zur Stabilität des Stromnetzes bei. Ein vorschneller Ausstieg könnte die Versorgungssicherheit gefährden.

2. Finanzielle Belastungen der Energiewende

Die Umstellung auf erneuerbare Energien erfordert erhebliche Investitionen. Schätzungen zufolge könnten die Gesamtkosten der Energiewende bis zum Jahr 2045 bis zu 13,3 Billionen Euro betragen. Allein für den Ausbau der Stromnetze werden bis 2045 Investitionen von mehr als 460 Milliarden Euro notwendig sein, was mehr als dem Vierfachen der Investitionen im Zeitraum von 2007 bis 2023 entspricht. Diese finanziellen Belastungen könnten sowohl private Haushalte als auch die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft beeinträchtigen.

3. Bedeutung von Kohle und Dieselfahrzeugen für die aktuelle Energie- und Mobilitätsinfrastruktur

Kohlekraftwerke liefern eine konstante Stromproduktion und sind weniger wetterabhängig als erneuerbare Energien. Sie spielen eine entscheidende Rolle bei der Sicherstellung der Grundlastversorgung. Gleichzeitig sind Dieselfahrzeuge essenziell für den Gütertransport und den Individualverkehr, insbesondere in ländlichen Regionen, wo alternative Antriebsoptionen noch nicht flächendeckend verfügbar sind. Ein zu schneller Verzicht auf Kohle und Diesel könnte daher zu Versorgungsengpässen und wirtschaftlichen Nachteilen führen.

4. Vorschlag zur zeitlichen Anpassung des Ausstiegs

Um eine sichere und bezahlbare Energieversorgung zu gewährleisten, wird vorgeschlagen:

- Flexibilisierung des Kohleausstiegs: Anstatt eines starren Ausstiegsdatums sollte der Kohleausstieg an den tatsächlichen Fortschritt beim Ausbau erneuerbarer Energien und der Netzstabilität gekoppelt werden.
- Überprüfung von Fahrverboten für Dieselfahrzeuge: Bis alternative Antriebsinfrastrukturen flächendeckend verfügbar und wirtschaftlich tragfähig

sind, sollten Einschränkungen für Dieselfahrzeuge mit Augenmaß umgesetzt werden.

5. Fazit

Die Energiewende bleibt ein wichtiges Ziel für Deutschland. Dennoch ist es essenziell, die Umsetzung so zu gestalten, dass Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit gewährleistet sind. Eine flexible Anpassung des Kohleausstiegs und eine pragmatische Handhabung von Dieselfahrverboten können dazu beitragen, die Balance zwischen ökologischen Zielen und wirtschaftlicher Realität zu wahren.

Kein Tempolimit einführen – Deutschlands stärksten Wirtschaftszweig schützen

Die deutsche Automobilindustrie ist ein zentraler Pfeiler der nationalen Wirtschaft. Mit rund 770.000 Beschäftigten und einem Anteil von 17 % an den deutschen Exporten im Jahr 2023 spielt sie eine entscheidende Rolle für Wohlstand und Beschäftigung.

1. Wirtschaftliche Bedeutung der Automobilindustrie

- **Beschäftigung:** Die Branche sichert direkt 770.000 Arbeitsplätze und indirekt zahlreiche weitere in Zulieferbetrieben und Dienstleistungssektoren.
- **Wertschöpfung:** Im Jahr 2016 trug die Automobilindustrie mit 134,9 Milliarden Euro zur Bruttowertschöpfung bei, was 4,7 % der gesamten deutschen Bruttowertschöpfung entspricht.
- **Exportstärke:** 2023 entfielen 17 % der deutschen Exporte auf Autos und deren Teile, was die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Branche unterstreicht.

2. Auswirkungen eines generellen Tempolimits

Die Einführung eines generellen Tempolimits auf deutschen Autobahnen könnte negative Effekte auf die Automobilindustrie haben:

- **Nachfrageeinbruch bei Hochleistungsfahrzeugen:** Deutsche Hersteller sind bekannt für leistungsstarke Fahrzeuge. Ein Tempolimit könnte die Attraktivität solcher Modelle mindern und zu einem Rückgang der Nachfrage führen.

- Wettbewerbsnachteile: In einem ohnehin herausfordernden globalen Markt könnte ein Tempolimit die Position deutscher Hersteller schwächen, insbesondere gegenüber Konkurrenten aus Ländern mit bestehenden Geschwindigkeitsbegrenzungen.

3. Klimaschutzaspekte

Während ein Tempolimit zu einer Reduktion der CO₂-Emissionen führen kann, sind die Einsparungen vergleichsweise gering. Das Umweltbundesamt schätzt, dass ein Tempolimit von 120 km/h etwa 2,9 % der Emissionen im Straßenverkehr einsparen würde.

Angesichts der potenziellen wirtschaftlichen Nachteile erscheint dieser Nutzen begrenzt.

4. Fazit

Die Einführung eines generellen Tempolimits könnte die deutsche Automobilindustrie erheblich beeinträchtigen, was negative Folgen für Beschäftigung und Wirtschaft hätte. Angesichts der vergleichsweise geringen CO₂-Einsparungen sollte Deutschland auf alternative Maßnahmen setzen, die sowohl den Klimaschutz fördern als auch die Wettbewerbsfähigkeit der Automobilbranche erhalten.

Finanzierung des Programms

Die Optimierung staatlicher Finanzen kann durch gezielte Maßnahmen erhebliche Einsparungen und Einnahmensteigerungen bewirken. Im Folgenden werden fünf Strategien detailliert ausgearbeitet. Jeder Punkt wird mit konkreten Zahlen, Berechnungen und den potenziellen Einsparungen analysiert.

1. Anpassung der Unterstützung für die Ukraine – Kosten senken oder wirtschaftlichen Nutzen erhöhen

Finanzielle Auswirkungen der Ukraine-Hilfen

Seit Beginn des Krieges im Februar 2022 hat Deutschland 33,9 Milliarden Euro an bilateralen Hilfen für die Ukraine bereitgestellt. Diese Summe setzt sich zusammen aus:

- 15 Milliarden Euro für militärische Unterstützung (Waffen, Munition, Panzer, Luftabwehrsysteme)
- 10,5 Milliarden Euro für direkte Finanzhilfen zur Unterstützung des ukrainischen Haushalts
- 8,4 Milliarden Euro für humanitäre Hilfe und Wiederaufbauprojekte

Einsparung durch eine Reduzierung der Unterstützung.

Eine Kürzung der Hilfen um 20 % hätten wir eine jährliche Einsparung von:

- Militärhilfe: 3 Milliarden Euro
- Finanzhilfe: 2,1 Milliarden Euro
- Humanitäre Hilfe: 1,68 Milliarden Euro
- → Gesamte Einsparung: 6,78 Milliarden Euro

Alternative: **Rohstoffkompensation statt finanzieller Hilfe**

Deutschland ist stark abhängig von Importen seltener Erden für die Automobil-, Batterie- und Chipindustrie. Die Ukraine besitzt große Vorkommen an Titan, Lithium und Seltenen Erden. Anstatt finanzielle Hilfen bereitzustellen, könnte ein bilaterales Abkommen geschlossen werden, in dem Deutschland Waffenlieferungen gegen Rohstoffe eintauscht.

→ Finanzieller Vorteil: Einsparungen bei Rohstoffimporten in Höhe von ca. 2 Milliarden Euro jährlich durch direkte Handelsvereinbarungen statt teurer Importe aus China oder Australien.

2. Kürzungen von Sozialleistungen für Arbeitsverweigerer – Anreize für Erwerbstätigkeit und massive Einsparungen

2.1. Aktuelle Sozialausgaben für Arbeitslose in Deutschland:

Deutschland gibt jährlich rund 44 Milliarden Euro für Arbeitslosengeld II (Bürgergeld) aus. Ein erheblicher Teil entfällt auf Personen, die mehrfach Arbeitsangebote ablehnen. Laut Bundesagentur für Arbeit sind ca. **1,2 Millionen Bürgergeldempfänger arbeitsfähig**, aber ohne Beschäftigung, obwohl Stellenangebote vorhanden sind.

Durch eine gestaffelte Kürzung der Sozialleistungen für Arbeitsverweigerer könnten massive Einsparungen erzielt werden.

→ Gesamte Einsparung: 3 Milliarden Euro jährlich

2.2. Langfristige Effekte

- Durch finanzielle Anreize zur Arbeitssuche könnten bis zu 300.000 zusätzliche Personen in Beschäftigung gelangen.
- Steuereinnahmen steigen um ca. 1,5 Milliarden Euro jährlich, da mehr Menschen Einkommen versteuern.
- Rückgang der Schwarzarbeit, da weniger Menschen Sozialleistungen ohne Arbeitsbereitschaft beziehen können.

3. Abschiebung von kriminellen und nicht Asylberechtigten, arbeitsunwilligen Migranten – Reduzierung der Sozial- und Sicherheitskosten

3.1. Kosten durch illegale Migration und kriminelle Migranten

Laut einer Studie des Instituts für Weltwirtschaft Kiel belaufen sich die jährlichen Kosten für Unterbringung, Sozialleistungen und Integration von nicht Asylbewerbern auf 13 Milliarden Euro.

Kriminelle Migranten verursachen hohe Sicherheitskosten, insbesondere durch Polizeieinsätze und Justizverfahren. Laut Bundeskriminalamt (BKA) sind 39 % aller Tatverdächtigen mit Gewaltdelikten nicht-deutsche Staatsbürger (2023).

3.2. Einsparpotenzial durch verstärkte Abschiebungen

Angenommen, Deutschland setzt eine konsequente Abschiebungspolitik für 100.000 nicht Asylberechtigte oder kriminelle Personen um:

- Durchschnittliche jährliche Kosten pro Person: 18.000 Euro

- Jährliche Einsparung: 1,8 Milliarden Euro
- Zusätzlich könnten durch geringere Sicherheitskosten und reduzierte Kriminalität jährlich 500 Millionen Euro eingespart werden.

→ Gesamte Einsparung: ca. 2,3 Milliarden Euro jährlich

4. Wirtschaftlicher Nutzen einer 5 % Einkommenssteuersenkung

4.1. Direkte Auswirkungen auf Arbeitnehmer

Ein Arbeitnehmer mit einem Bruttojahreseinkommen von 50.000 Euro zahlt aktuell ca. 10.000 Euro Einkommenssteuer. Eine Senkung um 5 % bedeutet eine Steuerersparnis von 500 Euro pro Jahr.

Bei 40 Millionen Steuerzahlern entspricht dies einer Reduktion der Einkommenssteuereinnahmen um ca. 13,735 Milliarden Euro jährlich.

4.2. Wirtschaftliche Kompensation durch höhere Kaufkraft

Laut Wirtschaftsforschern würde diese Steuerersparnis zu einem Konsumplus von ca. 30 Milliarden Euro führen, was das BIP um 0,5 % steigern könnte.

Dadurch steigen indirekt die Mehrwertsteuereinnahmen um ca. 3,5 Milliarden Euro.

Unternehmen profitieren durch höhere Umsätze, wodurch sich die Gewerbesteureinnahmen um ca. 2 Milliarden Euro erhöhen.

→ Langfristige Netto-Kompensation: 5,5 Milliarden Euro pro Jahr

Dabei ist es jedoch wichtig zu beachten, dass sich eine Senkung der Einkommenssteuer kurz- bis mittelfristig nicht selbst finanzieren kann. Deshalb gibt es Reformvorschläge für das Bürgergeld, um die Ausgaben kompensieren zu können.

5. Verschärfung der Strafen für Schwarzarbeit – Steuereinnahmen erhöhen

5.1. Wirtschaftlicher Schaden durch Schwarzarbeit

Der Schaden durch Schwarzarbeit wird auf 46 bis 55 Milliarden Euro jährlich geschätzt. Davon entfallen 35 Milliarden Euro auf entgangene Steuern und Sozialabgaben.

5.2. Erhöhung der Strafen und Intensivierung der Kontrollen

Durch verdoppelte Bußgelder für Schwarzarbeit könnten jährlich zusätzliche Einnahmen von ca. 3 Milliarden Euro erzielt werden.

Eine Erhöhung der Prüfungen durch den Zoll um 50 % könnte zu 3 Milliarden Euro zusätzlichen Steuereinnahmen führen.

→ Zusätzliche Einnahmen: 6 Milliarden Euro pro Jahr

6. Gesamter finanzieller Nutzen und Fazit

Maßnahme	Einsparung / Einnahmen
Kürzung der Ukraine-Hilfe oder Rohstoffhandel	6,78 Milliarden Euro
Kürzung von Sozialleistungen für Arbeitsverweigerer	3 Milliarden Euro
Abschiebung nicht Asylberechtigter & krimineller Migranten	2,3 Milliarden Euro
Steuerkompensation durch Einkommenssteuersenkung	5,5 Milliarden Euro
Höhere Strafen für Schwarzarbeit	6 Milliarden Euro
Gesamter finanzieller Vorteil	23,58 Milliarden Euro

Durch die Umsetzung dieser Maßnahmen könnten jährlich **über 23 Milliarden Euro** zusätzlich eingespart oder eingenommen werden – eine erhebliche Entlastung für den Staatshaushalt.